3. Jahrgang; März 1978

grosse freiheit

ZEITUNG FÜR HAMBURG UND UMGEBUNG

Hamburg: 10 Groschen
Auswärts: 13 Groschen

NR. 10

Der Prozeß gegen Kurt Groenewold

eine Schaudergeschichte

Ein winziger Vermerk an der Kellertür weist darauf hin, daß hier der Prozeß gegen den Anwalt Kurt Groenewold stattfindet. Um da reinzukommen, muß man sich abgrabschen lassen, der Personalausweis wird fotokopiert, und Schlüssel bzw. Kugelschreiber müssen abgegeben werden. Die Frauen werden von einer sonnenbebrillten (im Keller!) Beamtin hinter eine Stellwand gelots, als sei sie bei einer Hundedressur. Sie ist sprach-los. Drumherum das schon selbstverständlich gewordene Bild von Maschinenpistolen. Was wäre wohl, wenn eine Schulklasse zu dem Prozeß käme, und die Beamten die Kinderausweise fotokopieren würden? Wahrscheinlich würde dem Lehrer bzw. der Lehrerin gekündigt werden, weil sie überhaupt in so einen Prozeß gehen, und nicht, wie es ja auch denkbar wäre, daß die Eltern dagegen Sturm laufen, daß ihre Kinder wie Verbrecher behandelt werden.

Und dann der Gerichtssaal, der eine außergewöhnliche Ähnlichkeit mit einem Aquarium hat. Das Prozeß-Schauspiel vollzieht sich für den Zuschauer hinter einer riesigen Glaswand, hinter der sich das Gericht verschanzt hat.

Wären nicht die Mikrofone und Lautsprecher, man sähe nur auf- und zugehende Münder, wobei das, vor allem bei den Bundesanwälten, noch nicht einmal das schlechteste wäre. Sie sind überhaupt ein komisches Paar, die beiden, in ihrer Kostümierung gleichen sie eher Rotkehlchen, und sie treten grundsätzlich zu zweit auf. Sie sind von beispielloser Sensibilität, fühlen sich in ihren Persönlichkeitsrechten eingeschränkt, ihres Urheberrechts beraubt und „scheuen wie das gebrannte Kind das Feuer". So zum Beispiel bei dem Antrag der Verteidigung, mit einem Tonband Aufzeichnungen von der Verhandlung zu machen. Sie klagen über den möglichen Verlust ihrer Urheberrechte, auch wenn wohl nur ein Groschenroman dabei rauskäme, und sie haben die Befürchtung, daß ihre Äußerungen vor dem Gericht entstellt wiedergegeben werden könnten, eine Befürchtung, die sie übrigens bei der doch anwesenden Presse anscheinend nicht haben oder nicht zu haben brauchen.

Im übrigen lehnte das Gericht den Antrag ab, wie noch so viele andere. Zum Beispiel den auch von der Verteidigung gestellten Antrag, der die Öffentlichkeit durch das Kopieren der Personalausweise gefährdet sieht. Das Gericht ist anderer Meinung, und sieht die Öffentlichkeit keineswegs gefährdet, so nach dem Motto, wer nichts zu verbergen hat, der hat auch nichts gegen das Kopieren seines Ausweises, zumal sich der Vorsitzende selbst davon überzeugt habe, daß die Kopien noch im Keller verbrannt würden. Auf die Frage eines Anwalt, ob er sich denn auch davon überzeugt hätte, ob die Personalien nicht schon zuvor gespeichert würden, meinte der Vorsitzende, er halte dies für ausgeschlossen. Nun denn.

Was sich sonst noch hinter der Glaswand abspielt, ist eine Farce. Ein Gericht, bestehend aus einem Vorsitzenden und 4 Beisitzern versucht ganz unabhängig von der Bundesanwaltschaft, dem Anwalt Groenewold nachzuweisen, er habe ein Infosystem aufgebaut und finanziert, über das dann auch sogenannte Kassiber gegangen seien.

Die Unbefangenheit des Gerichts kennt keine Grenzen, und so ist denn auch ein Beisitzer in der Lage, objektiv Fragen zu stellen, von denen der Vorsitzende sagt, sie seinen ja nun noch keine Feststellungen und dienten lediglich zur Klärung des Sachverhalts: Bei seiner Befragung läßt der Beisitzer Groenewold nur die Wahl zwischen Identifizierung mit den politischen Vorstellungen seiner Mandanten, was für ihn gleichbedeutend mit politischer Verteidigung zu sein scheint, oder aber eben Distanzierung, mit der Konsequenz, das Mandat niederzulegen. Der erste Punkt wäre im Sinne der Anklage, der zweite würde eine politische Verteidigung unmöglich machen, was wohl denn auch das Ziel Rotkehlchens ist.

Wie Groenewold selbst die Verteidigung bei politischen Prozessen sieht, hat er zuvor ausführlich dargestellt. Zuerst einmal weist er nach, daß eine gemeinsame Verteidigung allgemein und üblich sei und führt als Beispiele die Contergan- bzw. Nürnberger Prozesse an. Damit entgegnet er dem indirekten Vorwurf, eine gemeinsame Verteidigung läge außerhalb der juristischen Spielregeln.

Zum Hauptvorwurf, auf den sich denn auch die Anklage stützt, er habe mit seinem Infosystem dafür gesorgt, „daß das Selbstverständnis der Häftlinge als Stadtguerilla, ihre Kampfbereitschaft, ihre Ausrichtung auf die Ziele der Gruppe und ihr Zusammengehörigkeitsgefühl ungebrochen blieb", weist Groenewold gerade die Notwendigkeit eben dieses Infosystems nach, allerdings unter einem ganz anderen Aspekt als es die Bundesanwaltschaft tut. Unter Berücksichtigung der personellen und technischen Möglichkeiten, die die Bundesanwaltschaft durch die Strafverfolgungsbehörden und dem Rechts- und Wissenschaftsapparat des BKA hat, hat die Verteidigung nur dann eine Chance, wenn sie zumindest ein annäherndes Gegengewicht herstellen kann. Die Sammlung der Infos dient also zur Vorbereitung der gemeinsamen Verteidigung. Die Infos selbst bestanden aus Informationen für die Gefangenen, nämlich Büchern, Zeitungen, Zeitschriften, Zeitungsausschnitten sowie gerichtlichen Entscheidungen.

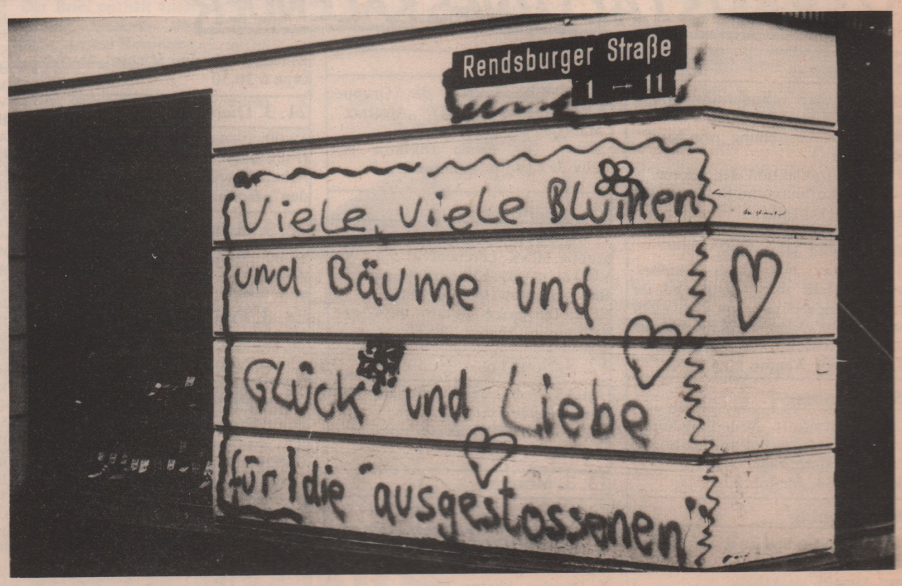
Das Verlangen des Gerichts, daß die Verteidiger auf Seiten der Strafvervolgungsbehörden zu stehen haben, sei ohne gesetzliche Grundlage. Die Rechtsanwälte könnten nicht von vornherein annehmen, daß ihre Mandanten verurteilt werden.

Zur Verteidigung selbst führt Groenewold aus, daß es den Angeklagten freistünde, wie sie sich verteidigen wollen, also auch mit einem politischen Konzept. Dieses Konzept muß der Verteidiger akzeptieren, oder aber eben das Mandat niederlegen. Zwischen ihm und den Angeklagten habe ein Konsens bestanden, was die Verteidigung anbelangt, was aber nichts mit einer Identifizierung mit den politischen Vorstellungen seiner Mandanten zu tun habe.

Für Groenewold fängt politische Verteidigung vor allem bei der Frage der Haftbedingungen und vielleicht dort an, wo klar ist, daß sie wegen der politischen Überzeugung angeklagt sind. Als Anwalt müsse man davon ausgehen, und das auch vor Gericht darlegen, daß die Mandanten in erster Linie aus politischen Motiven gehandelt hätten, und die Taten als kriminelles Beiwerk in den Hintergrund treten.

Eine Verurteilung Groenewolds wäre eine Verurteilung der politischen Verteidigung, und hätte dann auch Präzedenzfallcharakter für die nachfolgenden Prozesse gegen die Anwälte Schily, Ströbele etc.

»Die unkalkulierbarsten, störendsten Präsenzen in der Hauptverhandlung sind die des Angeklagten und seines Verteidigers.«



DRUCKER IN DRUCK

In den vergangenen Monaten haben in Hamburg wiederholt Warnstreike in der Druckindustrie stattgefunden, bei Springer (Bild, Abendblatt), bei Bauer (Quick, Neue Revue etc.), bei Gruner und Jahr (Stern, Brigitte), bei Auer-Druck (Morgenpost). Grund dafür war die Einführung neuer Techniken in der Druckindustrie, durch die die Existenz eines ganzen Berufsstandes bedroht ist.

Bericht auf S. 10/11

In-HALT!!!-sverzeichnis

Tips & Termine	2
Tunix	3
zum Fescht	3
Berichte aus Santa Fu	4
Frauen und Technik	7
Selbstmord von Rainer	7
Bürgerschafts„wahl"	8,9
Kellergeflüster	9
Drucker in Druck	10
Laßt die AGIT-Drucker frei	11
Richter Wawack stört	11
Alternativfreaks 1878	12
Windkraft? — Tscha, bitte	13
Atomsatellit	13
Russelltribunal	14
Georg-v.-Rauch-Haus braucht Hilfe	14
Grohnde-Prozeß	15
Mit freundl. Gruß: STERN	15
Kleinanzeigen	16
Neue Folk-Platten	16

Große Fete am 11. März

Wir veranstalten am 11. 3. in der HfbK eine Fete. „Wir", das ist eine Gruppe von Hamburger unorganisierten Linken, die im Kopf haben, eine Kneipe zu eröffnen. Die Fete soll uns bekannt machen, Spaß machen und möglichst viel Geld einbringen. Wir haben eine Reihe Musik-Macher angesprochen, aber leider noch keine festen Zusagen. Aus diesem Grund können wir Euch nicht mit großen Stars zur Fete locken. (Achtet auf Plakate und Flugblätter) Das Geld, was wir auf dem Fest einnehmen, soll uns helfen, die Kneipe möglichst bald aufmachen zu können. Wie die Kneipe aussehen soll, könnt Ihr in der Großen Freiheit Nr. 7 letzte Seite nachlesen, oder unsere Kontaktleute (Charly: 380 92 84 oder Klaus: 39 52 63) anrufen. Aber am Besten ist, Ihr kommt am Sonnabend dem 11. 3. um 19.00 Uhr in die HfbK, und laßt es Euch von uns erzählen. Also bis zur Fete. Eure Kneipengruppe

Tageszeitungsgruppe

Wie schon in anderen Städten, gibt es jetzt auch in Hamburg eine Gruppe, die sich mit dem Konzept einer linken Tageszeitung beschäftigt. Demnächst soll eine Broschüre zum bisherigen Stand der Diskussion herausgegeben werden. Wer Interesse hat und mitmachen will, Treff jeden Dienstag 20.00 Uhr, Fischmarktkneipe.

VERANSTALTUNGSKALENDER

4. 3. Samstag

Demo gegen Urananreicherungsanlage in Almelo/Holland
Beginn der Ausstellung „von hand", Bundesstr. 3
10.00 Einzahlaktion der Stromzahlungsboykotteure und Boykottwilligen, Mönckebrunnen
20.00 Buchhandlung Internationale, Brechtabend, Markthalle
15.00 Die „Hamburger Erzieherrunde" stellt ihre Arbeit und ihr neues Kinderbuch „Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt" (Kinder gegen Atomkraftwerke) vor, Markthalle
Kino: 1984, Abaton 20.45

5. 3. Sonntag

20.00 Zeitschrift „Neue Erziehung" zum Plakettenverbot an Hamburger Schulen, Markthalle
Kino: 1984, Abaton 20.45

6. 3. Montag

20.00 BI Sanitäter zu CN-Kampfgas und Chemischer Keule / Berichte aus Almelo, Markthalle
Glotze: 23.00 Haben und Nichthaben, Ami-Spielfilm

7. 3. Dienstag

19.00 Veranstaltung des Ermittlungsausschusses (Lutterothstr.) mit Film und Theater, Markthalle
Film: „Wir haben es geschafft" (über die Durchsetzung von Forderungen), 19.00, DGB „Takelboden", Besenbinderhof 56
Kino: 1984, Abaton 23.00, Goldrausch mit Charlie Chaplin, Abaton 23.15

8. 3. Mittwoch

Internationaler Frauentag
Kino: 1984, Abaton 23.00

9. 3. Donnerstag

20.00 Versuchen wir, die „große freiheit", eine Veranstaltung über uns oder was uns noch einfällt zu machen, Markthalle
Kino: Goldrausch mit Charlie Chaplin, Abaton 23.15, 1984, Abaton 23.00

10. 3. Freitag

19.00 Es spielen die Gruppen „Roter Faden" und „Alcatraz", Markthalle
Kino: Der große Diktator mit Charlie Chaplin, Abaton 23.15

11. 3. Samstag

19.00 Große Fete der Kneipengruppe, HfbK, Lerchenfeld 2
BUU-Hamburg: Veranstaltung zur Bürgerschaftswahl, Markthalle
Kino: Der große Diktator mit Charlie Chaplin, Abaton 23.15

12. 3. Sonntag

Anti-AKW-Filmfestival mit Autoren und Regisseuren, Markthalle
Kino: Der große Diktator mit Charlie Chaplin, Abaton 23.15

13. 3. Montag

19.00 Podiumsdiskussion mit H. Brandt, W. Mossmann, J. Scheer, A. Goral, F. Storim u.a., Markthalle
Kino: Der große Diktator mit Charlie Chaplin, Abaton 23.15
Glotze: African Queen, 23.00, Ami-Spielfilm

14. 3. Dienstag

20.00 Mediziner berichten über gesundheitliche Gefahren der AKW's, Markthalle
Kino: Julia, Vorführung 6 20.30

15. 3. Mittwoch

19.00 „Sponti"-Plenum, ESG, Grindelallee
20.00 Veranstaltung der BI Wilhelmsburg und des Ermittlungsausschusses der BUU-HH, Markthalle
Kino: Julia, Vorführung 6 20.30

16. 3. Donnerstag

20.00 Veranstaltung mit A. Goral: Faschistische Tendenzen heute und Anti-AKW-Bewegung, Markthalle
Kino: Wallraff bei Bild, Abaton 17.00 und 18.30, Julia, Vorführung 6 20.30

17. 3. Freitag

20.00 BI-Gorleben: Gorleben informiert, Markthalle
Kino: Wallraff bei Bild, Abaton 17.00 und 18.30

18. 3. Samstag

16.00 – 21.00 BI-Stade/Rotherbaum: „Unterelbe – neuer Ruhrpott?" mit Film und Dia, Markthalle

19. 3. Sonntag

Kulturfest der Anti-AKW-Ausstellung, Markthalle
Kino: Anschi und Michael, Vorführung 6 20.30

20. 3. Montag

20.00 Große Freiheit – Öffentliche Redaktionssitzung. Kritik und Fragen zur Zeitung, wenn Ihr Lust habt – Themenvorschlag: der Landfreak
Kino: Anschi und Michael, Vorführung 6 20.30

21. 3. Dienstag

19.00 „Vom Alltag einer Krise" (Film über die Schwierigkeiten der Arbeitslosigkeit), DGB „Takelboden", Besenbinderhof 56

22. 3. Mittwoch

19.00 „Sponti"-Plenum, ESG, Grindelallee

24. 3. Freitag (Karfreitag)

20.15 Glotze: Ansichten eines Clowns, nach Heini Böll

25. 3. Samstag

22.00 Frust! Ziehung der Lottozahlen
Glotze: Science-Fiction: Der Omega-Mann, 23.15

26. 3. (Ostersonntag)

Glotze: Der Rostrote Ritter – Der schreckliche Schreck von Schreckenstein, 15.15

29. 3. Mittwoch

19.00 „Sponti"-Plenum, ESG, Grindelallee
Kino: Dr. Seltsam, Vorführung 6 20.30
19.00 Aktueller Mittwoch der Wehr- und Zivildienstpflichtigen, DGB „Takelboden", Besenbinderhof 56

Damit wir den Veranstaltungskalender nicht mit der – Oh Frust – Ziehung der Lottozahlen bespicken brauchen, schickt uns mal Eure Termine von Veranstaltungen u.ä.

● ● ●

Müttergruppe

Beratung und Gesprächsabend der Müttergruppe jeden Dienstag 18 - 20.00 Uhr im Frauenzentrum Langenfelderstr. 64 d (Hinterhof).

● ● ●

„Mit uns zieht die neue Zeit ..."

Brecht - Abend

Veranstalter: Internationale Bücher und Zeitschriften GmbH „Bertolt Brecht", Eppendorfer Weg 257, 2000 Hamburg 20, Tel. 48 44 15
Ort und Zeitpunkt der Veranstaltung: Dienstag, 7.3.78: 20 Uhr im Hamburg-Haus Eimsbüttel, Doormannsweg, Kleiner Festsaal
Gäste sind:
Professor Briegleb, Universität Hamburg, Germanistik
Dietmar Mues, Schauspieler, Schauspielhaus Hamburg

Baalmann, Peterstr. 16 Kommunales Kino Elmshorn **Zentrum, Flamweg 71**
Beginn: jeweils 20.30 Uhr **Beginn: jeweils 19.00**

Aahdressen

Initiativen und Selbsthilfegruppen
Anonyme Alkoholiker, HH 50, Kleine Rainstr. 10, Tel. 39 60 72x
Drogenberatungszentrum „Kö 16 a", HH 50, Königstr. 16a, Tel. 380 72 666
Gefangenenselbstinitiative (GSI), HH 50, Max Brauer Allee 225, Tel. 43 32 96, (tägl. 17 – 20 Uhr)
Gesellschaft für bedrohte Völker, HH 13, Parkallee 18
Humanes Wohnen e.V., HH 13, Bundesstr. 9, Tel. 410 42 28
Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, c/o Jochen Hellmann, 2050 HH 80, Moosberg 14 b, Tel. 739 90 63
Verband Hamburger Spielplatzinitiativen HH 13, Hallerstr. 44, Tel. 44 06 88
Arbeitsgemeinschaft Karolinenviertel, HH 6, Glashüttenstr. 1
Gemeinwesenarbeit St. Pauli-Süd, HH 4, Hochstr. 5
Kriegsdienstverweigerer, HH 13, Jungfrauenthal 37, Tel. 410 40 44, Mi 19 Uhr

Anti-AKW
Arbeitskreis Politische Ökologie, (BUU-Laden, HH 19, Lutterothstr. 33, Stadtteilladen Neustadt, Brüderstr. 14)
Hamburger Initiative Kirchlicher Mitarbeiter - Gewaltfreie Aktion, c/o Bernd Pieper, Schröderstiftstr. 34/14, (Strompreisboykott)
KB/BUU, HH 13, Schlüterstr. 4, Tel. 410 56 73
Stadtteilgruppe Ottensen, HH 50, Arnemannstr. 4, c/o Tel. 39 18 76

Rechtsanwälte
Baufeldt/Eckold, HH 13, Schlüterstr. 3, Tel. 44 48 68 (Mietsachen)
Groenewold/Köncke/Rogge, Osterstr. 120, Tel. 49 29 15
Maeffert/Ewe/Neumann, HH 93, Neuenfelderstr. 4, Tel. 753 50 13/14
M. + H. Böddeling/G. Gebauer, HH 50, Friedensallee 50, Tel. 390 92 21
Jacobi/Günnemann, HH 19, Heußweg 35, Tel. 40 20 20/491 91 91
Bosse/Eissing, Schäferkampsallee 45 II, Tel. 44 07 01
Tode/Gosau, HH 60, Fuhlsbüttlerstr., Tel. 630 10 18
Ewe/Neumann, HH 93, Neuenfelderstr. 4, Tel. 75 88 30/75 66 08
F. Piontek/Romeikat, HH 6, Pferdemarkt, Tel. 43 67 47
Schween/Reinicke/Schubert, HH 13, Grindelallee 79, Tel. 44 38 40/49
Magsam/Böttcher, HH 50, Ottensener Hauptstr.
N. Piontek, HH 76, Heinrich-Hertz-Str.
W. Reinhard, HH 19, Heußweg 35, Tel. 40 22 11/40 33 11
Lüders/Marmor/Römming, HH 4, Feldstr.

Kinder
Kinderhaus, HH 50, Heinrichstr.

Mitfahrerzentrale
Im Schwarzmarkt, Bundesstr. 9, HH 13, Tel. 410 42 28 (Mo – Sa 12 – 18 Uhr)

Organisationen
FAU/IAA, Tel. 38 69 67
GIM/ISP, Tel. 45 09 81
KB, Tel. 43 53 46
KBW, Tel. 38 21 68
KPD, Tel. 43 86 02
KPD/ML, Tel. 439 91 31
RAF, Tel. 110
SB, Hitzeger Str. 28, HH 6

Werkstätten
Auto, Motorrad, Fahrradwerkstatt, De Voss-Str. (Keller bei der Flohmarktkneipe), Bernd Tessin, Tel. 80 32 50/ 04154 - 3788
Werkstätten & Kräuterladen, HH 50, Wohlersallee 2 (Kontakt über Buchladen Freiheit)
Lederwerkstatt, Carsten Rehder-Str. 39, III rechts, Tel. 380 97 72
Nähstube, HH 50, Buttstr. 50

Frauen
Frauen helfen Frauen (Frauenhaus), Tel. 22 64 78
Frauenkneipe, HH 50, Stresemannstr. 60, Tel. 43 63 77
Frauenzentrum, Langenfelderstr. 64d, Hinterhof (Mi 16 – 21, Do + So 16 – 20 Uhr)
F.R.A.U., HH 76, Isslandstr. 78, Tel. 22 97 480 (Di – Do 18 – 22 Uhr)
LeNe (Lesbennest), HH 6, Marktstr. 39, Tel. 641 83 31

Männer
Schwulenzentrum der HAH, Zum Flohmarkt, Carsten Rehder-Str. 45

Freizeitzentren
AFA (Aktive Freizeitgestaltung Altona), Max Brauer Allee 143, HH 50
Easy, HH 80, Brookdeichstr. 15a, Tel. 724 41 29 (Mi, Fr, Sa)
Motte, HH 50, Ecke Eulen/Rothestr., Tel. 39 32 31
Baragge, HH 95, Finkenwerder Landscheideweg

Läden
Von Hand, HH 13, Bundesstr. 3
Blätter aus Lorien, HH 6, Markstr. 147, (12 – 18.30 Uhr)
Bum Shanka, HH 50, Stresemannstr. 82

Medienläden
HH 1, Rostocker Str. 25, Tel. 24 63 84, (Mo – Fr 11 – 18 Uhr)
MPZ (Medienpädagogisches Zentrum), HH 50, Thadenstr., Tel. 45 27 02
Medienladen Fuhlsbüttel (Mefu), HH 60, Fuhlsbüttler Damm 96, Tel. 50 47 71

Buchläden
Hälfte des Himmels, HH 13, Schlüterstr. 79, Tel. 410 42 62
Heinrich Heine, HH 13, Grindelallee 26, Tel. 44 97 78
Welt-Buchladen, HH 6, Marktstr. 12, Tel. 43 78 48
freiheit, HH 6, Kleiner Schäferkamp 32
Arbeiterbuch, HH 13, Grindelhof 45
Internationale, HH 13, Eppendorfer Weg 257

Gesunde Lebensmittel
Lorien, HH 6, Karolinenstr. 7 – 9
Peace Food, HH 1, Schmilinskystr. 22
Schwarzbrot, HH 13, Rutschbahn 1
Lebensmittel-Coop Ottensen, HH 50, Lornsenstr. 7

Druckereien
Die Druckerei, HH 80, Zollenspieker Hauptdeich, Tel. 723 98 10
Hinterhof-Druckerei, HH 50, Holstenstr. 201, Tel. 43 22 02
Siebdruck, HH 50, Lobuschstr. 7, Richi-August, Tel. 38 61 07
Abbestr.-Druck, WG, HH 50, Abbestr. 44, Tel. 390 91 43

Die Wegwerfgesellschaft lädt ein zum Sperrmüllsuchen
6. 3. Hoheluft - Rentzelstr., 7. 3. Dulsberg, 8. 3. (Schnöselkram) Elbchaussee, 10. 3. Wandsbek, 14. 3. Eppendorf, 15. 3. Marienthal, 17. 3. Sierichstr., 20. 3. Jenfeld, 22. 3. Winterhude, 23. 3. Horn-Nord, 24. 3. Alsterdorf, 30. 3. Billstedt.

die druckerei

repro
lichtsatz
offsetdruck
bis din a2

1000 din a 2 plakate kosten 154,00 dm

Tel.: 723 98 10
205 HH 80, Zollenspieker Hauptdeich 54

1. 3.	**Heidenreich & Harbeck (Filme zur Arbeiterbewegung) 51 Min.**	–
4. 3.	**Wilde Reiter GmbH 107 Min.**	5. 3.
8. 3.	**Grohnde '77 – Zwei Kühltürme für ein Halleluja (Video-Kopie) 55 Min.**	–
11. 3.	**Retrospektive Michelangelo Antonioni: Zabriskie Point, 110 Min.**	12. 3.
15. 3.	**Panzerkreuzer Potemkin Eintritt: DM 1,-**	–
18. 3.	**Wiederaufbereitungsanlage La Hague: Verurteilt zum Erfolg**	19. 3.
1. 4.	**Filme aus der 3. Welt: Die Schlacht um Chile, 1. Teil, 90 Min. Chile/Cuba 1973 - 75**	2. 4.

Das SPIEL

Rentzelstraße 4 /Ecke Grindelallee
2 Hamburg 13 – Telefon 44 86 87

Ein unkonventioneller Laden mit Spielen für Kinder und Erwachsene. Wir bieten nur Spiele an, die wir selbst ausprobiert haben, und von denen wir meinen, daß sie in Bezug auf Inhalt, Material und Preis empfehlenswert sind. Wir möchten, daß Leute, die bei uns ein Spiel gekauft haben, wissen, was sie unter dem Arm tragen. Zur Zeit führen wir über 200 verschiedene Spiele.

Öffnungszeiten: Mo - Fr 10 - 18.30 – Sa 10 - 14 Uhr
1. Sa. im Monat bis 18.30 Uhr

Verlag Association GmbH

Neuerscheinungen

Raoul Vaneigem

Handbuch der Lebenskunst für die jungen Generationen

Das **Handbuch der Lebenskunst** beansprucht, wenn es die Unmenschlichkeit jeder auf Arbeit, Opfer, Austausch, Herr-Knecht-Beziehungen, Trennungen gegründeten Gesellschaft denunziert, der ideologischen Integration und der Kultur zu entgehen, um eine ständige Aufforderung zur individuellen Befreiung, ein allen zugängliches Instrument der Liquidierung der Ware, des Staates, der Klassengesellschaft und jeglicher Hierachie zu sein. *300 S., DM 20,—*

Jean-Pierre Voyer

Untersuchungen über die Natur und die Ursachen des Elends der Menschen

Voyer zeigt, daß das, was den Reichtum der Nationen ausmacht - die Ware und ihr Geheimnis - auch das Unglück des Menschen verursacht. Die berühmte Frage der Entfremdung ist hier auf eine überraschende Art entwickelt, die nicht ohne skandalöse praktische Auswirkungen bleiben wird... Die schönen Tage der Integrierung sind vorbei. *110 S., DM 12,—*

2 Hamburg 13 Postfach 13 22 51 **Verlagsprospekt anfordern!**

TUNIX

Tillmann Scholl
Krayenkamp 9
2000 Hamburg 11

An den
BUNDESMINISTER DES INNERN
Prof. Dr. Werner Maihofer
Rheindorfer Straße 198
5300 Bonn

Hamburg, den 31. 1. 78

Offener Brief
an den Bundesminister des Innern
— Prof. Dr. Werner Maihofer —

Lieber Herr Minister!

in der Nacht vom Sonntag, den 29. 1. zum Monatg, den 30. 1. 78 passierte ich gegen 1 Uhr 45 mit meinem PKW — aus Berlin kommend — die Staatsgrenze der DDR in Richtung Hamburg bei Lauenburg.

Zuvor hatte ich drei glückliche Tage am Strand von TUNIX in Berlin verbracht, wo ich viele nette, junge Leute aus Westdeutschland und Berlin wiedergetroffen und kennengelernt habe. Auch auf der Nachhausefahrt in Richtung Hamburg war mein PKW voller fröhlicher, junger Leute, die erfüllt waren von den schönen Erlebnissen in TUNIX und die sich nun nach ihrem warmen Bett zuhause sehnten, um im tiefen Schlaf vom schönen Strand in TUNIX zu träumen. Als wir endlich — nach einer langen Fahrt durch dichten Nebel — die Grenzstelle des Heimatlandes bei Lauenburg erreichten und unsere Pässe von einem freundlichen Zollbeamten zum Fotokopieren eingesammelt worden waren, blitzte es!

Der Blitz rührte, wie wir trotz der durch die Blendung schlagartig eintretenden Dunkelheit erkennen konnten, von einem — nunmehr verglimmenden — Blitzwürfel her, der auf einer Kodak-Instamatic-Camera steckte. Ein junger Beamter des Bundesgrenzschutzes hatte sich, wie in Mogadischu erfolgreich praktiziert, an meinen PKW herangeschlichen und ein Erinnerungsfoto von meinem Auto gemacht.

Wir waren freudig überrascht, daß trotz der späten Stunde Ihre Beamten noch die Zeit zu einem Schnappschuß gefunden haben. Das fanden alle großartig und wir hoffen, daß die Bilder auch scarf geworden sind. Wir selbst hatten nämlich schon daran gedacht, ein Gruppenfoto zur Erinnerung an den schönen Strand von TUNIX zu machen, jedoch hatte dieses wegen der Dunkelheit und mangels Blitzwürfel nicht stattfinden können. Um so glücklicher waren wir, daß dieses nunmehr von Ihren Beamten erledigt wurde. Endlich haben Ihre Beamten wiedereinmal gezeigt, daß sie für das Volk tätig sind.

Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns einen Abzug des Fotos zur Verfügung stellen könnten. Leider sagte mir der Beamte nicht seinen Namen, sodaß ich mich in dieser Angelegenheit direkt an Sie wenden möchte. Da Ihr Beamter freundlicherweise auch alle anderen Autos aus TUNIX fotografiert hat, gebe ich Ihnen eine genaue Beschreibung meines PKW, damit Sie das Foto in dem großen Haufen wiederfinden können:

Es handelt sich um einen roten Ford-Kombi, Baujahr 1967, polizeiliches Kennzeichen HH-AP 545. Er hat vorne an der Kühlerhaube ein paar Beulen, die dürftig mit einem weißen Schriftzug übermalt sind, der da lautet: „KKW - Nee!". Das ist ein landläufiger Ausspruch, der sich gegen die Errichtung von Kernkraftwerken in der Bundesrepublik richtet. Dieser Schriftzug ist aus verkehrssicherheitstechnischen Gründen in Spiegelschrift geschrieben, damit vorausfahrende Kraftfahrer ihn im Rückspiegel lesen können, ohne sich den Hals zu verrenken. Weiterhin befinden sich auf der Kühlerhaube die Schriftzüge „KAMIKAZE" und „KRAUTSAND", sowie an den Türen je ein KAMIKAZE-Aufkleber. KAMIKAZE ist der Name eines noch nicht sonderlich bekannten Witzblattes, von dem ich Ihnen ein Probeexemplar mit der Bitte um ein Förderabonnement beilege. KRAUTSAND ist der Name eines lustigen Farbspielfilms über das Freizeitleben progressiver Stadtleute, die den Zug nach TUNIX leider verpaßt haben.

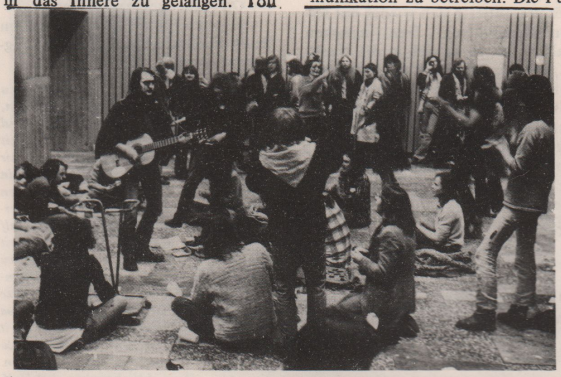
Auf Grund dieser Beschreibungen wird es Ihnen sicherlich leicht fallen, unser Foto wiederzufinden. Sollten Sie zusätzliche Beschreibungen, Merkmale, Kennzeichen, Daten und Identitätshinweise brauchen, bin ich gerne bereit, Ihnen diese zukommen zu lassen.

Mit freundlichen Grüßen
Tillmann Scholl
— Filmemacher —

Etwa 20 - 25.000 Leute waren in Berlin nach TUNIX gekommen. Tausende davon aus der BRD und auch aus dem Ausland. Die Veranstalter hatten das Fest ursprünglich als Berliner Kneipentreff konzipiert, nullkommanix weitete es sich dann bis zu seinen erlebten Ausmaßen aus. Die TU war überfüllt. Die Veranstaltungen platzten aus allen Nähten. Eine Fete Sonnabendabend in der „Taverne" — ein riesiger Berliner Bierstadel — war absolut voll. Draußen stauten sich noch Massen, sämtliche Öffnungen der „Taverne" wurden von Stadtindiandern benutzt, um über Dächer und Balkone in das Innere zu gelangen. Toll war's schon, daß so viele gekommen waren.

Am Anfang des Festes, nach einer wohl etwas verunglückten Demo, lief eine Diskussion mit den Veranstaltern, Göttinger Studenten, TU-Präsident Berger und Berlins Kultursenator Glotz. Ich fand diese Veranstaltung ziemlich bedauernswert, da also gleich am Beginn — zur Einstimmung — eine Auseinandersetzung mit staatlichen Stellen stand, zu der ich auf TUNIX gar keine Lust hatte und es mir wichtiger erschienen wäre, das Fest voll zu einer Konsolidierung von linker Kultur zu nutzen und interne Kommunikation zu betreiben. Die Fülle zwang TUNIX-Mitmachende auch dazu, sich passiv zu verhalten, die Dinge, die da abliefen, nur auf sich wirken zu lassen; es waren kaum Eingreifmöglichkeiten da.

Es ist wohl in letzter Zeit überall festzustellen, daß linke Treffs, Feste (Große Freiheit-Fest), größere politische Veranstaltungen überfüllt sind. Wir brauchen öfter, mehr und größere Räume. Gottseidank gibt es die ja im CCH, Interconti usw. Ebenso mußte die Redaktion der „Großen Freiheit" feststellen, daß vor allem nach dem letzten Fest in der HfbK ihre Redaktionsräume zu klein sind und die Produktionsmittel unzureichend. Glücklicherweise haben wir herausgefunden, daß sich in der Kaiser-Wilhelm-Str. ein Komplex befindet, der unseren Anforderungen sehr entgegenkommt. Wir hoffen, in absehbarer Zeit dorthin umzuziehen; Voraussetzung ist allerdings die Umsetzung von Gedanken, Ideen, Vorstellungen, wie sie unter anderem auch auf TUNIX entwickelt wurden.

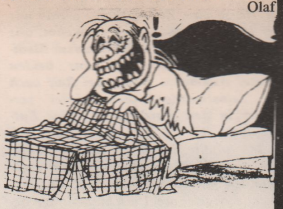


Die Reise nach Tunix

Pflasterstrand, Pflasterstrand,
wer ist der beste Freak im Land?
Wer zieht sich weite Hosen an,
wer spricht in Kneipen Männer an?
Wer ist frei und ungeniert,
hat seine Angst thematisiert?
Wer trägt 'nen Ohrring, schreibt
Gedichte?
studiert alternativ Geschichte,
färbt sich die Haare henna-rot,
fühlt sich vom Leistungsdruck bedroht?
Wer wohnt in einem Bauernhaus
und gibt 'ne linke Zeitung 'raus?
Wer hat genug von Theorie,
raucht Grass und Shit,
nimmt Speed — und wie!
Wer ist sich seines Rufs gewahr,
wer stellt sich stets am besten dar,
wer kann sich keine Schlappe leisten?

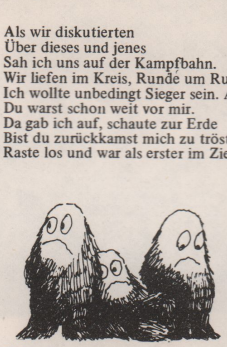
Das sind immer noch die meisten.

Olaf



Eingeständnis

Als wir diskutierten
Über dieses und jenes
Sah ich uns auf der Kampfbahn.
Wir liefen im Kreis, Runde um Runde
Ich wollte unbedingt Sieger sein. Aber
Du warst schon weit vor mir.
Da gab ich auf, schaute zur Erde
Bist du zurückkamst mich zu trösten
Raste los und war als erster im Ziel.



P.S. Die TUNIX-Leute wollen gern wissen, wie es euch/uns in Berlin gefallen hat. Schickt Kritik/Lob/Fotos/Berichte etc. direkt an: TUNIX, c/o Maulwurf Buchvertrieb, Waldemarstr. 24, 1 Berlin 36.

zu unserem Fescht

Als wir euch aufforderten, „kommt alle zum Fest", hätten wir nicht damit gerechnet, daß ihr das so wörtlich nehmen würdet. Und so waren wir von dem Gedränge in der HfbK etwas überfordert, und es blieb ein zwiespältiger Eindruck vom Fest bei manchen zurück. Einerseits waren wir freudig überrascht von dem Interesse an der „Freiheit" (am Fest), andererseits kamen wir in dem Trubel nicht dazu, Gespräche über die Zeitung zu führen. So fanden denn einige das Dest im nachhinein zu kommerziell, ihnen wurde zu viel konsumiert statt kommuniziert. Der Gegenpol: die Tanzwütigen waren sauer, weil die Musik zu früh aufhörte (die Musiker spielten ohne Gage). Die „Brühwarm"-Leute bekamen das bei ihrem Auftritt zu spüren. Viele, mit denen ich gesprochen habe, fanden unser erstes Fest aber im Großen und Ganzen gelungen, zumal sich unerwartet viele alte Bekannte wiedertrafen.

Mich hat das Gedränge nach ein paar Stunden an der Kasse ziemlich genervt und ich war froh, als wir am Samstagmittag endlich die letzten Scherben, Becher, Kippen zusammengekehrt hatten. Hinterher hatte ich allerdings am meisten vom Fest. Ich bin nämlich derzeit für die Kasse verantwortlich. Und die stimmt jetzt. Trotz des niedrigen Eintrittspreises haben wir genug eingenommen, um alle offenen Rechnungen bezahlen zu können. Eingenommen haben wir an Eintrittsgeldern und Spenden knapp über 4.500 DM, beim Getränkeverkauf 2.500, macht 7.000. Für die Getränke haben wir bezahlt 1.800, an Spesen für die Gäste (Musiker etc.) 700, für Schäden in der Aula, Putzen etc. 500, macht Kosten von 3.000. Blieben uns 4.000, davon haben wir ein Darlehen von 1.000 DM zurückgezahlt und mit 3.000 unsere offenen Druckrechnungen beglichen.

Das nächste Fest können wir hoffentlich um des Festes willen feiern.

R.

Große Liebe Freiheit!

Das Gedicht auf dem gelben Papier war für die ausgehängte Wandzeitung geschrieben, es standen da aber immer so viele Leute rum und außerdem hasse ich geliehene Kugelschreiber. Es ist vielleicht ein bißchen schwierig, aber wenn man sich etwas Zeit läßt, kann es doch ein wenig Spaß machen. Es hat eine besondere Entwicklungsgeschichte, deshalb ist es so geworden. Ich habe bei jemandem einen guten Zug getan, der mich völlig abfliegen ließ. Stundenlang saß ich an einem stillen (!) Platz und hatte eine riesenlange Geschichte im Kopf, aber nichts zu schreiben.

Als ich es dann nicht mehr aushielt, borgte ich mir einen Kugelschreiber und ein paar Wurstpappen fanden sich auch, nur kein Männerklo, das wurde plötzlich notwendig. Schließlich erreichte ich ein verrücktes Frauenklo, schloß mich ein, und fing an zu schreiben. Aber da war es arschkalt und so wurde aus der langen Geschichte diesesGedicht.

Schicke Euch auch noch einige andere Gedichte, die ihr verwenden oder wegschmeißen könnt je nachdem.

euer Streichholz

große freiheit

mein bart wächst so gut
wer weiß warum
ich nicht
und die geschichte
wahrscheinlich auch nicht
er macht mich weise
so fiel er weg —
mal me-ti mal kon-fu-
jetzt meint ein reaktionär
ich sei eine wanze
von der gegenseite
wer weiß welche
rolle in was für einem
theater
ich spiele
sie ist zu lustig

geschrieben von
streichholz auf
dem pressefest
der großen freiheit
am III.II. 78

KNAST

Freitod –
Knastalltag in „Santa Fu"!

Der Freitod von Ralf Nagel

Bereits gleich mit Beginn des neuen Jahres präsentierte sich wieder mit seinem wahren Gesicht der ach so „humane Strafvollzug". Den tragischen Anfang bildet diesmal der Gefangene Ralf Nagel, als er sich in der Nacht vom 1. zum 2. Januar '78 nach fast 2 1/2 jähriger Haftzeit am Zellenfenster erhängte. Wie uns ein mit ihm früher in einer Zelle einsitzender Freund Wolfgang Wagner berichtete, hatte Ralf schon des öfteren vom „Schlußmachen" gesprochen, was den Verantwortlichen sehr wohl bekannt war. Daß dieses tragische Ende von Ralf nicht bereits früher eintrat, ist einzig und allein dem Engagement seines Freundes zu verdanken. Ralf wurde trotz seines kritischen Zustandes mit der fadenscheinigen Begründung des Medikamentenmißbrauchs in eine Einzelzelle verlegt. Obwohl er als selbstmordgefährdet galt, wurde er auf die Strafstation D I gesteckt, wo Menschen psychisch zugrunde gehen.

Besonders makaber ist, daß Ralf während seiner Zeit auf D I pro Tag 14 (!) Tabletten (meist Beruhigungsmittel) vom Arzt verordnet bekam, er, der wegen Medikamentenmißbrauchs in der Einzelzelle saß.

9 Wochen lang saß Ralf auf D I und nahm während dieser Zeit 7 kg ab. Dieser Zeitraum ist entschieden länger, als die Isolationshaft überhaupt angewandt werden darf. (Siehe Strafvollzugsgesetz, § 103, Arten der Disziplinarmaßnahmen:
(1) Die zulässigen Disziplinarmaßnahmen sind:
9. Arrest bis zu 4 Wochen
(2) Arrest darf nur wegen schwerer oder mehrfach wiederholter Verfehlungen verhängt werden.

Als Wolfgang Wagner auch nach D I verlegt wurde, bemühte er sich vergebens darum, zusammen mit Ralf aus der Einzelhaft rauszukommen. Zuletzt noch am 1.1.78 hat er bei seinem Abteilungsleiter nachgesucht und verlangt, ihm mit Ralf Umschluß zu gewähren. Der Abteilungsleiter sprach jedoch von einem Umschlußverbot, das gar nicht verfügt war.

Ralf behauste auf D I eine Zelle, wo noch nicht einmal ein Schrank oder ähnliches anwesend war, um seine persönlichen Sachen zu verstauen. Er hatte seiner Mutter öfters seine Isolationshaft beschrieben und auf die menschenunwürdigen Bedingungen, unter denen er dahinvegetieren mußte, mitgeteilt. Er hat sich immer wieder über diese Zustände beschwert und wollte verlegt werden. Seine Bitten waren jedoch vergebens.

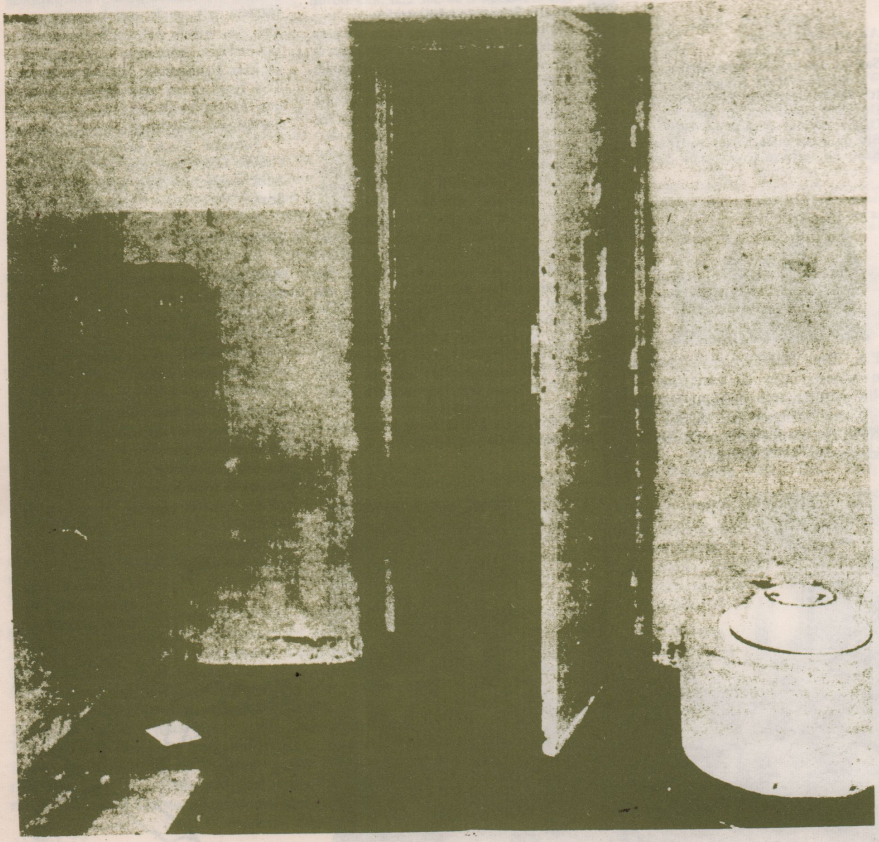
Seine Mutter ist davon überzeugt daß er aus Protest gegen die unmenschlichen Haftbedingungen in den Tod gegangen ist; und sie ist auch davon überzeugt, daß er vorher noch einen Abschiedsbrief geschrieben haben muß, denn, wie seine Mutter berichtete hat er immer viel gelesen und geschrieben. Er hatte ihr auch mitgeteilt, daß er über den Mordvollzug in Fu eine Dokumentation anfertigen wollte. Bei der Durchsuchung von Ralfs Zelle sollen jedoch keinerlei solche Schriftstücke gefunden worden sein. Auch kein Artikel für die Dokumentation ist aufgetaucht.

Dafür fand man das Gerichtsurteil von Ralf auf dem Hof+ (?!) +der Anstalt. Bisher wurde der Mutter nur das Entlassungsgeld (angesammelt in 2 1/2 Jahren!) in Höhe von 45,43 DM ausgehändigt.

Bis heute (30.1.78) hat Fr. Nagel den Nachlaß ihres Sohnes nicht bekommen. Unklar ist auch, wo Schreibmaschine und Radio von Ralf geblieben sind. Noch verwirrter ist die Geschichte eines Ringes von Ralf, der erst verschwunden war, dann aber wieder auftauchte. Es gibt hier zu viele Ungereimtheiten, die es gilt aufzudecken und an die Öffentlichkeit zu bringen.

Weiteres Licht in das Dunkel um Ralfs Freitod bringt eine Stellungnahme von Wolfgang Wagner:

Bei dem Versuch, zu schildern, wie es zu dem Selbstmord von Ralf Nagel kam, muß ich mich auf die wesentlichen und belegbaren Fakten beschränken, soweit sie an Hand der Akten von Ralf und mir nachweisbar sind. Aus diesen Akten in Anstalt 2 gehen auch die genauen Daten hervor, die ich hier nicht präzise wiedergeben kann. Kontakt hatte ich mit Ralf in etwa seit Februar 77. Zu dieser Zeit fingen wir auch an, Umschluß zu machen. Ralf hatte eine generelle Umschlußgenehmigung. Ich beantragte Zellengemeinschaft mit Ralf, die etwa Mitte April 77 begann. Zu dieser Zeit war Ralf schon wiederholt durch Medikamentenmißbrauch auffällig geworden. Nachdem offensichtlich wurde, daß Ralf, obwohl er in der Urlaubsregelung war, keinen Urlaub bekommen würde, und somit die Verbindung mit seiner Frau nicht mehr zu halten war, wurde Ralf noch auffälliger in seinem Medikamentenmißbrauch. Er fing an, sich in Gedanken und Gesprächen mit der Möglichkeit eines Selbstmordes auseinanderzusetzen. Durch die damit verbundene Belastung kam es auch bei mir nun wiederholt zu Exzessen bei der Einnahme von Medikamenten. Da Ralf sowie auch ich, wir beide also, zu diesem Zeitpunkt doch schon eine sehr starke emotionale Bindung zueinander eingegangen waren, traten die Selbstmordgedanken bei Ralf doch wieder in den Hintergrund. Anfang September wurde unsere Gemeinschaftszelle aufgrund des Verdachts von Medikamentenmißbrauches aufgelöst. Nachdem Ralf nach drei Wochen D I wieder im Hause eine Zelle bekam, wurde uns der Umschluß wiederholt abgelehnt, was wiederum zu noch erheblicherem Medikamentenmißbrauch bei uns beiden führte. Außerdem traten bei Ralf auch die Selbstmordgedanken wieder vermehrt in den Vordergrund. Eine Entwicklung, die ich nur sehr schwer aufhalten konnte, indem ich mich während der Arbeitszeit bei Ralf in seiner Zelle heimlich mit einschließen ließ. Entsprechende abgelehnte Umschlußanträge befinden sich bei unseren Akten in Anstalt



2. Wegen der Ablehnung des Umschlusses mit Ralf beantragte ich einen gerichtlichen Entscheid, der zur Zeit der Strafvollstreckungskammer 27 zur Entscheidung vorliegt. Als klar absehbar war, daß Ralfs Frau Heidi nun die Verbindung zu Ralf ganz abbrechen würde, befand sich Ralf gerade auf D 1. Er bat mich darum, ihm Tabletten zu besorgen, da er Schluß machen wollte. Davon habe ich Herrn Sarodnik unterrichtet, der ihn daraufhin für ca. drei Stunden aus D 1 herausholte. Außerdem wurden der Abteilungsleiter Goslar sowie Dr. Stark genauestens von mir über die Selbstmordgedanken, die Ralf mir gegenüber offenbarte, informiert. Der Anstaltsbeirat Kleinert hatte in einem Gespräch, das er mit Ralf in der Beruhigungszelle führte, Ralf zugesichert, daß er ihn einer Gesprächstherapie zuführen würde. Dies ist nicht geschehen. Nachdem Ralf sowie auch ich bis kurz vor Weihnachten auf D 1 waren (beide ca. acht Wochen) kamen wir wieder ins Haus. Weihnachten am 24. 12. sowie am 25. 12. und auch an Silvester konnten wir Umschluß machen, obwohl Herr Goslar auf die von mir am 24. und 25. 12. gestellten Umschlußanträge am 27. 12. schrieb „wurden mir erst am 27. 12. vorgelegt", sie also nicht genehmigte. Nachdem Ralf dies erfuhr, bat er mich wiederum, mich während der Arbeitszeit bei ihm auf der Zelle zu verstecken, damit wir unseren Umschluß also während der Arbeitszeit machen könnten, was am Nachmittag um ca. 14 Uhr 50 entdeckt wurde, worauf ich eine Anzeige bekam. Diese wurde allerdings mittlerweile eingestellt. Am 1. Januar 78 bat Ralf mich wiederum zu versuchen, Umschluß mit ihm zu bekommen. Dieser Umschluß wurde mir nicht gestattet. Nach einem ausführlichen Gespräch mit Ralf, in dem er mir versicherte, daß er bestimmt keinen Selbstmord machen würde, kamen wir beide überein, daß ich nicht versuchen sollte, unter Hinweis auf seine Selbstmordgedanken einen Umschluß zu erzwingen, da die Gefahr, daß er dann wiederum in die Beruhigungszelle verbracht würde, zu groß sei. Man kann davon ausgehen, daß er zu diesem Zeitpunkt von dem Vorsatz des Selbstmordes Abstand genommen hatte, da ich dies anderenfalls sicherlich aufgrund unserer gefühlsmäßigen Bindung gespürt hätte. Ralf beging in der Nacht vom 1. auf den 2. Januar gegen ca. 4 Uhr 30 am Morgen Selbstmord.

Wie die Anstalt ihr eigenes Verschulden hier einschätzt, läßt sich wohl daran bemessen, daß ich am Morgen des 2. Januar, bevor Ralf weggebracht wurde, seine Zelle betreten durfte, um ihn noch einmal sehen zu können. Dies ist einmalig in der Geschichte der Hamburger J.V.A. Außerdem wurde ich zu seiner Beerdigung geführt. Wie ich persönlich eine Schuld der Anstalt beurteile, werde ich, sobald ich Gelegenheit dazu habe, hinreichend eindrucksvoll demonstrieren.

Der Freitodversuch von Wolfgang Wagner

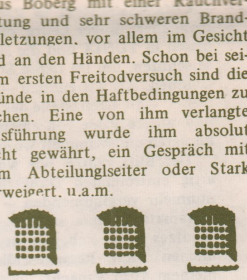
Wolfgang Wagner befindet sich zur Zeit in Ochsenzoll, weil er sich am 15.1.78 durch eine Überdosis von Medikamenten, die nur vom Arzt bzw. Sanitäter kommen können, ebenfalls das Leben nehmen wollte. Auch er sah keine andere Möglichkeit mehr, um gegen diesen Vollzug zu protestieren. Er konnte im Krankenhaus zwar noch gerettet werden, doch muß ständig mit einem neuen Freitodversuch gerechnet werden, so lange der Vollzug sich nicht ändert. Lange wird er solchen Nerventerror nicht mehr durchhalten können. Er hat aber von einer Gesamtstrafe von 10 Jahren noch 6 (!) abzusitzen.

Der Freitodversuch von Heinz Dabritz

Ein weiteres makaberes Beispiel der Vernichtungsstrategie im Knast von Fuhlsbüttel fand am 17.1.78 einen erneuten Höhepunkt in der versuchten Selbstverbrennung des Gefangenen Heinz Dabritz. Auch dieser Freitodversuch hätte verhindert werden können, zumal bekannt war, daß Heinz bereits am Vortag versucht hatte sich mit einer Überdosis Tabletten das Leben zu nehmen. Er konnte zum Glück im Krankenhaus Barmbek gerettet werden.

Wieder zurück in der Anstalt hatten die Verantwortlichen nichts Besseres zu tun, als ihn sofort auf die Strafstation D I zu verfrachten.

Heute liegt Heinz im Krankenhaus Boberg mit einer Rauchvergiftung und sehr schweren Brandverletzungen, vor allem im Gesicht und an den Händen. Schon bei seinem ersten Freitodversuch sind die Gründe in den Haftbedingungen zu suchen. Eine von ihm verlangte Ausführung wurde ihm absolut nicht gewährt, ein Gespräch mit dem Abteilungleiter oder Stark verweigert, u.a.m.



Weitere Aufklärung bringt der Bericht eines Gefangenen der Anstalt II, der die Vorfälle um Heinz Dabritz, die Reaktion der Gefangenen und der Anstaltsleitung beschreibt:

Gedächtnisprotokoll,
Dienstag, den 17. 1. 78

Gegen 14.00 Uhr fuhr – ich konnte das von meinem Arbeitsplatz aus beobachten – ein Sanka nach D I (Isolierstation). Kurz darauf kam er zurück in den 1. Hof. Er wurde von einem Notarztwagen erwartet. Darauf kam der Rettungshubschrauber aus Richtung AK Barmbek. Dieser landete auf dem Sportplatz. Bei dem Notarztwagen hatte sich mittlerweile ein grüner Bullenwagen eingefunden. Der fuhr zum Hubschrauber, holte da 2 Personen (Ärzte?) ab und brachte diese zum Notarztwagen. Nach einiger Zeit fuhr der Notarztwagen zum Hubschrauber. Vor D I im Container wurden brennende und qualmende Gegenstände gelöscht.

Nach Arbeitsschluß 15.15 Uhr wurden im Hause die Nachrichten des NWS (Neuer Wochenschauer, von der Anstaltsleitung abhängige Gefangenenzeitung, ergänzt durch GSI) verteilt als 1. Information. Dann Flüsterpropaganda. Gegen 16.30 Uhr versammeln sich die Insassen an den Geländern um die Zentrale: Rufe: Kirche auf! Später schloß Stark die Gittertür zur Kirche auf. Ca. 300 Insassen strömten zur Kirche. Die AL (Anstaltsleitung, ergänzt durch GSI) ließ die Fernsehräume öffnen und mit einem neuen Vorführer Fernsehfilme vorführen (um Spaltungen herbeizuführen).

ALLeTAGe

In der Kirche ungerichtete, konzeptlose Diskussion. I.V. (Insassenvertretung, ergänzt durch GSI) passiv. Rufe nach Stark. I.V. und NWS gehen zur AL. Stark droht dem NWS. I.V. bringt „Friedensvorschläge" der AL: Allgemeine Umschlußerlaubnis (vergißt (?) zu sagen nur für 1 Tag), Insassen der Isolierstation kommen frei (vergißt (?) zu sagen, nur bis 18.00 Uhr).

Erregte Diskussion der Insassen. D I auflösen, Stark her, Weinert her, Meyer her. (Gemeint sind der Anstaltsleiter, der Chef des Strafvollzugsamtes, der Justizsenator, ergänzt durch GSI). Solange bleiben wir im Sit In in der Kirche. Viele gehen los: holen Kaffee, Tee, Skatkarten, Schachspiele und Decken – 19.30 Uhr Einschluß: ca. 120 Mann bleiben da. Einzelne Abteilungsleiter hören sich die Forderungen an. Jurisch (Anstaltspsychologin, ergänzt durch GSI) kommt nach Einschluß und will einige Leute ihrer Station holen. Chöre: sitzen bleiben! Sie wird angefahren, sie solle gefälligst Stark mitteilen, wenn er zu feige sei herauf zu kommen, so solle er seinen Humanitätspreis abgeben. Sie verschwindet wieder, ohne ihren Auftrag erledigt zu haben. Pastor Steller diskutiert mit uns. Später kommt Schmude (Stellvertretender AL), wird niedergeschrien: Stark her. Stark kommt – wie ein betrunkener wankt er zur Bühne, müde, ohnmächtig: ein prächtiger Schauspieler. Rufe: Schauspieler. Ein Insasse reicht ihm ein Taschentuch – da kannst Du wieder heulen, wie bei Krieger und Rohrmoser. Stark gibt eine kurze Darstellung und verschweigt vieles, daß Heinz Dabritz am Dienstag mit ihm sprechen wollte, daß die Beamten gefeiert haben, statt sich um den nervlich „Toten" zu kümmern.

Forderungen der Insassen werden laut: D I auflösen (D I die Sicherheitsstation ist erst in der Ära Stark entstanden – in noch keiner Zeitperiode gab es soviel Tote wie unter Stark) und als Sportraum nutzen. Dann kamen hausinterne persönliche Probleme in die Forderungen: S-Gruppe weg, Vollzugspläne, den gesetzlichen Urlaub genehmigen, Arbeitsurlaub geben und bezahlen.

Stark sagt weder ja noch nein – typisch Vollzugskaspar – und verschwindet wieder wie ein Geist, als wir heiß diskutieren. Läßt bestellen, wir sollen die Kirche räumen. Wird abgelehnt. Pastor Steller vermittelt: er verspricht, unsere Probleme werden in einer Vollversammlung am Freitag angehört, sonst, falls Stark nicht erscheint, nimmt er am Sit In mit teil.

(Der Gefangene / ergänzt durch GSI) Fred Reisewitz trägt Stark an, die Kirche mit 40 „Schlägern" zu räumen. Bis 19.30 Uhr scheint das Strafvollzugsamt von der Bambule nicht informiert worden sein. Dann war keiner mehr da – wer sollte den Grenzschutz verantworten?

Station C 4 – wo sich Nagel „ermordet" hat (Selbstmord im Knast ist Mord) nahm über die Hälfte teil. NWS-Kühn bekam Angst und ließ sich 19.00 Uhr einschließen.

Der Freitodversuch von Herbert Spekowius

„Nur Fliegen sterben schneller...", so begann der offene Brief der GSI vom 21.1.78 an Dr. Stark, Leiter der Anstalt II. Zwei Tage später holte uns die Realität ein.

Am 23.1.78 schnitt sich Herbert Spekowius die Pulsadern auf. Der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte, war ein Umschlußverbot. Herbert wollte mit einem Gefangenen der Strafstation D I Umschluß haben, was ihm verweigert wurden. (Zur Erklärung: Umschluß heißt, daß 2 Gefangene in einer Zelle eingeschlossen werden) Doch das war nur ein Punkt, Genaueres ist der Stellungnahme von Herbert vom 25.1.78 zu entnehmen:

Betr.: Meine vom Abteilungsleister Zinders geforderte Stellungnahme zum Suizidversuch durch Öffnen der Pulsadern am 23. 1. 78

Durch diese, meine Handlung in der Nacht vom 22. 1. - 23. 1. 78 sehe ich die einzige Möglichkeit, eine – zwar makabre – Alternative zu diesem hier herrschenden Klassen- und Denunziantenvollzug.

Ein Vollzug mit einer Anstaltsleitung, die sich nur zuständig fühlt für eine kleine Gruppe von Heuchlern und Privilegierten, die sich ihre Privilegien durch Verrat bzw. durch Duckmäusertum erschlichen haben. Gefangene mit einer relativ „normalen" Zeitstrafe wurden und werden hier überrollt.

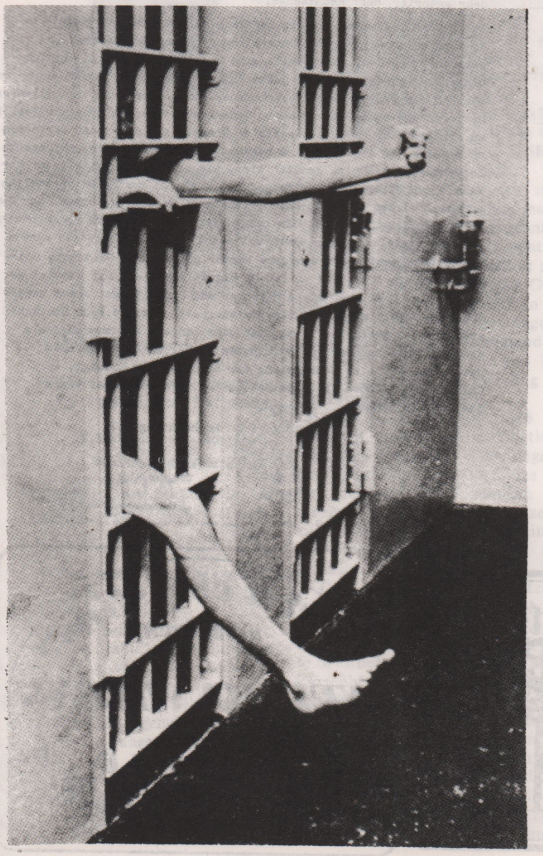
Ich bin jederzeit in der Lage, diese meine Forderungen an Hand von Ablehnungen, Ignorierung von Anträgen und nur minimalen Zugeständnissen im Vergleich zu anderen, oben aufgeführten zu beweisen. Besonders die vor dem 22. 1. 78 geführten Diskussionen mit der AL (Anstaltsleitung) über die erschreckende Zunahme der Freitoten in der Anstalt II haben mir gezeigt, daß gerade von Seiten der hiesigen AL ein menschenverachtendes Desinteresse herrscht. Hier wird allenfalls ein Stillhaltevollzug, aber kein Behandlungsvollzug praktiziert.

Besonders deutlich wird die menschenverachtende Haltung der AL dadurch aufgezeigt, daß weder ein Vertreter der AL noch ein Psychologe es für nötig hielt, nach meiner Rückkehr aus dem AK Barmbek ein Gespräch mit mir zu führen – aber ein Anzeige wurde mir bereits am darauffolgenden Tag geschickt.

Dagegen habe ich auf meine Art versucht, zu protestieren, und möchte dies hiermit auch schriftlich tun.

Herbert Spekowius

Heute ist Herbert wieder auf der Station C 4. Nachdem er im AK Barmbek gerettet worden war, wurde er erst auf D I gebracht, dann zurück auf C 4.



Terrorurteil gegen Artur Sarrach

Wie Menschen im Knast Fuhlsbüttel und anderswo verachtet, brutal unterdrückt und vernichtet werden, läßt sich durch beliebig viele andere Schweinereien belegen. Eines der schockierendsten Beispiele ist u.a. der Fall des Gefangenen Artur Sarrach, der sich, um den schleichenden Tod im Knast „Santa Fu" öffentlich zu machen, an die Tageszeitung „Die Welt" in Form eines Leserbriefes wandte, der auch abgedruckt wurde. Da Artur für seine Aussage keine Zeugen benannte, wurde am 28.2.77 vom Hamburger Amtsgericht zu einer Geldstrafe von 30 Tagessätzen (gleich DM 240,--) verurteilt, die er im Knast durch monatlich 20,-- abbezahlen muß und das, obwohl ein Gefangener, der im Knast täglich arbeitet, kaum über DM 100,-- Monatseinkommen verfügt.

In der Urteilsbegründung heißt es: „Die Staatsanwaltschaft beschuldigt Sie, in Hamburg am 16.3.76 öffentlich in Beziehung auf andere Tatsachen behauptet zu haben, welche dieselben verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet sind, wobei diese Tatsachenbehauptung nicht erweislich wahr sind, indem Sie in einem Leserbrief, der am 16.3.76 in der Tageszeitung „Die Welt" veröffentlicht wurde, u.a. schrieben:

Als Häftling der Strafanstalt II Santa Fu las ich die Anzeige gegen die zwei Ärzte und Beamte der Untersuchungsanstalt Hamburg, die die mutige Rechtsanwältin Frau Hammerer-Samwer einreichte, mit Bewunderung. Ich selbst war eine Zeit auch im U.G. und dort als Hausarbeiter tätig. Ich bin aus dieser Zeit mit einem Selbstmord eines Mitgefangenen belastet, der verhindert hätte werden können, wenn man auf mich gehört hätte. Man hat einen Nerven-kaputten Gefangenen

zu zwei ähnlich Kaputten in eine Zelle gelegt, die sich dann miteinander noch mehr kaputt machten. Ich merkte den Tiefstand eines dieser Kaputten beim Essenausgeben am Abend und bat, etwas zu unternehmen. Ich wurde nicht einmal angehört. Am Morgen war dieser Gefangene tot. Einer von vielen, die nicht bekannt wurden usw. Da ich für jede Kleinigkeit harte Strafen verbüßen mußte, ohne zu jammern, weil ich mich schuldig fühle, ist es mir unbegreiflich, daß mir so ein zweierlei Maß vorgelegt wird, mit dem ich Achtung vor dem Gesetz bekommen soll und möchte. Es ist mir auch unbegreiflich, daß selbst der Justizsenator, der vorgibt, so für die Menschlichkeit im Vollzug zu sein und vielleicht auch ist (?), heute im Rundfunk den Fall mit einem Fußballunglück zu vergleichen versuchte. Das macht mich stutzig, da stimmt doch was nicht? Es gibt Dinge – wo es keine Kompromisse gibt – da, wo es um die Würde des Menschen geht. Solange dies und anderes so bleibt, werden wir nicht Traumquoten von 11 % Rückfall, wie in einigen Ländern, erreichen, und es wird weiter unwürdig gestorben, die einen schnell, wie in Fällen Glocke, und die anderen langsam – nicht einmal selbst – wahrnehmbar... Bitte helfen Sie dies mit diesem und anderen Leserbriefen einzudämmen?

Artur Sarrach, 2000 Hamburg 63, Am Hasenberge 26, Vergehen strafbar nach § 186, 194, 40, 42, 43 StGB.

Zur Information: Wir veröffentlichen diese Urteilsbegründung erst jetzt, weil wir sie erst vor kurzer Zeit bekommen haben. Artur selbst schreibt in einem Brief vom 25.9.77 dazu:

„Ich hatte mich persönlich mit einem Selbstmord belastet gefühlt und meinem Herzen Luft gemacht und mich an die Zeitungen gewandt da ich hier und anderswo nicht erhört wurde. Wie Recht ich mit meinen Mahnungen hatte, zeigten die anschließend weiteren Toten? 10 Stück in einer so kurzen Zeit ist für mich zum Ertragen und Mittragen zuviel. Man hatte mir einen Strafbefehl ohne mich richterlich zu hören zugesandt, um mich mundtot zu machen usw. und jetzt bittet man uns von der Vollzugsbehörde, daß wir aufeinander aufpassen sol-

„Selbst"-Mord in „Santa Fu", Anstalt II

Eine Chronologie versuchter und vollendeter „Selbst"-Morde

1975 **Kurt Vogler** begeht „Selbst"-Mord. Genaues Datum, Hintergründe und Motiv sind der GSI nicht bekannt.

16.2.76 **Heinz-Detlev-Krieger** und **Hans Rohrmoser** erhängen sich in ihren Zellen.
Sie verstehen ihren Freitod als Protestaktion gegen Mißstände in der Fuhlsbütteler Anstalt II. In einer Erklärung greifen sie die Knastzustände detailliert an.

3.4.76 **Hans Wurda** versucht eine Selbstverbrennung.
Hintergründe und Motiv sind der GSI nicht bekannt.

7.4.76 **Manfred R.** versucht sich mit einer Überdosis Schlaftabletten das Leben zu nehmen.
Über Hintergründe und Motiv ist der GSI nichts bekannt.

10.76 **Georg Bamberger** öffnet sich die Pulsadern und verblutet.
Nach einem Ausbruch (1.7.74) bestand für ihn keine Aussicht mehr auf Urlaub... Sein Vergehen: schwerer Diebstahl.

2.8.77 **Wolfgang Janorschke** erhängt sich am Fenster seiner Zelle Nr. 60 auf der therapeutischen Station B 2
Am 28.3.76 war er in einen unbefristeten Hungerstreik getreten, um auf seine Situation als Lebenslänglicher und auf Mißstände im Knast aufmerksam zu machen. Auf die von ihm herausgegebene Willenserklärung reagierte weder die Behörde, noch andere angeschriebene Stellen...

3.8.77 **Edmund Ludewig** erhängt sich in seiner Zelle Nr. 50 auf der therapeutischen Station B 2.
Sein Lebenslauf läßt sich kurz zusammenfassen: Fremdenlegion – Nervenklinik – Knast. Der Verwahrvollzug und die „Behandlung" des Verhaltensgestörten fast ausschließlich mit Tabletten bereiteten den Boden. Nach Ablehnung einer Ausführung wegen seiner Rentensache war es soweit...

24.9.77 **Carsten Loeck** stirbt an einer Vergiftung durch Methylalkohol. Wie unmenschlich muß der Knast sein, wenn Gefangene zu solchen berauschenden Mitteln greifen?

1.1.78 **Rolf Nagel** erhängt sich in seiner Zelle.
Aufgrund seiner Haft war er schon längere Zeit psychisch angeschlagen. Trotz seines kritischen Zustandes wurde er mit der fadenscheinigen Begründung „Medikamentenmißbrauch" in Einzelhaft auf die Strafstation D I verlegt. Dort mußte er über 9 (!) Wochen verbringen. Seine Mutter ist davon überzeugt, daß er aus Protest gegen die unmenschlichen Haftbedingungen in den Tod gegangen ist.

15.1.78 **Wolfgang Wagner** versucht sich mit einer Überdosis Medikamente umzubringen. Er sah keine andere Möglichkeit mehr, um gegen diesen Vollzug zu protestieren.

17.1.78 **Heinz Dabritz** versucht sich selbst zu verbrennen. Er kann im Krankenhaus gerettet werden. Bereits am Vortage hatte er versucht sich mit einer Überdosis Tabletten das Leben zu nehmen. Nach dem Krankenhausaufenthalt wurde er sofort in Einzelhaft auf die Strafstation D I verlegt. Auch seine Gründe für den Freitod sind in den Haftbedingungen zu suchen (verweigerte Ausführung etc.)

23.1.78 **Herbert Spekowius** öffnet sich die Pulsadern, kann aber gerettet werden. In seiner Stellungnahme schreibt er: „Durch diese meine Handlung in der Nacht vom 22.1. – 23.1.78 sehe ich die einzige Möglichkeit eine – zwar makabre – Alternative zu diesem hier herrschenden Klassen- und Denunziantenvollzug." Ein verweigerter Umschluß mit einem Gefangenen auf D I war der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte.

Natürlich ist diese Chronologie unvollständig. Wer sich einwenig im Knastbereich auskennt, weiß, wie wenig von dem, was im Knast passiert, durch die Mauern dringt. Wie viele Vorgänge werden verschwiegen oder vertuscht? Totenstille gehört zum Knast.

Unterstützen wir die Gefangenen bei ihrem Widerstand gegen die unmenschlichen Haftbedingungen, stellen wir Öffentlichkeit her.

Gefangenenselbstinitiative e.V.

Gedichte aus dem Knast

Arm und Reich

„Oh Herr, gib mir ein Stück Brot!"
„Schweig, kennst Du nicht das Bettelverbot?"
„Oh Herr, es geht mir reichlich schlecht, auch ein Taler wäre recht."
„Mir hat auch keiner was geschenkt. Wer nichts hat, der ist wohl schlecht."
„Dann gib mir Arbeit Mann, damit ich was verdienen kann."
„Arbeit? Mann oh Mann! Du weißt doch, daß ich Maschinen nehmen kann."
„Oh Herr, hab ich denn kein Recht auf's Leben wie die andern?"
„Nein! Gesindel wie Du müßte in den Knast abwandern."
„So hilfst Du mir nicht in der Not??
Dafür schlag' ich Dich nun T O T!!"

Die Krönung der Schöpfung!

Der Mensch wird als Schöpfungskrone oft verehrt.
Fühlt er sich wohl? Ich bin eingesperrt.
Er hat sich über die Welt erhoben,
Gesellschaften gebildet, doch: alles erlogen!
Freiheit heißt die Parole! Geschickt!
Doch hinter Mauern wird alles erstickt.
Hier bist Du Sklave, Du wirst verheizt,
bis in den letzten Nerv gereizt.
Es gehn hierüber Jahre her,
die Arbeit hier ist mächtig schwer.
Hier gewöhnt man Dir ab das Klagen
Wenn Du nicht kriechst, Du wirst erschlagen!
Doch einmal, der Tag wird kommen,
dann hat der Arme sich alles genommen.
Einer läßt den andern leben,
eine Gesellschaft wird es geben.
Nun, Du Narr, geht Dir auf das Licht?
Die Schöpfungskrone gibt es noch lange nicht.

Der Aufstand!

Schwestern und Brüder in aller Welt, vereinigt Euch, Ihr seid gestellt.
Die Bullen kommen, sie wollen Euch morden, tut Euch zusammen zu großen Horden.
Die Mörder haben Gewehre mit Schrot, nehmt die Knüppel und schlagt sie tot!
Erst dann könnt Ihr wieder in Frieden leben, doch hütet Euch, es darf nie wieder einen Großen geben!

len. Mich bestraft man genau dafür. Und auch die Urlaubsablehnung soll eine Strafe für mich sein, was aus mir wird nach 7 (!) Jahren Haft, interessiert die wenig. Ich lege Ihnen den Strafbefehl bei für dessen Aussagen ich Zeugen habe, die ich nicht nannte. Aber unser ktl. Geistlicher ist einer der Zeugen, daß ich die Wahrheit sage und andere Gefangene sind weitere Zeugen. Gerade vor kurzem sind wieder zwei gestorben und heute Nacht wieder einer und mehrere in Gefahr. Ich halte dies Sterben hier bald nicht mehr aus !!!

Es ist schon wie ein Totenhaus hier (...) Die Presse ist immer Geburtenhelfer oder Totengräber ?!. Tot ist hier schon vieles und wird immer toter..."

Artur hat in anderen Briefen über weitere Todesfälle berichtet. Es sind Tote, von denen die Öffentlichkeit nie etwas erfährt...

„Humaner Strafvollzug" – human für wen?

Die Bedingungen, die die Menschen im Knast in den Tod treiben, sind in den Willkürmaßnahmen der Justiz zu suchen. Immer wieder werden die Anträge auf Ausführung, Urlaub usw. von „unbequemen" Gefangenen durch vorgeschobene Gründe abgelehnt, Isolationshaft eingeführt, Besuchs-, Schreib-, Leseverbote und ähnliches mehr angewandt, um den berechtigen Widerstandswillen der Gefangenen zu brechen.

Dem Gefangenen Arnold Steinbach z.B. ist erst kürzlich der Übergangsvollzug wegen seiner „Abstammung" (!!!) (Zigeuner) abgelehnt worden. Dieser Strafvollzug ist für die Vernichtung des Gefangenen verantwortlich. „Selbst"-Mord im Knast ist Mord. Der Knast ansich ist unmenschlich.

Scheinbar „human" ist der Strafvollzug nur bei Arschkriechern Denunzianten und nicht zuletzt bei den Nazis (siehe Rosenbaum), was viele Vergünstigungen und Privilegien beweisen.

Es ist beängstigend, wie wenig Beachtung heute ein Freitod im Knast noch findet. Die Reaktien der Bediensteten erstreckt sich lediglich noch auf die Meldung zur Küche – heute ein Mann weniger in Verpflegung.

Wir dürfen uns aber nicht an die vielen Toten gewöhnen, wir müssen diese Bedingungen bekämpfen. jetzt erst recht!

Gefangenenselbstinitiative e.V.
Max-Brauer-Allee 225
2000 Hamburg 50

KNASTALLTAG

Zum Thema humaner Strafvollzug

Insbesondere zur Handhabung des neuen Strafvollzugsgesetzes, innerhalb der Anstalt acht. Ein kurzer Kommentar, der nicht nur der Meinung eines Gefangenen entspricht, sondern von mehreren gelesen und den Tatsachen entsprechend befunden wurde. Aus Selbstschutzgründen nenne ich an dieser Stelle keine Namen. Dieses Schreiben wurde im Auftrag von 10 Gefangenen entworfen und nach Außen gegeben.

Die vorgeschobene Humanität eignet sich hervorragend zur Unterdrückung jeder aufkommenden Kritik, Beschwerden etc. von Seiten der Gefangenen und deren Angehörigen in diesem Strafvollzug. Die Auswirkungen der Repression können für den Einzelnen, ob nun selbst betroffen oder Kontaktperson, fatale Folgen haben. Ich werde sie hier kurz beschreiben. Für Kontaktpersonen Besuchs- und Hausverbot, und für die Gefangenen Urlaubsverbot. Damit werden die sozialen Beziehungen zur Außenwelt zerstört. Fadenscheinige Begründungen, wie z.B. Gefährdung der Sicherheit und Ordnung der Anstalt müssen dafür herhalten. Nicht selten erfolgen Verlegungen in Anstalten außerhalb Hamburgs und psychiatrische Untersuchungen des Gefangenen, der der Anstalt auf normalem, legalem Wege Schwierigkeiten bereiten könnte.

Solche Leute werden in der Öffentlichkeit als Querulanten oder Verwirte hingestellt. Hierbei sei nur am Rande erwähnt, daß gerade diese Leute durch sogenannte Tests" zu wirklichen nervlichen Wracks werden. Zu alledem kann man mit Sicherheit Schikanen der Bediensteten erwarten. Ausschluß von Gemeinschaftsveranstaltungen zählen zu den mildesten. In einem speziell dafür vorgesehenen Raum, der Glocke, werden die mit Zusatzstrafen belegten Gefangenen seelisch und körperlich mißhandelt. Bei späteren Nachforschungen ergibt sich dann, daß der Gefangene gefallen ist oder einen Beamten tätlich angegriffen hat. Aus Angst vor Repressionen wie Urlaubssperre, Kontaktverbot, Ablehnungen von Gesuchen, Einzug von Sondergenehmigungen oder Arbeitslosigkeit während der Haft, Verlegung oder totale Isolation wird kaum ein Gefangener die erlebte Folter an die Öffentlichkeit bringen. Sollte es dennoch ein Gefangener wagen, gelingt es der Anstalt fast immer, den Betroffenen als unglaubwürdig hinzustellen oder als lächerlich hinzustellen. Die von den Gefangenen selbst gewählte Insassenvertretung ist hier eine willkommene Marionette. Erweckt das doch den Anschein, daß man Gefangene mitreden und mitbestimmen ließe. Hierbei ist nicht zu vergessen, daß es sich bei den Mitgliedern auch nur um normale Gefangene handelt, die genau den gleichen Gefahren ausgesetzt sind wie der Durchschnittsgefangene. Ansätze, gegen die Anstaltsleitung vorzugehen, werden schon aus Furcht vor den Folgen im Keim erstickt. Auch das neue STVG ist kein Schritt vor. sondern zwei zurück. Von allem, was der Gefangene jetzt über 08.- verdient, stiehlt die Anstalt die Hälfte vom „Blut- und Kopfgeld". Ein kurzes Beispiel: Verdient der Gefangene 3 DM pro Tag, werden 1,50 DM abgezogen. Vom verbleibenden Geld werden noch einmal 1/3 für das Sparkonto abgezogen. Zinsen erhält der Gefangene nicht. Hat der Gefangene Eigengeld, so darf er zum Urlaub davon nur 9,50 DM nehmen. Den Rest muß er vom erarbeiteten Geld nehmen, in der Regel 70 DM monatlich. Viele Gefangene kommen einfach schon dadurch in Schwierigkeiten, daß es ihnen an Geld mangelt. Begeht er dadurch eine neue Straftat, kommt er als hoffnungsloser Fall zu den Akten.

Ein Gefangener, der ca. ein Jahr hier ist, kann damit rechnen, daß er mit etwa 300 DM entlassen wird. Mit diesem Geld muß er sich laut STVG den ersten Monat über Wasser halten.

Frage: Wie soll er das machen, wenn er nicht im Pennerheim wohnen will. Was soll der Mann machen? Er braucht Brot und Geld für öffentliche Verkehrsmittel. Zur Caritas? Die meisten sind ja gerade deshalb straffällig geworden, weil sie zu stolz zum Betteln sind. Man mag das falsch verstehen, aber gerade die sogenannten Knackis haben vielleicht mehr Stolz als manches Mitglied dieser Gesellschaft. Sie handeln danach, was sie empfinden. Wenn es nur an Materiellem liegt, daß die Gesellschaft ihnen kein menschenwürdiges Dasein ermöglicht, so werden sich die langsam angestauten Aggressionen gegen die wenden, die sie verursachen. Sie werden sich nehmen, was sie brauchen. Es zeugt nicht von hohem Niveau, wenn man Menschen einsperrt, anstatt ihnen zu helfen. Dann wird alles nur noch schlimmer! Mit etwas mehr Menschlichkeit und sozialer Unterstützung könnten 80 % aller Rückfälle vermieden werden. Oder will man das am Ende gar nicht? Falls nötig, stehe ich für alle, die an diesem Kommentar mitgearbeitet haben.

Humaner Strafvollzug
oder

Landgericht Frankfurt am Main

Gerichtsstraße 2 (Gebäude B)
Telex: 4 12 996 (just d · Telefon: (06 11) 1367-1
Konten der Gerichtskasse Frankfurt:
PSchKto: Ffm 7017-600 (BLZ 500 100 60)
LZB Ffm 500 01506 (BLZ 500 000 00)

2) C. Jarowoy 23/12

EINGEGANGEN 23. DEZ. 77

Postanschrift: Landgericht · Postfach 21 52 · 6000 Frankfurt 1

23. Strafkammer
4 KLs 1/76

Geschäftsnummer bitte stets angeben!

EINGEGANGEN 23. DEZ. 77

Herrn
Rechtsanwalt
Jacobi
Heußweg 35
2000 Hamburg 19

Datum und Zeichen Ihres Schreibens

Zentrale (06 11) 1367-1
Durchwahl (06 11) 1367-

Datum 19.12.1977

Betrifft
Strafsache gegen Reimers u.a.

Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt!

In obiger Strafsache ist die Regelung der Besuche von Frau Concordia Jarowoy bei dem Untersuchungsgefangenen Reimers so gehandhabt worden, daß jeweils eine Besuchsdauer von 90 Minuten eingeräumt wurde. Wir sind dabei davon ausgegangen, dem U.-Gefangenen während der verlängerten Besuchsdauer ein längeres und intensiveres Gespräch und einen intensiveren Gedankenaustausch mit seiner Verlobten zu ermöglichen, um so den sozialen Kontakt gerade zu der Verlobten zu stärken. Es ist aber hier bekannt geworden, daß die verlängerte Besuchsdauer nicht so genutzt wird, wie es sich die Mitglieder der Kammer zur Pflege und Vertiefung des sozialen Kontaktes vorstellen. So soll bei den Besuchen kein erkennbarer Dialog aufkommen, der den Schluß zuließe, daß sich die beiden Verlobten etwas zu sagen hätten. Über lange Zeiten wurde überhaupt nicht geredet, teilweise würden nur Satzfragmente oder einzelne Wörter gesprochen. Bestimmte Redewendungen wie z.B. "Was willst Du eigentlich hier? Mit Dir ist es langweilig. Hast aber viele Mitesser und Pickel, Hast schon wieder dreckige Nägel" würden häufiger wiederholt. Unter diesen Umständen erscheint es zweifelhaft, ob sich eine längere Besuchsdauer als die Regelbesuchsdauer von 30 Minuten noch rechtfertigen läßt. Bevor insoweit eine Neuregelung der Besuchsdauer erfolgt, wird Gelegenheit gegeben, bis spätestens 6.1.1978 zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

LANDGERICHT FRANKFURT (MAIN)

Hochachtungsvoll
Der Vorsitzende i.V.
Dr. Lehr
Richter am Landgericht
Beglaubigt
Justizangestellte
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle

B 2 – Sprechzeit: montags – freitags 9.00 – 12.00 Uhr – Bitte Postanschrift verwenden, nicht an Personen adressieren!

MESCAL
2 hmg 13
hartungstraße 18
410 24 66 telefon
Wir haben für Euch schöne alte Kleider; Pelze; Lederjacken; Trenchcoats; Hemden; bunte Tücher; Spitzendecken; selbstgenähte bunte Röcke; –Blusen, -Pumphosen und Jacken
Ihr könnt auch viele Bücher finden über Meditation, Yoga, Märchen, alternative Lebensformen, bewußte Ernährung, in denen Ihr in ruhiger Atmosphäre stöbern könnt.
Es gibt noch Incense, Duftöle und Vieles mehr...

gert & christine's
tel. 43 25 61
WEINHANDLUNG
2 hamburg 6
Schanzenstraße 14

AA Ooh

Der frühere HAH'ler Rainer Rüstig hat sich mit Schlaftabletten vergiftet und ist am 6.12.1977 tot aufgefunden worden.

Rainer war vor einiger Zeit der AAO (Aktionsanalyse-Organisation) beigetreten. Die AAO hatte sich Rainer als Lösung von Problemen, die er hatte, und als Alternative zu seiner vorherigen Lebenspraxis angepriesen. Otto Mühl und seine Propagandisten haben es verstanden, an seinen völlig legitimen Interessen anzuknüpfen. Er sah in der AAO eine hier und heute praktizierte „Gegengesellschaft", die Kommune mit Prinzipien wie freier Sexualität, gemeinsamen Eigentum, gemeinsamer Arbeit und Produktion usw., er glaubte der AAO, daß „schon jetzt ein Leben zu verwirklichen ist, das nach den Grundbedürfnissen der Menschen ausgerichtet ist" (AAO-Werbeblatt).

Er hat dann als AAO-Mitglied auch in Kauf genommen, daß seine Homosexualität als „Frauenhaß" gesehen wird, als „Ekel vor Frauen", „tiefverborgenem Haß gegen die Mutter". Homosexualität sei eine „biologische Fehlentwicklung", eine „Schädigung" und „Krankheit", von der die AAO die Schwulen „befreien" will (Zitate aus AA-Magazin Nr.1).

Rainer hat sich in den täglichen „Selbstdarstellungen" im AAO-Kreis seiner angeblich „deformierten Sexualität" entledigt – wie bei der Teufelsaustreibung. Er verlor seine – immer noch brüchige – Identität als Schwuler, um sich der angeblich „freien" Sexualität der AAO zu unterwerfen.

Die AAO gießt nicht nur die gleiche Jauche wie Springer, reaktionäre Wissenschaftler, Gehirnschnippler, Richter und andere Menschenfeinde über uns aus und behauptet, wir seien krank, neurotisch, verstümmelt und sonstwas und müßten geheilt werden – sie wendet sich darüberhinaus in der letzten Zeit speziell auch an Schwule, die angefangen haben, nach einer Alternative zu den bestehenden Verhältnissen zu suchen. Und versucht in raffinierter Weise sie davon zurückzuhalten, gegen die Ursachen einer unmenschlichen Gesellschaft vorzugehen. Den Grund für alle möglichen Mitseren sieht die AAO in irgendwelchen unverdauten Erlebnissen im Familienkreis, und wenn man ordentlich kotzt und brüllt, wird schon alles wieder gut. Natürlich stimmt es, daß auch Kleinfamilien die repressiven Normen in unserer Gesellschaft aufrechterhalten und verinnerlichen sollen. Doch Kleinfamilien sind ein Ausdruck der Herrschaftsverhältnisse und kein Naturgesetz – sie als Wurzel alles schlechten in der Welt zu sehen heißt, Ursache und Wirkung vertauschen.

Um diese Mü(h)ll-Vorstellungen auch in die Schwulenbewegung hineinzutragen, wollte die AAO Rainer als Vehikel benutzen. Noch in der Oktober-Nummer der AA-Nachrichten ließen sie Rainer verkünden, die AAO habe ihn schon ein ganzes Stück weitergebracht, indem er eingesehen habe, daß er nicht nur seine Mutter hassen würde, sondern auch seinen Vater – und im übrigen würden den AAO und Schwulenbewegung „am gleichen Strang" ziehen.

Das stimmt – aber in entgegengesetzte Richtungen. Wir sehen das Problem NICHT im Phänomen Homosexualität begründet oder in irgendwelchen bizarren Märchen über ihre Entstehung, sondern in der DIFFAMIERUNG von Homosexualität. SIE ist es, die es uns Schwulen so schwer macht, uns ein schwules Selbstbewußtsein aufzubauen, und gegen diese Diffamierung und Hetze kämpfen wir. Wir gedenken nicht, uns irgendwem zuliebe umpolen zu lassen. Wir kämpfen nicht gegen uns selbst, sondern gegen unsere Unterdrücker – und dazu gehören auch die Scharlatane und Rattenfänger von der AAO.

Wir sind betroffen und erschreckt über den Tod Rainers. Rainer hat sich für einen Versager gehalten. Er ist mutlos geworden und hat sich getötet. Die AAO war für ihn keine Alternative, sie ist es für niemanden, der sich für eine Verbesserung der Verhältnisse einsetzt, und für Schwule schon gar nicht. Wir ziehen daraus die Konsequenz, daß wir zum einen gegen diese Leute mwhr vorgehen müssen und zum anderen daß wir unsere Sache selber in die Hand nehmen und jedem einzelnen von uns ein größeres Maß an Geborgenheit, Vertrauen und Sicherheit geben wollen. Denn wir können auch nicht daran vorbeisehen, daß Rainer niemals zur AAO gegangen wäre, wenn er in unserer schwulen Aktionsgruppe das Maß an Unterstützung gefunden hätte, das er suchte. Trotzdem ist die AAO keine Alternative für uns.

Wir sind schwul
und stolz darauf.
Homosexuelle Aktion Hamburg

AAO-Kranker braucht Hilfe

Ich bin 1975 zu einem Bewußtseinskurs auf den Friedrichshof in der Nähe von Wien gefahren. Ich habe den Kurs mehrere Male hintereinander gemacht und mich danach entschlossen, in die AAO einzuziehen. Ich gab meine Hamburger Wohnung und meinen Besitz auf und brachte als meinen Anteil DM 11.000,– in die AAO ein. Heute weiß ich, daß ich in eine Falle geraten bin. Ich konnte die Ansprüche der AAO bzw. Otto Muehls nicht erfüllen. Ich gehörte in der Organisation, die damals 60 Leute umfaßte, zu den 20 Negativen („Negos") und war als einzelner der ganzen Gruppe ausgeliefert, wurde von ihr beschimpft, manchmal bespuckt und geschlagen

Die AAO erklärte mich für krank und stellte mich als gescheiterte Existenz dar. Ich wurde schließlich „gegangen", ohne bisher meinen Besitz wieder herauszukriegen, und habe seitdem versucht, mit den Folgen dieser Behandlung fertigzuwerden. Ich habe die meiste Zeit in der Psychiatrie herumgehangen und reichlich Medikamente gekriegt. Ob ich will oder nicht: ich komme mir lebensunfähig vor. Seitdem ich bei zwei Freunden wohne, bin ich etwas aktiver geworden, aber habe immer noch wenig Hoffnung. Wir drei möchten in der nächsten Zeit Beziehungen herstellen zu anderen AAO-Geschädigten, um zu besprechen, wie man sich gegenseitig unterstützen und einen neuen Anfang finden kann.

Ruft bitte an oder schreibt an Bernd Sobe, Maienweg 274 II, 2 Hamburg 63, Telefon 505705.

~

WeGe-Archiv

Bei Humanes Wohnen e.V., Postfach 10 31 21, 2000 Hamburg 1, kann eine Liste der im Wohngemeinschaftsarchiv archiverten Arbeiten (Diplom & Examens) u. anderer Materialien zum Thema WG & alternat. Projekte angefordert werden für 0,70 DM (Briefmarken gemischt) (Kurzliste). Eine ausführliche Archivliste mit Inhaltsangaben bekommt man/frau für DM 2,50 (inkl. Porto).

FRAUEN

UND TECHNIK

Ist Naturwissenschaft und Technik wirklich nur Männersache? Zumindest bezweifeln dies die Frauen, die in naturwissenschaftlichen und technischen Berufen arbeiten oder in der Ausbildung für solche Berufe stehen. Ihre Zahl ist gering; desto größer die Notwendigkeit, daß sie sich zusammentun und gegen die Diskriminierung kämpfen, die sie erfahren. Vom 6. - 8.1.78 fand in Hamburg ein Treffen von Naturwissenschaftlerinnen und Technikerinnen statt.

An die 200 Frauen waren zusammengekommen: hauptsächlich aus dem akademischen Bereich, und da vor allem Studentinnen der Fächer Physik, Chemie, Biologie, Architektur und dergleichen; aus dem nicht-akademischen Bereich waren Frauen aus technischen Handwerksberugen (Radio- und Fernsehtechnikerinnen, Elektronikerin und dergleichen) anwesend sowie eine chemisch-technische Asissstentin und eine technische Zeichnerin. Die Frauen waren aus allen Teilen der BRD und Westberlin gekommen; auch eine Schweizerin und fünf Holländerinen waren unter den Teilnehmerinnen. Das Treffen war das zweite seiner Art; schon im Juni 1977 hatte es ein solches Treffen in Aachen gegeben (s. auch „große freiheit" Nr. 5/1977).

Das wichtigste Thema, sowohl in Aachen wie auch kürzlich hier in Hamburg, war die Diskriminierung, die Frauen in Naturwissenschaft und Technik erfahren; die Vorurteile, sie schafften es ja doch nicht; Anmache von seiten der Kollegen, Professoren und Vorgesetzten, wenn Frauen es „wagen", in einen geheiligten Männerbereich einzudringen; die fast schon selbstverständliche Forderung, Frauen müßten mehr leisten als Männer, um die gleiche Stellung zu behalten; vor allem aber die fast völlig aussichtslose Situation auf dem Arbeits„markt".

Es herrscht für Frauen im naturwissenschaftlich-technische Bereich ein nahezu völliges Berufsverbot. Wenn in letzter Zeit verstärkt von Seiten irgendwelcher Politiker gesagt wird, an der hohen Frauenarbeitslosigkeit seien wesentlich auch die Frauen selbst schuld, da sie nur einige wenige, eben die „typischen" Frauenberufe, ausübten, und wenn diese Politiker dann sagen, Frauen sollten mehr in „Männer"berufe gehen, so ist dies blanker Zynismus oder einfach Unkenntnis der Lage. Denn Frauen werden ja schon vom Kindesalter an entmutigt, sich mit Technik zu befassen. und welche Schwierigkeiten den Frauen gemacht werden, die es dann wirklich wagen, einen naturwissentschaftlich-technischen Beruf zu ergreifen, davon konnten die Teilnehmerinnen des Hamburger Treffens manches Lied singen!

Es fehlte jedoch auch nicht an Versuchen, diese Lage zu verändern. Mehr als zwanzig Frauengruppen, vor allem von Hochschulen, berichteten von ihrer Arbeit. Dazu gehörte zuerst einmal die Untersuchung der Situation, die Ermittlung der Zahlenverhältnisse zwischen Frauen und Männern (in den Fächern Physik, Elektrotechnik, Bauingenieurwesen sind beispielsweise weniger als 5% Frauen), die Untersuchung der Berufsfelder und Feststellung, daß etwa an den Universitäten und Technischen Hochschulen von den wenigen Prozent Frauen unter den Studenten gewöhnlich kaum mehr eine einzige im Lehrkörper übrigbleibt; je höher dort der Rang, desto weniger Frauen sind anzutreffen. Professor jedenfalls wird kaum eine Frau. Die Hochschul-Frauengruppen berichteten aber auch von ihren Aktionen, die sie unternehmen, um die Lage zu verbessern, etwa die fachbereichsweite Veröffentlichung besonders frauenfeindlicher Äußerungen von Professoren.

In einer Arbeitsgruppe diskutierten Frauen über die Möglichkeiten, mit einem Kind auch noch die Schwierigkeiten eines naturwissenschaftlich-technischen Berufes zu meistern. Das Treffen war jedoch nicht nur dazu da, die Vereinzelung der Frauen im naturwissenschaftlich-technischen Bereich aufzuheben und Ansätze für eine Veränderung der Lage zu bringen. Die Probleme der heutigen Naturwissenschaft und Technik allgemein standen ebenso zur Diskussion. Dabei wurde die Frage aufgeworfen, ob nicht die männlich-hierarchische Herrschaft in diesem Bereich und die wichtige Rolle, die die Rüstungsforschung spielt, ganz wesentlich damit zusammenhängt, daß Naturwissenschaft und Technik heute zunehmend mehr zerstörerisch und gefährlich für die Menschheit werden, anstatt das Leben zu erleichtern. Also mit anderen Worten, ob nicht der Ausschluß der Frauen, die einseitige und aggressive Herrschaft der Männer im naturwissenschaftlich-technischen Bereich und die zunehmenden Zerstörungskräfte nur verschiedene Seiten derselben Sache darstellen. In verschiedenen Arbeitsgruppen wurden die Geschichte der Frauendiskriminierung im naturwissenschaftlich-technischen Bereich, Alternativen in der Ökologie und alternative Stadtplanung und -entwicklung diskutiert.

o

Ein weiteres Frauentreffen „Naturwissenschaft und Technik" ist für die Zeit vom 4. - 7.5.1978 in Frankfurt geplant. Kontaktadresse ist Annette v. Lossau, Leipzigerstr. 32, 6000 Frankfurt/M. 90.

Die Hamburgerinnen arbeiten unterdessen auch weiter, der nächste Termin ist am 1.3.1978 um 19 Uhr im Frauenzentrum Langenfelderstraße 64d. Informationen: Rosemarie, Tel. 890 33 69. Alle Frauen aus Naturwissenschaft und Technik sind herzlich zur Mitarbeit eingeladen! Auch, und vor allem, auch Nicht-Akademikerinnen!!!!!

7. 3. u. 20.00 Karate Gruppe
9. 3. u. 20.00 Frauenfete für das Frauenferienhaus
10. 3. u. 20.00 Lesung mit Frederike Frey, Jutta Heinrich, Margret Schröder
18. 3. u. 15.00 Flohmarkt
18. 3. u. 20.00 Disko

„WAHL" 1978 : SOLIDARITÄT JA, ABEER....

Wir setzen in dieser Ausgabe die Diskussion zur Bürgerschaftswahl fort: mit einem offenen Brief der BUU an uns, einer kurzen Information über die 1. Konferenz des Wahlbündnisses, einer Einschätzung des Sozialistischen Büros Hamburg und der Stellungnahme eines Redaktionsmitgliedes.

Wenn das Zeitungskollektiv der „Großen Freiheit" bisher die Wahldiskussion mehr beiläufig behandelt hat, so hängt dies mit unserer Einschätzung der „Bedeutung" dieser Wahl zusammen. Wir haben vor dieser Ausgabe lang über die Wahlproblematik diskutiert und eine aktive Beteiligung an der „Wehrt-euch-Liste" übereinstimmend ausgeschlossen. Einige Mitglieder des Kollektivs werden sie allerdings wählen, „weil es nichts schaden kann". Die Mehrheit meint allerdings, daß eine Kandidatur auch nichts nützt. Bei einigen sind die Bedenken grundsätzlicher Natur; sie lehnen jede Teilhabe am Parlamentarismus (außer als Jux = „Flipper for president") ab. Andere halten den Zeitpunkt für einen solchen Zusammenschluß für verführt, die zusammengewürfelten Teilinteressen für nicht koordinierbar. Unsere „bornierten Antikommunisten" befürchten, daß der KB wieder mal die Bewegung „führen" (wollen) könnte. Kurzum, wir meinen, daß die Nachteile (auch der Kräfteverschleiß) durch diese Kandidatur größer sind als die Vorteile einer intensiven Diskussion und Kontaktaufnahme unter den Initiativen (die unabhängig von der Wahl nützlich und notwendig bleibt). Die einzelnen Argumente innerhalb unserer Diskussion werden wir in der nächsten GF noch ausführlicher darstellen.

Die Bewegung kennt keine Wege
nur die vier Himmelsrichtungen,
aus denen sie kommt,
und in die sie wieder geht.

★

OFFENER BRIEF (DRUCKSACHE)

an die Redaktion der „großen freiheit" (erreichte uns ca. 4 Wochen nach Erscheinen, am 22. 2. 78)

Zum Abdruck unseres Artikels „Bauen wir eine alternative Liste auf" in der „großen freiheit" Nr. 8

Es ist geradezu traurig, wie sich der miserable journalistische Stil dieser „Alternativzeitung" eingenistet hat. Beim Abdruck unseres Artikels konnten es sich die Korrektoren nicht verkneifen, folgende Einleitung hinzuzusetzen:

Bei der Bürgerinitiative, die diesen Artikel geschrieben hat, handelt es sich um eine, die sich nach dem vom Kommunistischen Bund (KB) maßgeblich beherrschten Teil der Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe (BUU) der K(B)-BUU also, zurechnet. Dies nur zur Klarheit.
Redaktion

Obwohl in unserem Artikel klar hervorgeht, daß wir im Delegiertenplenum mitarbeiten, begrüßen wir eure tiefgehenden Recherchen, die die Beteiligung des KB an dem Delegiertenplenum zutage förderten. Ohne solche „Klarstellungen" ist es wohl bei Euch nicht mehr möglich, sich für eine Beteiligung an der Bürgerschaftswahlen auszusprechen? Auch die von Euch hinzugefügte Hauptüberschrift „Alle ins Parlament! oder lieber doch nicht?" hat mit dem Inhalt unseres Artikels überhaupt nichts zu tun, ganz abgesehen von dem implizierten Vergleich mit der Sammlungsbewegung 4. Partei in dem redaktionellen Artikel. Solche verfälschenden und denunziatorischen Beiträge haben in einer „Alternativ"zeitung nichts zu suchen!

Oder auf was für Stimmungen baut ihr, wenn ihr in Eurem Artikel behauptet

Wenn sich nun aber Bürgerinitiativen mit anderen Initiativen zusammenschliessen, entstehen Verbindungen, von denen der Wähler kaum weiß, welche Zielsetzungen sie eigentlich verfolgen. Die möglichen Gemeinsamkeiten mögen gerade noch innerhalb der Linken vermittelbar sein, darüber hinaus aber läßt sich nicht innerhalb von 5 Monaten für weite Teile der Bevölkerung Hamburgs klarmachen, wohin die Reise gehen soll.

Wir dachten bisher, daß die „große freiheit" als Teil einer Gegenöffentlichkeit Organ der Initiativen sein will – also nutzt lieber Eure Zeitung, um breit über die „Wehrt Euch"-Liste zu informieren, als Initiativen zu denunzieren. Die Entwicklung der „Wehrt Euch"-Liste widerspricht zudem eindeutig Euren Behauptungen: Auf dem ersten Treffen waren 165 Initiativen (davon 51 als Beobachter) anwesend; nicht nur „Linke", sondern auch traditionelle Umweltschützer, liberale und Radikaldemokraten etc. – die „große freiheit" fehlte allerdings!

Wir fordern Euch auf, umfassend und ehrlich über das „Wehrt Euch"-Bündnis zu berichten. Wir erwarten, daß Ihr außer diesem Offenen Brief auch die Plattform der BUU abdruckt.

Atomkraftgegner St. Pauli
Hamburg, 29. 1. 78

"All right, you guys, let's get organized!!"

Eine nachwendige Notbemerkung:

Die angesprochene Vorbemerkung beruht nicht auf „tiefgehenden Recherchen", sondern darauf, daß uns bekannt ist, wie sich die Entwicklung in der BUU abgespielt hat, und welche Politik der KB dort betrieben hat. Dies haben wir nicht als allgemein bekannt vorausgesetzt.

Der Artikel, der neben diesem Aufruf stand, war keineswegs einer, der die Meinung der Redaktion ausgedrückt hätte, er war auch nicht von einem oder mehreren Redaktionsmitgliedern verfaßt worden. Wir hatten vor, mit dem Abdruck dieser und der folgenden Artikel in der „großen freiheit" die Diskussion über die Bürgerschaftswahl und die „Wehrt Euch"-Liste anzuleiern. Dazu gibt es, auch wenn einige dies nicht sehen wollen, vor wie nach unterschiedliche Standpunkte. Der Abdruck dieser bedeutet keine Identifikation mit dem Inhalt. Wir sind kein Parteiorgan, und wollen dies auch nicht werden.

P.S. Die „Wehrt Euch"-Liste hatte ihr erstes Treffen geschichterweise am selben Tag, an dem (fast) die gesamte Redaktion nach Tunix verreist war.

Offener Brief

Stellungnahme des Sozialistischen Büros Hamburg zur Aufstellung einer alternativen Wahlliste zur Bürgeschaftswahl '78

I. Voraussetzungen

Im Sommer '78 finden in Hamburg Wahlen zur Bürgerschaft statt. Bei den letzten Wahlen auf Landes- und Bundesebene gab es für einen großen Teil der Linken keine Möglichkeit, ihre politischen Vorstellungen in Wählerstimmen umzusetzen. Diese Tatsache wurde vielfach als Mangel und als Zeichen für die Schwäche der Linken empfunden. Die Bundestagswahl im Oktober '76 machte uns allen deutlich, daß es aussichtslos war, sozialistische Politik durch unsere Wahlentscheidung zu fördern. Weder die Wahl des „kleineren Übels", noch die Protestwahl von Splittergruppen, noch ein Wahlboykott konnten überzeugen.

Durch die mgöliche Aufstellung alternativer Listen scheint sich jetzt jedoch ein Ausweg aus dem beschriebenen Dilemma anzubieten.

II. Zu den Bürgerinitiativen

Uns erscheint der Hintergrund wichtig, vor dem es zu Wahllisten verschiedener Bürgerinitiativen gekommen ist und kommen soll.

Die Entstehung von Bürgerinitiativen während der letzten Jahre zeigt, daß für die Bevölkerung wichtige Probleme von bestehenden Parteien (und Gewerkschaften) nicht vertreten werden. Bei Wahlen jedoch wählen dieselben Bürger eben diese Parteien. Eine Verdrossenheit über die herrschenden Parteien zeigt isch also im Wahlverhalten nicht (hohe Wahlbeteiligung, 98 % der Stimmen für die Parlament vertretenen Parteien).

Die Bürgerinitiativen stellen sich nicht zur Wahl, weil sie meist nur ein bestimmtes Problem behandeln und kein gesamtpolitisches Konzept besitzen, das sie über ihr Ziel hinaus eint. Sie leisten aber wichtige Arbeit in den Bereichen, die uns alle unmittelbar angehen, wie z.B. Kinder- und Jugendreizeitzentren, Frauengruppen und -häuser, Mietergruppen, Lehrergruppen, bis zum Umweltschutz u.a.m. Allerdings arbeiten diese Bürgerinitiativen gerade weil siw von sehr unterschiedlichen Problemen betroffen sind, bis jetzt noch weitgehend isoliert voneinander. Da sie zudem getragen werden von Menschen mit sehr verschiedenen politischen Vorstellungen, fehlt ihnen der für eine Wahlbeteiligung notwendige Zusammenschluß zu einer Massenbewegung mit gesamtpolitischer Perspektive.

Deswegen können zur Zeit die verschiedenen Basisgruppen, Bürgerinitiativen, Stadtteilzentren usw. sich nicht zu einer Wahlliste zusammenschließen, ohne daß die Mehrheit von ihnen ein fremdes politisches Programm übernehmen müßte.

III. Die verschiedenen alternativen Wahllisten

In Hamburg sind z.Z. drei verschiedene alternative Listen für die Bürgerschaftswhal in der Diskussion. Das Sozialistische Büro Hamburg hält eine Aufstellung solcher Listen in der gegenwärtigen Situation nicht für sinnvoll.

Das SB wird in Verbindung gebracht mit einem sogenannten „Block freier Bürger", der sich auch „Grüne soziale Liste" nennt und vorgibt, daß „die meisten Bürgerinitiativen" hinter ihm stünden.

Hier versuchen verschiedene Parteien (z.B. AUD und FSU), die bisher in politischen Auseinandersetzungen nicht in Erscheinung getreten sind, als Motor einer die BIs umfassenden gesamtpolitischen Bewegung aufzutreten. Diese Parteivertreter rennen der Bewegung der BIs hinterher, um ihre eigene Erfolglosigkeit zu übertünchen. Hiermit hat das SB nichts zu tun.

Gegen diese „Grüne Liste" (Ökologieliste) haben wir grundsätzliche Bedenken. Eine Wahlaussage, die sich jetzt noch beschränkt auf ein einziges, wenn auch sehr bedeutendes gesellschaftliches Problem, ist für eine Kandidatur untauglich, da schon vor und vor allem nach ParlamentswahlenStellungnahmen zu allen politischen Fragen erforderlich sind.

Eir meinen, daß die Aufstellung einer „Grünen Liste" gerade auch dann fragwürdig wird, wenn, wie es in Hamburg scheint, sie dazu dienen soll, eine momentane Schwäche der Anti-AKW-Bewegung zu überwinden. Die Beteiligung an einer Wahl kann nicht aus einer politischen Schwäche eine Stärke machen, sondern kann im Gegenteil allenfalls aus einer relativen politischen Stärke heraus erfolgen.

Politische Stärke ist unseres Erachtens auch nicht die Grundlage für die geplante „Wehrt-Euch-Liste". Solche Stärke zeigt sich unserer Auffasung nach erst

- an einer großen Zahl von BIs und aktiven Mitarbeitern und deren erfolgreicher Arbeit an konkreten Problemen;
- an kontinuierlicher und gefestiter Zusammenarbeit der BIs an gemeinsamen Aufgaben und an der daraus resultierend Möglichkeit zur Bildung eines gemeinsamen politischen Grundverständnisses;
- an einem Verhalten großer Teile der Bevölkerung, die nicht mehr alle Maßnahmen des Staates widerspruchslos und widerstandslos hinnehmen.

Die beiden zuletzt genannten Voraussetzungen scheinen uns in Hamburg nicht gegeben zu sein. Die BIs der Anti-AKW-Bewegung arbeiten als einzige zusammen, und selbst diese Zusammenarbeit ist durch Meinungsverschiedenheiten erheblich gefährdet. Gelingt es dennoch viele BIs zu einer „Wehrt-Euch-Liste" zusammenzufassen, so wird diese Zusammenarbeit den Wahltag kaum überstehen.

Für eine solche Zusammenfassung gibt es zur Zeit nur zwei Möglichkeiten: Entweder einfache Aneinanderreihung von Forderungen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen oder Erstellen einer geschlossenen Programmatik. Das eine ergibt durch seine Unausgegorenheit für die Aussenstehenden, die aber gerade angesprochen werden sollen, keine attraktive Wahlaussage. Das andere führt unweigerlich zu einer Vereinheitlichung über Abgrenzungen und Ausschlüsse.

Die Beteiligung an einem Wahlbündnis belastet die einzelnen Initiativen in hohem Maße und gefährdet deren konkrete anstehende Arbeit.

Falls die Initiatoren auch in der Lage sein werden bis zur Wahl beides miteinander zu verbinden, so wird dies mit Sicherheit nach der Wahl ihre Kärfte übersteigen.

Das bedeutet, daß bei Überwindung der 5%-Grenze die Abgeordneten von diesen Initiatoren nicht unterstützt werden können. Wenn auch eine kleine Gruppe diese Unterstützung zu leisten vermag, so wird es doch keine demokratische Rückbindung der Abgeordneten an den Willensbildungsprozeß der Bürgerinitiativen geben. Wir fürchten, daß so die Vertreter der Bürgerinitiativen zu einer schlechten Kopie der „nur ihrem Gewissen verantwortlichen" Parlamentarier werden.

Das Parlament kann dann auch nicht – wie viele hoffen – als Tribüne für politische Propaganda benutzt werden, wenn es keine politische Organisation gibt, die die parlamentarische Arbeit der Öffentlichkeit bekannt macht.

In Hamburg besteht weiterhin die Gefahr, daß versucht wird, die Schwierigkeit, BIs zu einem Wahlbündnis zusammenzufassen, dadurch zu überwinden, daß eine politische Gruppe ihre organisatorische Stärke dazu benutzt, eine Scheingemeinsamkeit herzustellen, indem sie die politischen Aussagen der Liste dominiert und indem verschiedene Initiativen (z.B. bei den Lehrern) überhaupt erst für die Wahl gegründet werden.

IV. Ergebnis

Trotz unserer Ablehnung alternativer Listen zur nächsten Bürgerschaftswahl meinen wir, daß die laufende Diskussion dazu beiträgt, Kontakte herzustellen und Grundlagen zu schaffen für eine engere und erfolgreiche Zusammenarbeit der Initiativen. Trotz unserer Kritik werden wir uns gegenüber einer zukünftigen „Wehrt-Euch-Liste" oder „Grünen Liste" selbstverständlich solidarisch verhalten.

Erst indem die Basisinitiativen ihre konkreten Einzelprojekte kontinuierlich untereinander koordinieren, könnten sie so langfristig eine gemeinsame sozialistische Perspektive erarbeiten. In diesem Prozeß wird es dann nötig werden, daß auch prinzipiell diskutiert wird, ob und unter welchen Bedingungen sich die BIs an Wahlen und Parlamenten überhaupt beteiligen wollen.

LEDER •• KLAMOTTEN
alle extras alle farben
speziell für Motorradfahrer
COMBIS JACKEN HOSEN
REPARATUREN
TEL.: 380 97 72

›WEHRT EUCH‹? SCHERT EUCH!

DIE SEITE FÜR UNSERE ANTIKOMMUNIST(INN)EN

Bürgerschaftswahl – Bürgerschaftsqual
oder
Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass

„Wehrt Euch – leistet Widerstand": in der Wilstermarsch, in Grohnde und woanders/anderswo hatte dieser Satz, hatte dieses Lied noch eine Funktion. Es hat uns geholfen, zu erkennen, wie viele wir waren (und – trotz allem – immer noch sind), welche Kraft wir hatten (und immer noch haben, jedenfalls, wenn wir sie haben wollen), uns zu wehren, selbst aktiv zu werden, da wo's deutlich wird, vielen deutlich wird, daß es uns an den Kragen gehen soll.

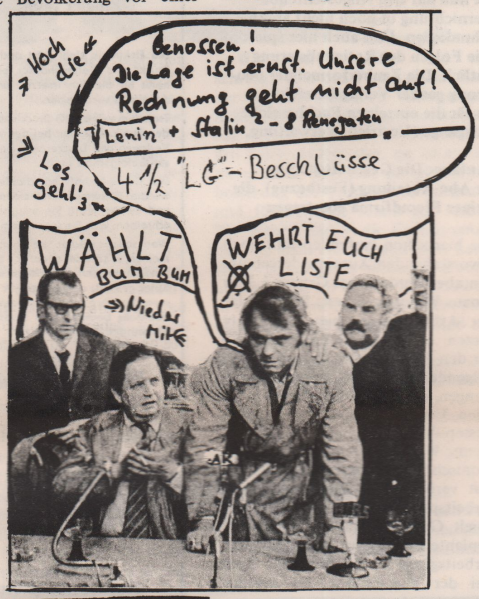
„Wehrt-Euch-Liste", was soll's? Ja, ich hab's gehört, es geht nicht in erster Linie darum, viele Stimmen zu gewinnen, sondern der Bevölkerung, die angeblich während des „Wahlkampfs" besonders interessiert und aufgeschlossen ist, die sozusagen aus dem Winterschlaf erwacht, Informationen zu vermitteln, die sie zu anderen Zeiten nicht erreichen würden. Soweit, so gut. Allerdings kann ich mich beim besten Willen nicht daran erinnern, daß jeweils vor den Großaktionen an den diversen Bauzäunen „Wahlen" abgehalten wurden.;

Außerdem ist mir diese Argumentation schon zu lange geläufig, um noch glaubhaft zu sein, sie diente bisher stets jenen Gruppen und Grüpplein, die von vornherein ahnten, daß sie über eine geringe Prozentzahl vor oder hinter dem Komma nicht hinauskommen würden, die den „Wahlkampf" aber nichtsdestotrotz immer wieder mit zusammengebissenen Zähnen mitmachen. Und schließlich, selbst wenn die Bevölkerung vor einer „Wahl" besonders ansprechbar ist, was spricht dagegen, nur am „Wahlkampf " teilzunehmen, und auf eine Aufstellung zur „Wahl" zu verzichten? Oder dagegen, zur „Wahl" anzutreten, sie aber gleichzeitig durch die „Wahlkampf"-Praxis und durch Forderungen (z.B.: alle Hochhäuser werden quergelegt) als das zu behandeln was sie ist: eine Farce.

Das Verhalten der „Wehrt-Euch-Liste" dagegen, die Verbissenheit mit der bestimmte Forderungen vorgetragen werden, macht deutlich, daß sie diese Wahl ernstnimmt, tatsächlich meint, in der Bürgerschaft etwas erreichen zu können. Nochmals also: was soll's?

Zum „sich wehren" ist so eine Bürgerschaftswahl, ist überhaupt eine „Wahl" in diesem Staate, eine wohl denkbar ungünstige Sache. Gegen was bitte soll sich „gewehrt" werden? Gegen die Wahl? Gegen den Staat? Gegen dieses Gesellschaftssystem, deutlicher: gegen dieses Herrschaftssystem, das zu seiner eigenen Aufrechterhaltung Atomkraftwerke genauso wie Knäste, Parlamente genauso wie Heilanstalten und Heime braucht?

Muß es nicht statt „Wehrt Euch" besser heißen: „Macht mit", liebe Leute, eure Staats- und Parteienverdrossenheit in allen Ehren, aber jetzt habt ihr eine Alternative – wählt uns, und wir werden euch schon vertreten im Parlament – wenn wir allerdings nicht stark genug sind, dann dürft ihr auch dann und wann mal an irgendwelchen Bauzäunen demonstrieren, den Rest erledigen wir dann schon.



Wahlplattform

Am 29. 1. 78 fand in der HfbK eine erste Konferenz zur Bildung eines oppositionellen Wahlbündnisses zur Hamburger Bürgerschaftswahl statt. Es waren etwa 100 Gruppen, Initiativen und Organisationen mit Delegierten anwesend. Als Grundlage für eine gemeinsame Kandidatur wird eine Wahlplattform erstellt werden, die im wesentlichen Aussagen zu folgenden Punkten enthalten wird:

a) Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung (Arbeitslosigkeit, Rationalisierung, miserable Lage der Rentner usw.)
b) Abbau der demokratischen Rechte, Rüstung zum Polizeistaat
c) Kampf gegen AKWs und Atomprogramm
d) Situation der Kinder und Jugendlichen, Misere im Jugendfreizeitbereich
e) Besondere Diskriminierung und Ausbeutung der Frauen
f) Lage im Gesundheitswesen, Stadtsanierung, Situation der Mieter
g) Lage der ausländischen Arbeiterschaft in der BRD und in Hamburg

Ein provisorischer Wahlausschuß soll insbesondere eine Vollversammlung des Bündnisses vorbereiten, die über die ausformulierte Plattform beschließen wird, Kandidaten aufstellt und den endgültigen Namen des Bündnisses festlegt.

Bedeutet nicht die Entscheidung eine solche Liste anzubieten im Endeffekt eine Entscheidung für den Parlamentarismus, für das „Stellvertreterprinzip" und gegen die Selbstorganisation der Betroffenen? Ist es nicht so, daß den Unzufriedenen – unbewußt oder gar nicht bewußt – vorgegaukelt wird:

Deine eigene Aktivität führt letztlich zu nichts, du mußt dir, willst du was erreichen, Vertreter wählen, die deinen eigenen Kram besser vertreten können als du selbst? Das was den Repräsentanten und -onkels dieses Staates in die Knochen gefahren ist, was sie veranlaßt hat, in den ihnen zur Verfügung stehenden Medien herumzujammern, die Staats- und Parteienverdorssenheit vieler, die sich an diversen Bauzäunen gezeigt hat, die sich im Anwachsen der „Bürgerinitiativen" Luft gemacht hat, in einem Gefühl,

es jetzt selbst „denen da oben" zeigen zu wollen, wird jetzt, und dafür ist die „Wehrt-Euch-Liste" ein Ausdruck, in einer Quasi-Partei kanalisiert und damit letztlich unwirksam. Und dieses nicht zuletzt auch deswegen – das kotzt mich besonders an – weil manchen Partei-Organisatoren die Macht noch nicht reicht, weil sie ranwollen an die Pfründe, die der Parlamentarismus ihnen bietet, weil sie dann eher zu „Persönlichkeiten" werden, weil sie ein paar „Arbeiterkampf"-Nummern mehr verkaufen können, und nicht zuletzt auch, weil sie die Herde der ihnen nachfolgenden Schafe vergrößern wollen.

Durch so eine Liste soll uns, soll vor allem dem „noch-nicht-aktiven" Teil der Bevölkerung eingeredet werden, daß ein Kreuz an der „richtigen" Stelle des „Wahlzettels" letztlich die Bauzäune zum Einsturz bringt, unsere Probleme lösen kann, weil die Herren und Damen des „leitenden Gremiums" der „Wehrt-Euch-Liste" dafür schon sorgen werden.

Was dabei rauskommen wird – einige „Wehrt-Euch-Leute" in der Bürgerschaft, vielleicht, von denen keiner weiß, wie sie sich verhalten werden, welche Kompromisse sie als „Erfolge" verkaufen werden – die sich letztlich aber in den Parlamentarismus integrieren werden, weil sie jetzt schon mit bierernsten Forderungen in den, wie heißt er doch so schön, „WAHLKAMPF" ziehen. Die diese Bürgerschaftswahl jetzt so wichtig nehmen, daß das für die Zukunft nur schreckliches erahnen läßt.

J.

WILLI F. RIECK MEINT:

Zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen erreichte uns auch der folgende Wahlaufruf von Willi F. Riek von der HUMBUG-Liste (Humanisten Und Maoisten Bitten Um Gehör) in der diesem Kandidaten eigenen etwas sprunghaften Denk- und Schreibweise.

Rote Listen, grüne Listen, schwarze, braune, gelbe und karierte Listen. Rührt-euch, wehrt-euch, mehrt-euch-Listen, Einheitslisten, Einaug-Listen, listige Listen, Anglisten, Kapitalisten. Und alle haben Wahlplattformen.

Plattformen sind flache Podeste, aus Brettern vernagelt, auf denen man höher steht als die Zuhörer. Hohle Podeste, Podeste mit Stufen, transportable Podeste. Die Wahl fällt schwer, wie ein Hammer auf uns nieder, immer wieder, immer wieder.

Es ist schon ein Kreuz mit den Kreuzen, die man/frau macht in die Kreise, für die Greise, junge Greise, alte Gleise. Wählt lieber mich! oder auch nich!

Prost WQuahlzeit!

HUMBUG !!!

die Hälfte des Himmels

Frauenbewegung, Indianer, Ökologie, AKW-Nein-Bewegung, Altenbewegung, Jugendrevolte, Musik, Biographien, Knast, Psychiatrie, Arbeiterradikalismus, Italien, Spanien, Dritte Welt, Amerika und Zeitschriften & Broschüren.

BUCHLADEN • SCHLÜTERSTR. 79
HAMBURG · 410 42 62

»große freiheit« – KELLERGEFLÜSTER

Für- und wi(e)der Verkäufer/innen

Das wir Probleme mit dem Vertrieb dieses Blattes haben, weiß mittlerweile jede/r der/die dieses Blatt kennt. Wir sind uns mittlerweile darüber klargeworden, daß wir keinen kommerziellen Vertrieb für die Zeitung haben wollen, weil ein solcher: 1. zu teuer ist, 2. ein Risiko ist, weil ein genügender Absatz damit auch nicht garantiert ist, 3. wir die Zeitung nicht mit Rücksicht auf den Vertrieb machen wollen, was evtl. hieße, auf bestimmte Inhalte zu verzichten.

Wir meinen, daß es auch möglich ist, einen „alternativen" Vertrieb aufzubauen, in dem wir (wie bisher) die Läden und Kneipen, die die „große freiheit" verkaufen wollen, selbst beliefern und uns in stärkerem Maße auf Wiederverkäufer/innen verlassen wollen, die aus Interesse an der Zeitung diese weiter verkaufen. Dazu gehört, daß wir eine Liste von denjenigen erstellen müssen, die verkaufen wollen, damit wir sie bei Erscheinen der Zeitung möglichst schnell benachrichtigen können, wo und wann sie die Zeitung abholen können, bzw. wo wir sie hinbringen können.

Des weiteren erhalten Wiederverkäufer/innen ab sofort einen Wiederverkäufer/innen-Rabatt von 20%. Wir wissen selbst, daß sich damit niemand 'ne goldene Nase verdienen kann, wollen aber auch diejenigen, die uns unterstützen wollen, nicht schlechter stellen, als Läden und Kneipen. Wir gehen davon aus, das dieses 20 Pfennig pro Exemplar als Kostenersatz anzusehen sind, z.B. für Fahrkosten und /oder für das Bier, das ihr in der Kneipe trinkt.

Wir warten darauf, daß ihr uns benachrichtigt, wenn ihr daran Interesse habt. Wir sind dienstags und donnerstags in der Glashüttenstraße 114 zu erreichen (von 16 bis 19 Uhr) und unter dem Kontakttelefon 40 46 31 (Monika). Übrigens kann jede/r nicht verkaufte Exemplare zurückgeben, zahlt also nur für die, die er/sie tatsächlich losgeworden ist.

LIEBSTÖCKEL
IM KAROLINENVIERTEL
Grabenstr., Telefon 430 03 04
Von 20 – 2 Uhr
Sonntags ab 12 Uhr
Frühstück Kaffeeteeklatsch

£$ Letraset instant lettering

Drucker unter Druck

Es war einmal in der guten alten Gegenwart eine Gruppe wackerer Menschen, die mit Hilfe von Blei, Farbe und Papier und mancherlei Fingerfertigkeit Bögen voll gedruckter Worte herstellten, aus denen die Menschen jederzeit erfahren konnten, was Neues außerhalb der Mauern ihrer Städte geschehen war. Da aber die wackeren Männer, Setzer genannt, deren Kunst nicht jedem zugänglich war, sich von ihren Herren viel Gold zahlen ließen und sich von Zeit zu Zeit erdreisteten, ihre Arbeit ruhen zu lassen, wenn die Herren sie gar zu arg hetzten, waren die Setzer bei den Herren nicht beliebt. Und diese ruhten nicht eher, als bis sie im fernen Amerika einen gar berühmten Hexenmeister gefunden hatten, der ihnen Hilfe versprach. Und siehe da, er brauchte die Setzer nur einmal mit seinem Zauberstab zu berühren, daß die Funken flogen und die Männer verwandelten sich in blitzende Maschinen, auf denen geheimnisvolle Schriftzeichen leuchteten.

Und es kamen andere Menschen, die den Herren gehorsam waren, setzten sich an die Maschinen und drückten die blanken Knöpfe, und das Leben ging weiter, als sei nichts geschehen. Die Setzer aber wurden aus dem Buch der Geschichte gelöscht. Und nach ihnen erging es vielen anderen ebenso.

Die programmierte Revolution

30.000 Facharbeiter sind in den letzten Jahren in der Druckindustrie arbeitslos geworden. Nahezu unbemerkt von „der Öffentlichkeit" vollzieht sich in diesem Bereich die größte technische Revolution seit der Erfindung der Druckpresse. Der Einzug der Lichtsatz-Computer in die Verlage und Zeitungshäuser ist so schnell erfolgt, daß viele der betroffenden Arbeiter sich auf dem Arbeitsamt wiederfanden, ehe sie überhaupt begriffen, was geschehen war.

Die IG Druck und Papier, vom 0,1 Prozent-Lohnstreik des Jahres 1976 finanziell entscheidend geschwächt, versuchte in Verhandlungen mit dem Bundesverband Druck der Unternehmer die Folgen der Technisierung abzuschwächen. Ein erster Rahmentarifvertragsentwurf sollte die Weiterbeschäftigung der überflüssig gewordenen Setzer zumindest für die nahe Zukunft sichern. Der völlig unzureichende Einigungsvorschlag der Verhandlungskommission wurde aber von der Gewerkschaftsbasis zurückgewiesen.

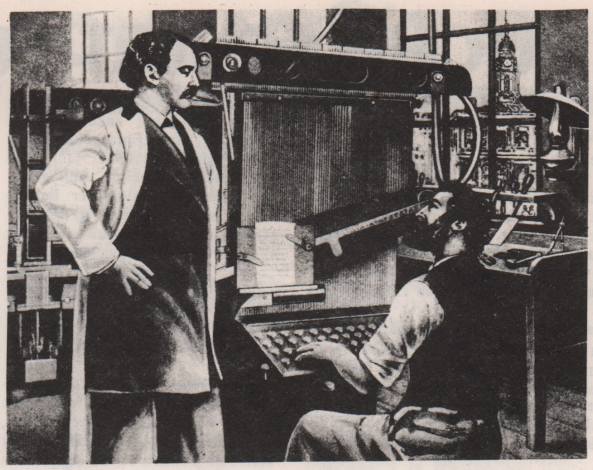
Neue Verhandlungen sind nicht in Sicht. In einzelnen Verlagshäusern, so bei Gruner + Jahr in Hamburg sollen jetzt mit betrieblichen Vereinbarungen „Musterregelungen" erstritten werden. Die Kollegen in den Betrieben sehen dieser Auseinandersetzung mit Skepsis entgegen. Zu oft sind in der Vergangenheit ihre Streiks am Verhandlungsrisch abgeschwächt worden, zu oft sind ihnen Lohnabhängige aus anderen Bereichen, aus den Redaktionen z.B., in den Rücken gefallen. Um einen bundesweiten Streik anzuheizen bzw. eine Aussperrung abzufangen, fehlt der Gewerkschaft die Kohle. Und die Angst vor der totalen Dequalifizierung (Umschulung hochbezahlter Facharbeiter auf auswechselbare Schreibtätigkeit) und der Arbeitslosigkeit lähmt den Widerstandswillen der Mitglieder. Andere Kampfformen neben dem „legalen" Streik werden in der Gewerkschaft seit langem nicht mehr gedacht, geschweige denn praktiziert. Die Arbeitsverweigerung „unter der Hand" durch Krankschreiben z.B. die Sabotage an Maschinen oder gar die Besetzung von Betrieben werden als kollektive Kampfmittel außer acht gelassen.

Die Technik, die eine Verkürzung der Arbeitszeit und nach Behebung jetzt noch norhandener Mängel eine Erleichterung der Arbeit für viele ermöglichen würde, wird sich unter den Bedingungen des Kapitalismus gegen die wenden, die sie zu berherrschen glauben. (Ich weiß, das ist eine Phrase, aber eine wahre). Vielleicht, und das ist der einzige Optimismus, den ich in dieser Situation noch habe, werden in ein paar meiner Kollegen in der IG Druck + Papiertiger jetzt endlich grundsätzliche Zweifel und eine neue Radikalität geweckt, die auch mit den Mut gibt, etwas gegen die neue Technik zu tun. Sonst werden die arbeitslosen Setzer, Korrektoren und bald auch Drucker und Journalisten nicht die letzten Opfer der Computer und ihrer Besitzer sein.

Alte und neue Technik

Bisher war der technische Ablauf in einer Zeitungs- (Zeitschriften) Redaktion grob wie folgt. Das vom Redakteur, in der Regel ein Mann, verfertigte Manuskript wurde, in der Regel von einer Frau, ins Reine getippt und an die Setzerei gegeben. Die Setzer tippten nun das mit Angaben über Schrifttyp und -größe versehene Manuskript in Maschinen ein, die dann die druckfertige Bleizeile stanzten bzw. beim Fotosatz einen zeilengleichen Manuskriptfilm. Schon seit geraumer Zeit werden dabei nur noch Überschriften von Hand gesetzt; fortlaufende Manuskripte werden, umgetippt auf Lochstreifen, in die Maschine eingespeist, die nur noch überwacht werden muß. Die fertigen Artikel (in Blei- oder Fotosatz) wurden nach einer ersten Korrektur (anhand eines Probeabzugs, einer Satzfahne) nach Anweisung von Redakteur Grafiker/Lay-outer von sog. Metteuren zu fertigen Seiten zusammengebastelt.

Durch die neue elektronische Textverarbeitung kann man diese Arbeitsgänge entscheidend verkürzen. Theoretisch ist es möglich, daß der Redakteur sein eigenes Manuskript in eine Video-Schreibmaschine eintippt (meistens machen das aber Sekretärinnen), korrigiert (ein bisher von anderen geleisteter Arbeitsgang) und mit den entsprechenden Satzbefehlen (Schriftgrad etc. – bisher Aufgabe der Setzer) versieht. Das Ganze geht dann über einen Rechner direkt an eine Setzmaschine und kommt als fertiger umbruchreifer Film wieder zurück (Umbruch ist die Zusammenstellung von Artikeln zu geschlossenen Seiten. Auch das ist schon maschinell möglich). Vorerst beschränkt sich die Computerisierung aber auf die Anzeigensetzerei und die Redaktionen. Die ersten Systeme sind längst in Betrieb, u.a. auch bei Gruner & Jahr in Hamburg. Nicht ohne Schwierigkeiten, wie es scheint. Pannen sind (noch) häufig. Und gesünder als der Bleisatz ist die neue Technik auch nicht, noch nicht. So klagen die Journalisten bei der Neuen Ruhr-Zeitung z.B., daß schon nach kurzer Zeit am Bilschirm-„Terminal" ihnen die Augen tränen, der Kopf schmerzt und sie schneller ermüden.



Neue Technik anno 1886: Im Juli wurde Ottmar Mergenthalers Setzmaschine Blower" bei der New York Tribune in Betrieb genommen

Keine Auslagerung bei Gruner + Jahr!
Solidarität mit den bedrohten Kollegen!

In den letzten 5 Jahren wurden in der Druckindustrie bundesweit mehr als 36.000 Arbeitsplätze wegrationalisiert, überwiegend im gewerblichen Bereich. Durch die Einführung neuer Technologien (Elektronisches Satzsystem) steht die Ausrottung eines ganzen Berufszweiges (Setzer) unmittelbar bevor – allein bei Gruner + Jahr werden kruzfristig mindestens 2/3 der Setzer ihren angestammten Arbeitsplatz verlieren.

Die zweite Welle der Rationalisierung zielt nun auf den Angestelltenbereich – auch hier drohende Arbeitsplatzvernichtung in noch nicht absehbarem Maße durch den Einsatz neuer Technologien. Und auch hier spielt Gruner + Jahr den Vorreiter und macht die Folgen der Rationalisierung für andere Verlagsbetriebe bestürzend deutlich. Die Zauberformel der neuen Rationalisierungswelle lautet: Auslagerung ganzer Verlagsbereiche an Fremdfirmen, die als Spezialunternehmen für die einzelnen Fachbereiche die bisher im Verlag konzentrierten Arbeitsgänge (Vertrieb, Verwaltung, Anzeigen, EDV usw.) erledigen.

Gruner + Jahr macht den unrühmlichen Anfang: Die Geschäftsleitung erklärte am 20.10.77 den 70 Kollegen der Abo-Abteilung (Festbezug), die gesamte Abonnementenverwaltung solle einer Fremdfirma übertragen werden.

Hintergrund: Die international in der Marktforschung und im Abonnenten-Verwaltungsgeschäft führende US-Gesellschaft C. Nielsen in Chicago will über ihre Tochterfirma Neodata ein computergesteuertes Abo-Service-Unternehmen in der Bundesrepublik aufbauen. Nielsen bearbeitet in den USA über 50 % aller Abonnements (80 Zeitschriftentitel mit 27 Millionen Abonnements); die Firma ist dort an die Grenzen ihrer Ausdehnungsmöglichkeiten gestoßen (Kartellgesetze) und drängt nun auf dem mitteleuropäischen Markt. Das optimale Bearbeitungsvolumen einer Neugründung in Europa soll in der Größenordnung von 12 bis 13 Millionen Abos liegen.

Den Anfang will offenbar Gruner + Jahr machen, indem der Verlag seine 1,2 Millionen Abos in der neuen Frima unterbringt. Die Geschäftsleitung verspricht sich dabei den Einstieg in eine perfekte Technik der Abo-Verwaltung. Eine eigene Entwicklung dieser Technik würde vagen Angaben zufolge 7 bis 10 Millionen Mark und 3 bis 5 Jahre Zeit kosten.

Für die Kollgegen der Abo-Abteilung bedeutet die Nutzung der neuen EDV-Systeme in jedem Fall, daß sie ihre Arbeitsplätze ausnahmslos verlieren werden – und das, obwohl ihnen die Geschäftsleitung wiederholt ihr außerordentlich hohes Know-how und ihre optimalen Leistungen bei der Bewältigung neuer Arbeitsmethoden bescheinigt hat.

Die Planungen sind sofort auf den Widerstand der betroffenen Kollegen gestoßen; dieser Widerstand hat sich vertieft auf mehrere Abteilungsversammlungen und Gewerkschaftsveranstaltungen, auf denen die überwältigende Mehrheit der Teilnehmer ihre Solidarität mit den Mitarbeitern der Abo-Abteilung bekundet hat. Dieser Widerstand hat sich unmißverständlich artikuliert in drei zentralen Forderungen:

- **Erhalt der Abteilung Festbezug im Hause Gruner + Jahr**
- **Keine Entlassungen bei Gruner + Jahr**
- **Rechtzeitige und ausführliche Information über alle von der Geschäftsleitung geplanten Schritte**

Die hier schon laufenden und noch bevorstehenden Auseinandersetzungen aber werden über Gruner + Jahr hinaus Wirkung zeigen: Die Erfolge der Arbeitnehmer hier und heute setzen den Orientierungsmaßstab für den Kampf gegen unvermeidlich folgende Rationalisierungsbestrebungen im Angestelltenbereich bei allen Verlagsbetrieben in der Bundesrepublik und darüber hinaus. Denn: Wie bei der Einführung elektronischer Satzsysteme und der damit verbundenen Vernichtung von Arbeitsplätzen der Arbeiter, so spielt Gruner + Jahr – durch die geplante Auslagerung traditioneller Arbeitsgänge – den Vorreiter auch bei der Vernichtung der Arbeitsplätze von Angestellten.

Am Ende eines derartigen Prozesses steht – und das gilt gleichermaßen auch für andere Betriebe – die Vision eines Verlages, der lediglich aus Reaktion, Management und evt. einem Pförtner besteht – in den USA fast schon schreckliche Wirklichkeit.

Ein Flugblatt der Industriegewerkschaft Druck und Papier

Dieser Aufruf zur Gewalt erschien am 21. 2. in den meisten deutschen Tageszeitungen. Einige Zeitungen beteiligten sich nicht an der Aktion der Verleger (so die „Frankfurter Rundschau" und die „Hamburger Morgenpost"), bei anderen verhinderten Drucker und Setzer das Erscheinen. Die „große freiheit" druckt die Anzeige etwas verspätet (wie immer).

Wir appellieren an die Verantwortlichen der Gewerkschaft Druck und Papier:

Rufen Sie nicht zu Punktstreiks auf! Gefährden Sie die Arbeitsplätze unserer technischen Mitarbeiter nicht! Zwingen Sie die Arbeitgeber nicht zum äußersten Mittel der Notwehr!

Zwingen Sie uns nicht zur

Aussperrung

Die Arbeiter und Angestellten fast aller Verlage und Druckereien wollen arbeiten. Sie wollen gutes Geld verdienen und sichere Arbeitsplätze. Die Arbeitgeber stehen für beides ein. Das haben sie mit ihrer Zustimmung zum gemeinsam erarbeiteten Tarifvertrag bewiesen.

Zu Ihrer Information, lieber Leser:

Die Elektronik zieht jetzt auch in die Druck- und Verlagshäuser ein. Dies heißt für die Schriftsetzer: umlernen. Arbeitslos wird keiner.

Trotzdem will die IG Druck und Papier den Streik. Aber nur bei den wenigen Verlagen und Druckereien, bei denen sie Gefolgschaft findet.

Die Gewerkschaft entscheidet also, welche Zeitungen erscheinen dürfen und welche nicht. Sie will Ihnen vorschreiben, was Sie lesen können.

Wem soll ein solcher Streik nutzen? Wir meinen, er schadet allen: den bestreikten Firmen, denn ihre Existenz wird aufs Spiel gesetzt; den Setzern in den Firmen, denn ihre Arbeitsplätze sind dann ebenfalls bedroht; den Lesern, denn Sie werden bevormundet.

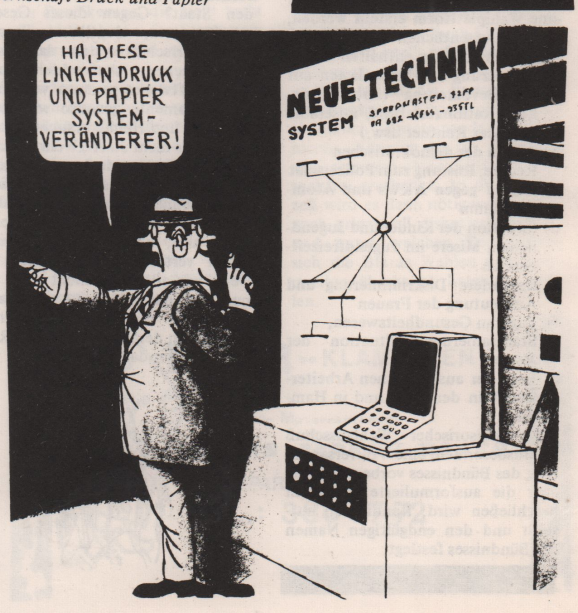
Jetzt Streik – das wäre der überflüssigste Streik der deutschen Tarifgeschichte!

Wir appellieren an die Vernunft der Gewerkschaftsführer, nehmen Sie doch endlich den gemeinsam erarbeiteten Tarifvertrag an!

BVD
Bundesverband Druck

BDZV
Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger

VDZ
Verband Deutscher Zeitschriftenverleger



Die Täter haben wir –

die Tat brauchen wir noch

Nach diesem Motto verfahren Staatsanwaltschaft, Gerichte und Staatsschutz in frommer Eintracht gegen die drei AGIT-Drucker Jutta Werth, Gerdi Foß, und Heinrich Weyer, die seit dem 18. Oktober 1977 in Westberlin in Untersuchungshaft sitzen.

Was ist geschehen?

Im Zuge der Ermittlungen gegen das Info-BUG, das wöchentlich erscheint, durchsuchte am 17.10.1977 ein riesiges Polizeiaufgebot 38 'Objekte': u.a. die Druckerei AGIT-Druck, den Maulwurf-Buchvertrieb, linke Buchläden, das Büro von Info-BUG und der Roten Hilfe Westberlin sowie zahlreiche Privatwohnungen in Westberlin. Alle Hausdurchsuchungen, Festnahmen, erkennungsdienstlichen Behandlungen usw. wurden mit § 129 a begründet:

Nach § 129 a wird mit Freiheitsstrafen zwischen 6 Monaten und 5 Jahren bestraft, wer eine Vereinigung gründet, deren Zweck darauf gerichtet ist, bestimmte Straftaten (Mord, Geiselnahme usw.) zu begehen bzw. deren Mitglied ist, für sie wirbt oder sie unterstützt.

Zwei Mitglieder der Druckerei wurden noch am selben Tage verhaftet, ein ehemaliges Mitglied einen Tag später am Arbeitsplatz. Eine 4. Druckerin wurde am 26.10.1977 verhaftet. Gegen alle vier wurde inzwischen Anklage erhoben, ein Drucker erhielt gegen 10.000 DM Kaution und Meldeauflagen Haftverschonung. Gegen ca. 50 weitere Personen laufen Ermittlungsverfahren.

Wer ist AGIT ?

AGIT ist ein Druckkollektiv in Westberlin, das durch niedrige Preise, kurzfristige Erledigungen von Aufträgen, zeitweiligen Feierabend- und Wochenendeinsätzen auch Gruppen unterstützt, die sonst nur unter größten finanziellen Opfern ihre Sachen gedruckt bekommen. AGIT druckt unter anderem für: Die GEW-Berlin, die Postgewerkschaft, die Humnaistische Union, Mieterinitiativen, Stadtteilgruppen und Jugendzentren, die Rote Hilfe, verschiedene Gemeinden der evangelischen Kirche, Kneipen, Hochschulgruppen, Frauenzentrum, Initiaten gegen Atomenergie oder Ausländergruppen.

Die bei AGIT arbeitenden sind weder die Verfasser der Druckschriften noch verstehen sie sich als Lektoren oder Zensoren die die Inhalte lesen und beurteilen und mit juristischem Sachverstand entscheiden, ob sie vielleicht verboten sein könnten (was man heutzutage sowieso nicht weiß).

Das Info-BUG

Das Info-BUG ist eine Zeitschrift von undogmatischen Gruppen in Westberlin. Die Zeitung erscheint wöchentlich, hat keine feste Redaktion und versteht sich als Diskussions- und Informationsforum, in dem unter anderem auch Fragen zur Gewalt diskutiert werden können.

Die Haftbedingungen

Die drei Gefangenen unterliegen im Gefängnis verschärften Haftbedingungen:

1. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wurden folgende Sicherheitsmaßnahmen angeordnet:
   - verstärkte Durchsuchung der Gefangenen, seiner Sachen (Durchleuchtung!) und seines Haftraums
   - Durchsuchung der Gefangenen vor und nach Anwaltssprechstunden und Besuchen
   - Übergabe bei Vorführungen „von Hand zu Hand" (d.h. immer in Begleitung von zwei Beamten)
2. Verschiedene Briefe und Besuchsanträge wurden nicht an die Gefangenen weitergeleitet.
3. Büchersendungen von linken Buchläden und Zeitungen werden nicht ausgehändigt – so z.B. der „Arbeiterkampf", „Pflasterstrand" bei Jutta und „Radikal" bei Gerdi.

Die Begründung dafür ist, daß die Gefangenen bei Besuchen und anderen Gelegenheiten unerlaubte Nachrichten austauschen oder weitergeben könnten; daß Bücher unerlaubte Nachrichten enthalten könnten bzw. daß Zeitungen wie die o.g. „Sicherheit und Ordnung der Anstalt gefährden", da sie Aggressionen gegen Vollzugsbeamte wecken könnten.

Bei allen drei Gefangenen sind die Zellen zusätzlich mit Fliegendraht gesichert. Jutta darf an Gemeinschaftsveranstaltungen – Fernsehen, Sport und Umschluß – im Fraunegefängnis Lehrter Str. teilnehmen (Im Männergefängnis Moabit gibt es für Untersuchungsgefangene außer Kirchgang keine Gemeinschaftsveranstaltungen, abgesehen von einer halben Stunde Hofgang schmort man 23 1/2 Stunden am Tag allein auf seiner Zelle).

Nach vier Monaten Untersuchungshaft war nur bruchstückhaft klar, worauf sich der Tatvorwurf der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung (!) überhaupt stützt.

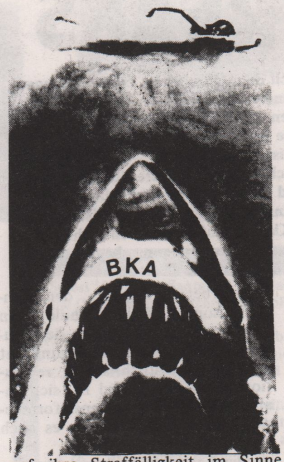
Am 2. Februar 1978, einen Tag vor dem 2. Haftprüfungstermin, rückte die Staatsanwaltschaft mit einer 70-seitigen Anklageschrift gegen die Agit-Drucker heraus.

Danach baut sich die Anklage, die noch um die Paragraphen 88 a 25, 52, 74, 111 und 140 StGB erweitert wurde, wie folgt auf:

Die Agit-Druckerei hat seit mehreren Jahren das Info-Bug neben anderen Publikationen regelmäßig unzensiert gedruckt. Jetzt zieht die STA eine zeitliche Parallelität zwischen dem Eintritt von Jutta, Gerdi und Henning Anfang 1977 in die Agit-Druckerei und der angeblichen Häufung von Kommandoerklärungen und Artikeln von RZ, 2. Juni und RAF im Info-Bug seit der Erscheißung Bubacks.

Das wiederum zeige, daß das Info-BUG zum Hauptpublikations- und Werbeorgan der Guerillagruppen auserkoren sei. AGIT, das Anfang letzten Jahres zeimlich beschissen dastand, wird gleichzeitig zur Zentrale für die Verbreitung von Unterstützungsaufrufen u.ä. gemacht.

Die angebliche Unterstützung von Guerillagruppen lasse sich daraus ersehen, daß Jutta, Gerdi und Hennig angeblich in der Roten Hilfe Westberlin und im Westberliner Prozeßbüro tätig gewesen seien (die ja bekanntlich in des Volkes „Spiegel"-Meinung eh zum guerillaunterstützenden Sympathisantensumpf zu zählen sind) und sich deshalb mit den Erklärungen und Artikeln indentifiziert hätten. Diese Identifikation komme darin zum Ausdruck, daß sie die Artikel nicht



auf ihre Straffälligkeit im Sinne des § 88 a untersucht haben, d.h. daß sie diese nicht zensiert haben.

"...Weiterhin erklären wir, daß eine derartige Zensur eine politische Entmündigung der Linken bedeutet, Zensurparagraphen bekämpft man nicht durch Selbstzensur!" Aus dieser Erklärung des AGIT-Druckkollektivs im Info-BUG Nr. 166 konstruiert die STA eine Identifikation der Drucker mit sämtlichen Inhalten des Info-BUG.

Ein weiteres Infiz dafür seien die angeblichen engen persönlichen Beziehungen der AGIT-Drucker zu nicht namentlich bekannten Personen aus dem Redaktionskollektiv des Info-BUG.

Dies ist im wesentlichen die Argumentationsweise der Staatsanwaltschaft. Der 4. Strafsenat des Berliner Kammergerichts hat am 6. Februar 1978 in der Haftprüfung weitere Haftfortdauer für die drei angeordnet. In ihrer schriftlichen Begründung übernehmen die Richter im wesentlichen die Argumentationen aus der Anklageschrift.

Außerdem führen sie im einzelnen aus:

1. Sie hätten vorsätzlich gehandelt, da sie im Unterscheid zu lohnabhängigen Druckern als Druckkollektiv Druckereiunternehmern gleichkämen und deshalb den Inhalt der abgedruckten Texte kennen mußten.
2. Dieser Verdacht, daß sie vorsätzlich gehandelt hätten, wird auch nicht dadurch entkräftet, daß sie sich nicht mit dem Inhalt der Artikel identifiziert hätten; denn die §§ 88a und 129a würden nicht verlangen, daß sich der Täter mit der Tat, die er befürwortet, oder mit der Vereinigung, für die er wirbt, identifiziert.
3. Es bestünde wegen der zu erwartenden hohen Freiheitsstrafe (ab 18 Monate aufwärts) Fluchtgefahr. Die persönlichen Lebensverhältnisse der drei würden eine Flucht nicht verhindern – Gerdi und Henning würden in Wohngemeinschaften wohnen, deren Zusammenhalt eh nicht stark sei, Jutta hätte keine Angaben zu eventuellen Bindungen gemacht, die eine Flucht ausschließen würden (also würde sie abhauen). Die wirtschaftlichen Bindungen würden durch eine Flucht auch nicht beeinträchtigt, da AGIT weiterdruckt und deshalb als Existenzgrundlage erhalten bliebe. Außerdem würden dei drei über zahlreiche Gesinnungsgenossen verfügen – als Angehörige einer linksorientierten Basisgruppe–, die ihnen natürlich sofort helfen würden, unterzutauchen.

Die bisherige Vorgehensweise von Staatsanwaltschaft und Staatsschutz (Hausdurchsuchungen, Überfall auf Info-Räume usw.) läßt erkennen, daß es sich bei der Verhaftung der AGIT-Drucker nicht mehr 'nur' um 'noch einen Unterstützerprozeß' handelt, den wir aus Bequemlichkeit („wir waren's ja nicht") vergessen können, sondern die Verhaftung und die in diesem Zusammenhang stehenden wieteren 55 Ermittlungsverfahren gegen angebliche Mitarbeiter des Info-BUG, Geschäftsführer von linken Buchläden usw. sind der erste Testfall. Die Reaktionen der Linken auf diesen größeren Versuch, 'den Sympathisantensumpf trockenzuleben', soll abgewartet werden, um die nächsten Prozesse zu starten und Verhaftungen vorzunehmen. Letztlich um jede Opposition mundtot zu machen, die nicht auf dem Boden staatlich genehmigter Kritik (FDGO) steht. Mit dem kommenden Prozeß gegen die AGIT-Drucker sollen, wenn wir uns der staatlichen Strategie fügen, nicht 'nur' eine Alternativdruckerei und eine linke Zeitung zerschlagen werden. Eine Verurteilung der AGIT-Drucker bedeutet gleichzeitig eine Vorverurteilung aller oppositionellen Kräfte und bildet einen entscheidenden Schritt in der Staatsschutz-Strategie, das „Umfeld des Terrorismus" bis zum letzten AKW-Gegner und Makro-Freak aufzurollen.

Daher sehen wir die Verhaftung der AGIT-Drucker nicht als eine unter anderen, sondern als Auftakt einer Hexenjagd, in deren Verlauf nicht einmal mehr nicht beweisbare Taten verurteilt werden, sondern wo nur noch unsere Gesinnung unter Anklage steht. So wurde der Geschäftsführer des Politladen Erlangen in Nürnberg zu 2 Jahren ohne 'Bewährung' verurteilt, weil er das amerikanische „Anarchistische Kochbuch" verkauft und das Buch „Kampf gegen Vernichtungshaft" herausgegeben haben soll. in NRW wird gegen Buchhändler wegen § 129a Anklage erhoben; und gegen Pfarrer Ensslin wird wegen „Verleumdung" ermittelt, weil er nicht an einen Selbstmord seiner Tochter Gudrun glaubt.

Wir wollen aber weiterhin das drucken, verbreiten, lesen und diskutieren, was WIR wollen. Wir wollen uns nicht unsere Meinung per Gesetz vorschreiben lassen; der Fehler liegt nicht an uns, die wir gegen diese Gesetze nach Staatsauffassung verstoßen, sondern an den Gesetzen. Wir wollen uns diesem nicht anpassen, sondern sie abschaffen!

SOFORTIGE FREILASSUNG DER DREI DRUCKER (INNEN)!!!

EINSTELLUNG ALLER ERMITTLUNGSVERFAHREN!!!

Solidaritätskomitee zur Befreiung der AGIT-Drucker, Mehringdamm 99, 1000 Berlin 61, Tel 030–693 21 99
Spendenkonto: Sonderkonto D. Krauß, Postscheckkonto 3723 87–105 Berlin West, Stichwort Agit

Wie Richter Wawak den öffentlichen Frieden stört

Eine Zensur findet statt! Meinten im August letzten Jahres die Richter vom Bundesgerichtshof und hoben den Freispruch gegen Gisela und Herbert wegen Herausgabe des Bommi-Buches auf. Die Richter Wawak, Schröder und Streicher mit zwei entmündigten Schöffen, die das Buch nicht einmal in die Hand nehmen durften, gehorchten dem politischen Auftrag von oben aufs Wort und verurteilten jetzt die beiden Trikontler zu je 1.500,- DM, dazu kommen etwa 50.000,- DM Prozeßkosten.

Eine Zensur haben wir damit nicht ausgeübt, meinte Richter Wawak, um seinen devoten Kniefall vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen, denn andere können das Buch ohne weiteres herausgeben, verkaufen und – man höre und staune – auch lesen.

Das Buch ist frei, die Verleger bestraft – ein Gesinnungsurteil, wie es im Buche steht. Der linke Sumpf ist vogelfrei. Pressefreiheit gilt nur für den, der staatstreu ist. Eines hat das Gericht allerdings noch vergessen: Auch der Leser hat ein Recht darauf geschützt zu werden. Ich schlage daher vor, jeden Käufer des Buches einer Gewissensprüfung wie bei Berufsverbots- oder Kriegsdienstverweigerungsverfahren zu unterziehen und dann erst im Namen des Volkes zu entscheiden, ob er es ohne Gefahr für Leib und Leben lesen kann.

Dieses Urteil ist viel geschickter und infamer als das, was Chefzensor SA Gehrig in seinem Plädoyer forderte: 1 Jahr für Herbert. 9 Monate für Gisela und Beschlagnehme des Buches. Wenigstens SA Gehrig sorgte sich um den Leser, er machte sich zum Anwalt des „durchschnittlich begabten Lesers", (obwohl sein Auftritt eher unterdurchschnittliche Begabung verriet), der durch die Lektüre des Buches „gefährdet" und „in seiner Rechtssicherheit gestört" sein, damit aber sei der „öffentliche Friede" gestört.

Wawak und seine Mannen gaben dem gestörten Frieden einen viel intimeren Charakter: Erst die Gesinnung des Herausgebers macht die Herausgabe des Buches zu einer Störung des öffentlichen Friedens. Der Trikont-Verlag, der – so Wawak – mit dem Buch „etwas verändern will", stört den bundesrepublikanischen Grabesfrieden, wer eine andere Gesinnung hat, stört durch Herausgabe des gleichen Buches niemand.

Wenn die SZ am 2.2. in einem sehr engagierten Artikel über das Urteil von einer „Farce" spricht, so ist dies leider falsch: Das Urteil ist ein Meilenstein auf dem Weg zur „Austrockung des Sympathisantensumpfes". Nur – und das sollte auch den pfiffigen Zensoren der 15. Strafkammer klar sein – genau das Gegenteil wird durch solche Urteile erreicht – der Sumpf wird größer oder in der Sprache des Gerichtes: die Richter selbst stören durch ihr Urteil den öffentlichen Frieden, den sie vorgeben, zu bewahren.

Sicher schafft so ein Urteil ein weiteres Mal Klarheit über die Situation in unserem Land, nur wollen wir jetzt nicht der verlorenen Liberalität nachtrauern, uns auf diese Weise selbst zur Machtlosigkeit verdammen, uns in die Einheitsfront der Klageweiber am Grabe des Rechtsstaates einreihen! Der Trikont-Verlag wird weiter dieses Buch und andere herausgeben, wenn er sie für wichtig hält. Wenn die Prozeßkosten nicht zusammenkommen, ist dies keine Finanzfrage sondern eine politische Frage. Eine Zensur wird nicht akzeptiert, da helfen keine Urteile uns keine Staatsanwälte!

You can do it if you really want.

G. Rossi

ALTERNATIVFREAKS 1878

Noch heute begegnen wir täglich den Überresten einer „alternativen" Bewegung, die sich „Lebensreform" nannte. Reformhäuser, FKK-Strände, von Waldorfschulen bis hin zu Schrebergärten sind Überreste jener Lebensreform, die im Gestrüpp der Kapitalistischen Marktwirtschaft hängengeblieben ist.

Der Begriff Lebensreform tauchte erst im Laufe der 90er Jahre des vorigen Jahrhundert auf und umfaßte die Versuche verschiedener Gruppen und auch Einzelinitiativen, sich der Großstadt und der Industrialisierung mit ihren Klassenkonflikten zu entziehen. Die eigentliche Geschichte der Lebensreformbewegung beginnt aber schon früher und zwar mit der Naturheilkunde.

Naturheilkunde und Wissenschaft

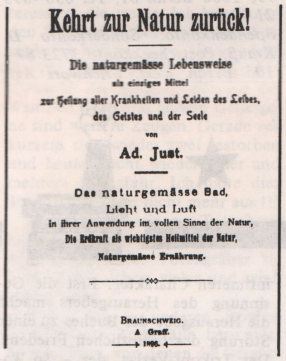
Die Aufklärung verdrängte die religiösen Aspekte der Heilkunde des Mittelalters, Sie machte die Vernunft zur Grundlage des Heilungsprozesses, die Heilkunst gegründeten Heilwissenschaft. Die neue Naturheilkunde versuchte nun, „die Natur" gleichrangig neben die Vernunft zu setzen. Der durch Vernunft nicht gestörte Instinkt der Tiere war der Naturheilkunde ein Beispiel. So führte die Beobachtung eines Rehs, das täglich seine Wunde in frischem Quellwasser kühlte, zur Idee der Wassertherapie. Soe der volkstümliche Naturheiler und Bayer Pfarrer Sebastian Kneipp, der in seiner heute noch bestehenden Kuranstalt in Bad Wörishofen neben vielfältigen Anwendungen des Wassers auch Lehm, Quark und Kräuterpackungen propagagierte. Er ist auch der Erfinder des Kneipp-Malzkaffee's und zahlreicher Kräutertee's. So mancher Alternativopa wird sich sicher erinnern:

Fröhlich stimmt dich Kräutertee
und der gute Kneipp-Malzkaffee

Zu den Naturheilkundlern gesellten sich bald die Körnerfreaks, auch Vegetarier genannt.

Vegetarier, Demeter-Leute und Freikörperkultur

1852 gründete Theodor Hahn eine vegetarische Naturheilanstalt in der Nähe von St. Gallen mit dem schönen Namen „Auf der Waid", die nach streng vegetarischer Diät arbeitete. Ursprünglich waren es allerdings mehr weltanschauliche Gründe, die die Vegetarier zur fleischlosen Kost bewegten. So nannte sie sich auch Thalysianisten nach dem



Erntedankfest der griechischen Religion, auf dem der Göttin des Erdsegens, Demeter, die Früchte dargebracht wurden, Demeter- der Name verweist auf eine weitere Alternativ-Gruppe. Diese Leute versuchten ohne Kunstdünger Landwirtschaft zur betreiben. Durch geschickte Mischanpflanzung und Aufbereitung natürlichen Düngers konnten sie erstaunliche Erfolge erzielen.

Demeterläden gibt es auch heute noch, z. B. in der Isestraße/Ecke Klosterallee.

Parallel zu den verschiedenen Versuchen der Naturheilkundler entstand Mitte des vorigen Jahrhunderts die Licht-Luft Therapie und die Kleiderreform, die beide in die Frei-Körper-Kultur mündeten, Sie verstand sich als eine körperliche und seelische Hygiene, bekämpft werden sollte falsche Scham und Prüderie, Doppelmoral und Unaufgeklärtheit.

Eine Synthese der verschiedenen Experimente der Naturheiler, Vegetarier und FKK'ler versuchte Adolf Just mit seiner Kuranstalt „Jungborn". Den Erfolg seiner Anstalt soll folgendes Zitat belegen: „Ich selbst, nach einem 13jährigen Nervenleiden durch die Allopathie an den Rand der Verzweiflung bis an die Tür des Irrenhauses gebraucht, fand allein durch die verschiedenen Anwendungen der Naturheilmethode und eine ganz gründliche 4-monatige Kneipp-Kur mit vegetarischer Lebensweise Linderung und schließlich durchschlagenden Heilerfolg und wahre Hilfe."

Nicht zu vergessen ist die „Luvos-Heilwerde", auch eine Entdekkung der Naturheilkundler. Diese Heilerden nehme ich bei Sodbrennen oder ähnlichen Magenbeschwerden selber ein und sie sind besser als mir bislang bekannte Tabletten.

Die Bodenreformer

Vegetarisches Gedankengut stand auch bei der Bodereform Pate. Die Siedler, Rechtsanwälte, Lehrer, Ärzte und ähnliche, eher kleinbürgerlich angehauchte Freaks, zogen auf's Land und gründeten genossenschaftlich organisierte Landwirtschaften. Jeder versuchte seinen Nahrungsbedarf weitgehend selber zu decken, Geld sollte an Bedeutung verlieren. Dinge, die nicht selbst hergestellt werden konnten, wurden gemeinsam eingekauft. Ausgiebige Betätigung im Freien, Wegfall von Luxus in Wohnung und Kleidung, das waren die Maxime der neuen Siedlungsbewegung. Einer der bekanntesten Siedlungen war die Obstbaukolonie Eden in der Nähe von Berlin, deren Marmeladen noch Qualitätsware der Reformhäuser sind. Auch die Eden-Pflanzenmargarine ist ein Produkt dieser Siedlung.

Aus bodenreformerischen und naturärztlichem Gedankengut entwickelte sich schließlich die Schrebergartenbewegung.

Speisehäuser und Reformhäuser

Die verschiedenen Initiativen für eine naturgemäße oder natürliche Lebensweise mündet Ende des vorigen Jahrhunderts in eine Sammelbewegung „Lebensreform" ohne organisatorischen Rahmen. Versuche, die verschiedenen lebensreformerischen Verbände zusammenzufassen, scheiterten. Eine „undogmatisch-spontaneistische" Grundhaltung finden wir auch in der 100 Jahre alten Alternativbewegung.

Zur Propagierung ihrer Weltanschauung und zum Vertrieb ihrer Produkte gründeten verschiedenen Initiativen vegetarische Speisehäuser und Reformhäuser in den Städten.

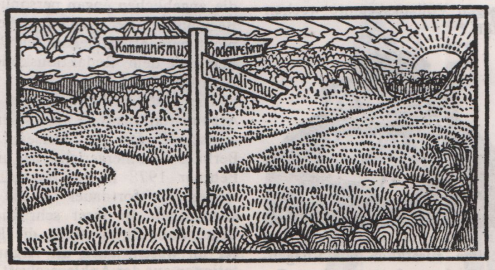
Wie man sieht, hatten Nikotin und Alkohol in den Speisehäusern keinen Platz.

In den Reformhäusern wurden in erster Linie Nahrungsmittel ohne chemische Färb-, Konservierungs- und Aromastoffe verkauft. Das Vollkornbrot, eine Entdeckung der Lebensreformer, gab es zuerst nur in Reformhäusern. Noch heute gibt es ca. 2.000 Reformhäuser in der BRD.

Lebensreform und Faschismus

Die Lebensreformbewegung hat auch anderen Initiativen wichtige Impulse gegeben, wie z.B. der Jugendherbergsbewegung, den Anthroposopen (Waldorfschule) den Wandervögeln oder auch dem Jugendstil. Die Frauenbewegung hat dagegen wesentlich ältere, revolutionärere Absätze und hat sich unabhängig von der Lebensreformbewegung entwickelt, wenn es auch viele Querverbindungen gab.

Die Lebensreformbewegung war von ihrem sozialem Ursprung her kleinbürgerlich und in ihrer gedanklichen Grundhaltung idealistisch. Die Veränderung, die im persönlichen Alltagsleben des einzelnen ansetzen sollte, erforderte den geringsten politischen Einsatz und hatte auch am wenigsten mit Sanktionen von Seiten der Herrschenden zu rechnen. Reform statt Revolution hieß die Parole. Dies verdeutlicht auch ein Bild des Lebensrefor-Malers Fidus.



Der kapitalistische Weg führt in den Abgrund, der kommunistische Weg ins unwirtliche Gebirge. Nur der Weg der Reform führt dagegen ins fruchtbare und sonnige Land. Die Geschichte zeigt allerdings, wie die Lebensreformbewegung vollständig unter die Räder der ach so freien Marktwirtschaft geraten ist.

Teile der Bewegung wandten sich sogar dem Faschismus zu. So füllten sich ursprünglich unpolitische Aufrufe mit aggressiven rassistischen Inhalten. Die bodenreformerische Ideen zum Beispiel wurden mit rassenhygienischen Gedankengängen verbunden. So schreibt Stauff im Wehrbuch 1912; daß sich trotz des „anarcho-sozialistischen Ursprungs" germanisches Gedankengut in der Siedlung Eden durchsetzen konnte:

„Diese Kolonie hat das merkwürdige und recht interessante Ergebnis gezeigt, daß irgendwie staatsfeindliche Gesinnung (!) in so unmittelbaren Anschluß an den Boden sich nicht erhalten konnte. Die Kolonie entwickelte sich nicht nur wirtschaftlich in sehr erfreulicher Weise, sondern ist auch allmählich zu einer wichtigen Pflegestätte des deutschen Gedankens geworden, und zwar ohne alle Einwirkungsversuche von außen. Man beschäftigt sich kaum irgendwo eingehender mit den Fragen der völkischen Erneuerung als gerade dort." und an anderer Stelle:

„Natürlich kommen sowohl als Ansiedler wie als Gäste nur Arier in Frage."

Da die Klassenwidersprüche der kapitalistischen Gesellschaft nicht gesehen wurden, lehnte man den Kapitalismus als etwas Undeutsches, vom Ausland und insbesondere vom Judentum importierte Unheil ab. Als alternatives Gegenstück baute man den naturverbundenen blonden Arier auf, der auf dem Land seine Aufartung erfährt. Das belegt auch folgendes Zitat von Stauff:

„In städtischen Verhältnissen wäre Lebensreform von vorneherein ein Unding. Außerdem kann aber auch aus diesem Grunde als Wiege der Lebensreform nur das Land in Frage kommen, weil ihre Bekenner ebenso Raum benötigen zu ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entfaltung, wie andererseits eine gewisse Absonderung von den Stätten der Unkultur – letzteres namentlich im Hinblick auf die Aufzucht einer körperlich und seelisch gesunden Jugend."

Diese, von dem Reaktionären Stauff reichlich verkürzte Analyse Das Landleben bringt die Leute schon auf den „rechten" Weg; ist so einfach sicher nicht richtig. Siedlungen wie zum Beispiel die Worpsweder Künstlerkolonie sind andere Wege gegangen. Sicher ist auch eine einfache Gleichsetzung der Lebensreformbewegung mit der heutigen Alternativbewegung falsch. Trotzdem bleiben einige Parallelen. Ob man tatsächlich von einer „Idiotie des Landlebens" (Adorno) sprechen kann, inwieweit es sich bei den Landfreaks um eine bürgerliche Fluchtbewegung handelt oder ob das Landleben eine echte Alternative ist, die erst humanes Wohnen möglich macht, das ist auch bei uns noch umstritten. Dieser Artikel soll ein Anstoß sein, damit Leute, die mehr Ahnung haben, die vielleicht auf dem Land leben oder

sich theoretisch damit auseinandergesetzt haben, ihre Erfahrung per Artikel oder Interview in die Zeitung bringen. Auf der nächsten öffentlichen Redaktionssitzung am 20.3.78 werden wir zu diesem Thema diskutieren, und alle, die es interessiert, sind herzlich eingeladen. Im April soll dann eine größere Veranstaltung zu dem Thema „Leute auf dem Land" stattfinden, an deren Vorbereitung ihr euch gerne beteiligen könnt. Wer über diesen Artikel mehr erfahren möchte, sollte sich das Buch

FIDUS. Zur ästhetischen Praxis bürgerlicher Fluchtbewegungen von: Frecot und anderen, kaufen, aus dem auch die Zitate und Bilder dieses Artikels stammen.

Wilfried

TEA TIME teeversand
kleiner platz 4 – tel. 06341/ 7451, 6740 landau/pfalz

auserwählte tees aus aller welt aus unserem angebot:

darj. second flush		
TGFOP I Margarete Hope		
50 g 2,80, 100 g 5,30		
Ceylon OP	50g 2,--	100g 3,70
Grüner Japan Tee	50g 3,20	100g 6,10
Africa Brok. Pekoe	50g 2,--	100g 3,60
Gewürz Tee	50g 2,10	100g 3,90
Yogi Tee	50g 3,70	100g 7,10
Orangen Oolong Tee	50g 2,30	100g 4,30
Orchideen Tee	50g 2,50	100g 4,70
Vanille Tee	50g 2,20	100g 4,10
Wildkirsch Tee	50g 2,10	100g 3,90

auf anfrage erhalten sie kostenlos und unverbindlich unsere neueste preisliste. alle preise incl. mwst zuzügl. porto. versand erfolgt ausschließlich per nachnahme.

Freiheit

Laden für
anarchistische Bücher — alte Möbel

Wir haben den Laden nach Auflösung des alten Kollektivs neu eröffnet und gleichzeitig erweitert. Neben den bisher angebotenen anarchistischen Schriften versuchen wir jetzt, um den Laden einigermaßen halten zu können, auch Möbel (Antikes) zu verkaufen. Über eine rege Unterstützungwären wir allerdings sehr erfreut, da uns bei dem augenblicklichen Zulauf bald die Puste ausgehen wird. Das alte Kollektiv hat uns nämlich einen Schuldenberg von DM 3000 hinterlassen; außerdem sind weit über 1000 DM verschwunden.

Neuheiten:

Um einige anarchistische Ideen zu verbreiten, haben wir uns mit dem ems-kopp-verlag Meppen zu einer Vereinigung zusammengeschlossen, deren Ziel es ist, möglichst preisgünstig wichtige Texte herauszugeben und damit gleichzeitig dem allgemeinen Teuerungstrend auf seiten linker, besonders auch anarchist. Verlage entgegenzutreten. Bisher sind erschienen:

Kropotkin	Anarchismus und Syndikalismus	16S. -,50
Kropotkin	Gerechtigkeit und Sittlichkeit	26S. -,70
Kropotkin	Der Wohlstand für alle	32S. 1,--
Machno	ABC des Anarchismus	40S. 1,--
Mühsam	Freiheit als gesellschaftl.Prinzip	21S. -,70
Malatesta	Anarchie	74S. 1,90

(ein Raub-Rautdruck, der jetzt - statt wie beim Kramer V. 8,-- - nur 1,90 kostet)

Demnächst erscheinen:
Berkman ABC des Anarchismus
Mühsam Befreiung der Gesellschaft vom Staat (Raub...)

FREIHEIT Kleiner Schäferkamp 32 U-Bahn Schlump/Sternschanze
tatsächlich geöffnet: Mo-Fr 16-18.30, Sa 11-13 Uhr

WINDKRAFT-TSCHA,BITTE

„Atomkraft-nein danke" Viele Ideen, diese Parole nicht nur am Mantel zu tragen, sondern auch zu leben, sind in den letzten zwei Jahren entstanden. Eine davon wurde vor ziemlich genau einem Jahr geboren, die Idee der Windgruppe.

Anfangs ein kleiner Haufen von vier Leuten, inzwischen eine starke Fraktion von ca. 20, entwickelte diese Gruppe den Gedanken, eine Windmühle zu bauen, um mit dieser Strom zu erzeugen und ein klitzekleines Gegengewicht zur HEW und NWK zu schaffen. Aufgebaut werden sollte die Mühle ursprünglich in Brokdorf, um dort die bekannte Informationstafel: Hier verhindert die Bevölkerung das Atomkraftwerk Brokdorf" zu beleuchten.

Inzwischen sind unsere Ansprüche jedoch gestiegen. Die Mühle soll nicht mehr reines Demonstrationsobjekt sein, sondern gleichzeitig einen praktischen Nutzeffekt haben. Nach vielen Ideen, den Strom sinnvoll zu verwenden, und nach ebensovielen Untauglichkeitserklärungen dieser Ideen, soll die Mühle nun auf dem Hof von Ali Reimers, einem Wewelsfleeter Bauern aufgestellt werden und dort der Wasserwärmung (in erster Linie für die Melkanlage) dienen.

Dadurch gewinnt unser Objekt neben der Nützlichkeit einen neuen Aspekt: Wir können einem engagierten Kernkraftgegner ein wenig helfen, sein Zeil, auf alternative Energie umzusteigen, zu verwirklichen.

Aber Überlegungen und Ideen allein machen noch keine Windmühle. Sie muß gebaut und vor allen Dingen muß dieser Bau auch finanziert werden. Um das ökonomische Problem möglichst klein zu halten, haben wir uns hauptsächlich mit Altteilen vom Schrottplatz, Sperrmüll u.ä. versorgt und so die maschinellen Teile praktisch kostenlos zusammenbekommen. Diese Art der Materialbeschaffung war in Bezug auf die Flügel leider nicht möglich, da Windmühlenflügel leider nicht auf Schrottplätzen zu finden sind. Die Einzelteile für die Flügel mußten wir also kaufen.

Einen Teil finanzierten wir, indem jeder, je nach Möglichkeit, in seine eigene Tasche griff. Außerdem bekamen wir 400 DM durch den Verkauf von Plakaten zur Windenergie, die von zwei Mitgliedern der Gruppe konzipiert und gedruckt wurden. Gleichzeitig ging ein Teil des Erlöses der Windplakate an die Wewelsfleeter Bürgerinitiative.

Außerdem werden momentan in Eigeninitiative von drei Studenten der Kunsthochschule Plaketten zur Windenergie hergestellt, deren Verkauf weitere Unkosten decken soll.

Über die technische Konstruktion der Mühle will ich hier nichts schreiben, da mir 1. das dafür notwendige Fachwissen fehlt und 2. ein dafür kompetenteres Opfer darüber in einer der nächsten Ausgaben der Großen Freiheit berichten wird. Nur kurz so viel: Der Mast besteht aus einem 11 m hohen 4-fach geleimten Bootsmast, an dem die vier Flügel von je 1,75 m Länge befestigt werden. Durch eine Kettenübersetzung wird die Windenergie auf einen Generator übertragen, der dann den Strom erzeugt.

Neben der Gruppe, die die Windmühle baut und außerdem an einer Dokumentation über die Konstruktion und unsere Gruppenerfahrung arbeitet, gibt es noch die Filmgruppe, eine Initiative von Kunststudenten, die die Arbeiten und Aktionen der Windgruppe begleiten und durch ihre Filme noch nicht aktive Kernkraftgegner ansprechen und zu konkreter Arbeit motivieren wollen.

Leider klappt es mit der Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen deisen beiden Gruppen nur sehr mäßig bis gar nicht. Diese traurige Tatsache läßt sich aus vielen verschiedenen Faktoren zusammensetzen, wobei der entscheidenste wohl die Raum-Zeit-Frage ist: Bis jetzt haben wir nur die Möglichkeit uns einmal wöchentlich (mittwochs) in der Spaldingstraße zu treffen, um dort an unserer Mühle herumzubasteln, unsere weiteren Arbeitsschritte zu besprechen, zukünftige Projekte zu planen, zu klönen usw. An anderen Wochentagen stehen uns die Räume nicht zur Verfügung, so daß wir zeitlich ziemlich stark eingeschränkt sind und viele Aspekte, die uns für unsere Arbeit wichtig erscheinen bis jetzt sehr stiefmütterlich behandelt werden, so z.B. die Frage eines langfristigen Konzeptes. Uns allen ist bewußt, daß wir nicht einfach gleichwertigen Energie-Ersatz schaffen können und vor allem wollen, sondern daß wir mit der Kernenergie auch eine bestimmte Lebenseinstellung ablehnen, daß wir nicht in den Sumpf alternativer Energien sinken wollen (? Red.) sondern durch unsere Auseinandersetzung mit einer natürlichen Energieform einen konkreten Ansatz zur Überdenkung unserer Lebensformen entdeckt haben und ausbauen wollen. In uns selbst wollen wir Alternativen entwickeln und eine neue Selbstbewußtheit aufbauen. Das beginnt mit unserer Beziehung zueinander, unseren Vorstellungen, Ängsten und Wünschen und kann vielleicht einmal bei Lebensbereichen aufhören, die momentan noch fast vollständig ausgeschlossen sind, wie z.B. unsere Berufswelt. Zur Zeit verläuft die Problematisierung dieser Aspekte noch sehr spontan und unreflektiert, aber vielleicht haben wir in Zukunft größere Chancen, auf die vielen Fragen, die sich in diesem Zusammenhang auftun, befriedigende Antworten zu finden, da wir intensiv nach eigenen Werkstatträumen suchen, die wir jederzeit uneingeschränkt benutzen können und zu einem Zentrum für uns und andere Gruppen machen wollen.

Wenn wir diese Räume haben, wird es sich herausstellen, wieweit es uns möglich ist, unsere Vorstellungen zu konkretisieren und in die Realität umzusetzen.

INDIANER GEGEN ATOMTOD

Der Satellit

Am Dienstag, 24.1.1978, 12.00 Uhr MEZ stürzte ein Nuklear-Satellit über Nordwest-Canada im Bereich des Großen Sklavensees ab.

Über die Folgen verbreitet die internationale Presse sich widersprechende Nachrichten. Auf jeden Fall stellt die durch den Unfall auftretende radioaktive Strahlung für dieses große Gebiet eine lebensbedrohende Gefahr dar.

Die Indianer

Entgegen den bisherigen offiziellen Meldungen ist das Gebiet nicht menschenleer, sondern der Lebensraum von ca. 20.000 Indianern – der Dene Nation. Seit Beginn der 70er Jahre kämpfen die Dene Indianer gegen den kanadischen Staat, um die Unabhängigkeit ihrer Nation und das alleinige Verfügungsrecht über ihr Land.

Die Dene sind eines der letzten Indianervölker, die in ihrer traditionellen Lebensweise relativ unbeeinflußt von der westlichen Zivilisation geblieben sind.

Sie weigern sich, unsere Zivilisation anzunehmen, da sie erkannt haben, daß dies für sie keine Überlebensmöglichkeit bietet, sondern seelische Verödung und Untergang ihrer Kultur bedeuten würde.

Die Pipeline

Seit Jahren planen die USA zusammen mit der kanadischen Regierung eine Gaspipeline von Alaska über West-Kanada in das Gebiet der grossen Seen zu legen, mitten durch die Dene Nation. Bis an ihre Grenzen ist die Pipeline zu beiden Seiten bereits fertiggestellt.

Sie wird an den Stellen ihres Verlaufs den Naturkreislauf mit Sicherheit stören und schließlich vernichten; ganz zu schweigen von den Begleiterscheinungen, die die Bauarbeiten mit sich bringen, wie Alkoholismus, Prostitution und Kriminalität.

Dessen sind sich die dort lebenden Indianer bewußt und es ist ihnen bis jetzt gelungen, den Weiterbau der Pipeline auf juristischem Wege zu blockieren.

Die Dene haben der kanadischen Regierung qualifizierte Alternativvorschläge zur Verlegung der Pipeline vorgelegt.

Die Folgen

Eine radioaktive Verseuchung hat zwangsläufig eine Evakuierung der Indianer aus ihrem angestammten Land zur Folge, wodurch im Zuge der staatlichen Entsorgungsmaßnahmen der Bau der Pipeline möglich wird. Damit wäre eine der letzten noch intakten Indianerkulturen zum Untergang verurteilt.

Die Dene bestehen auf selbst organisierten Prüfungen und evtl. Entsorgungsmaßnahmen, um nich übervorteilt zu werden.

Sie benötigen die weltweite Unterstützung durch Solidaritätsbekundungen und finanzielle Hilfen.

Das Volk der Dene fordert, daß die internationale Presse über ihre Probleme und ihre Notlage informiert.

Spendenkonto
PSchK Hamburg 7400
Stichwort: Dene

Gesellschaft für bedrohte Völker e.V.
Koordinationsgruppe Nordamerikanische Indianer

WRAGE
Rothenbaum-chaussee 7 · 2 Hamburg 13 · Tel. 455240
BÜCHER
Modernes- und Alt-Antiquariat
Kunst Mystik Psychologie
Gesundheit Natur Geschichte Politik
Literatur Märchen Krimis
Science Fiction
PLATTEN
uber 2000 gebrauchte ab DM 3.–
Rock Jazz Folk Klassik
INTERNATIONALE PRESSE
Kaffeeausschank

Maskenball
Gestern ging ich durch die Stadt.
Es regnete.
Die Bäume trugen grau und schwarz.
Heute sitz ich in einem Landhaus.
Die Sonne scheint. Wie unnütz.
Als hätt ich kein anderes Licht.

Bier vom Faß!
Königs Pils (KöPi) - Alt - Einbecker
Und für Guinness-Freunde: Guinness vom Faß
Auch bei uns finden sie ein Haar in der Suppe.
wenn sie die richtige Methode anwenden.
Aber sie können das ganze auch lassen.
Täglich von 18.00 bis 02.00 GOLEM Schulterblatt 78 Tel. 43 82 69

RUSSELL TRIBUNAL

Die Arbeit zahlreicher Gruppen in der Bundesrepublik an der Vorbereitung und Durchführung des 3. Internationalen Russell-Tribunals, um mögliche Grund- und Menschenrechtsverletzungen in diesem Land öffentlich zu untersuchen, wird in wenigen Wochen ihren ersten Höhepunkt erreichen. Der deutsche Beirat und die Mitglieder des Tribunals haben beschlossen, vom 28. 3. bis 5. 4. 1978 eine erste Sitzungsperiode stattfinden zu lassen, auf der der Komplex untersucht werden soll, ob Bürgern der Bundesrepublik aufgrund ihrer politischen Überzeugungen das Recht verwehrt wird, ihren Beruf auszuüben. Die Punkte Zensur und Grundrechtverletzungen in Strafverfahren sollen dann im Herbst behandelt werden.

Die Aufteilung in zwei Sitzungsperioden wird im wesentlichen formal begründet (die umfangreichen Themenkomplexe können gründlicher und konzentrierter behandelt werden; die Unterstützerbewegung könnte sich bis zum Herbst noch verbreitern, wodurch das Tribunal während des gesamten Jahres 1978 Einfluß auf die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik nehmen würde). Dennoch wird darauf zu achten sein, daß in der öffentlichen Diskussion um die Schwergewichtigkeit von Grund- und Menschenrechtsverstößen nicht allein die Berufsverbote hängenbleiben, daß die weniger spektakulären Formen der alltäglichen Repression, Zensurmaßnahmen und fundamentale Grundrechtsverfälschungen durch „Strafrechtsreformen" sich im öffentlichen Bewußtsein nicht als zweitrangig darstellen.

Nach der anfänglichen Phase des versuchten Totschweigens haben sich in den letzten Wochen und Monaten immer häufiger Repräsentanten des politischen Systems der Bundesrepublik zu Wort gemeldet, um mit systematischen Diffamierungen des Russell-Tribunals ein weiteres Anwachsen der Unterstützerbewegung zu verhindern. So spricht Bundesinnenminister Maihofer von einer „Verhöhnung unseres freiheitlichen Rechtsstaates" und von „terroristischen Zielen" der Befürworter des Tribunals. Willy Brandt warnt davor, den Namen des „verehrungswürdigen Bertrand Russell zu Lasten der Bundesrepublik" zu mißbrauchen, und selbst ein vermeintlicher „SPD-Linker" wie Erhard Eppler fügt sich der Parteiraison und spricht davon, daß das Russell-Tribunal „durchsichtige, propagandistische und verleumderische Absichten" verfolge.

Da hilft es nichts, daß die Witwe des verstorbenen Bertrand Russell, Lady Edith Russell, öffentlich erklärt, daß die Absicht, die Menschenrechtssituation in der Bundesrepublik auf einem Tribunal zu untersuchen, durchaus dem Wunsch und den politischen Vorstellungen ihres Mannes entspreche. Und es scheint überhaupt keinen Eindruck zu machen, daß herausragende Persönlichkeiten des politischen Lebens in der Bundesrepublik wie Helmut Gollwitzer, Wolfgang Abendroth, Heinz Brandt, Walter Jens, Martin Niemöller, Heinrich Albertz, Günter Wallraff und viele andere das Russell-Tribunal unterstützen. Die Bundesregierung und Vertreter der drei staatstragenden Parteien handeln weiter nach dem Motto: Je größer die Diffamierung, um so eher wird sie geglaubt.

Höhepunkt der Verleumdungskampagne ist ein kürzlich veröffentlichtes Dossier des Bundesinnenministeriums, in dem konkrete Maßnahmen zur Verhinderung des Tribunals durchgespielt werden. Neben Erwägungen, bestimmte Verbote mittels Versammlungs-, Vereins- und Ausländergesetz auszusprechen, findet sich ein Abschnitt, in dem allen Ernstes daran gedacht wird, Personen, die das Tribunal durchführen wollen, die Grundrechte nach Art. 18 GG abzuerkennen. Die Infamie ist nicht mehr zu überbieten. Wer die Grundrechte (wie im Falle der Vorbereitung des Russell-Tribunals) einklagt, hat sie bereits verwirkt

Flankenschutz bei dieser ungeheuren Verleumdungskampagne gibt ausgerechnet der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes. In einem Brief an alle DGB-Landesbezirke und Kreise fordert Heinz O. Vetter alle Gewerkschaftsmitglieder auf, sich nicht an dem Tribunal zu beteiligen und interpretiert eine Teilnahme als strikt gewerkschaftsfeindlich.

Hierbei wird ein Verfahren der Denunziation angewandt, wodurch den einzelnen Gewerkschaftsmitgliedern nicht einmal die Chance gegeben werden soll, das tatsächliche Vorhaben des Russell-Tribunals selbstverantwortlich zu prüfen. Der Vorstand des DGB verordnet: die Betreiber des Tribunals sind ‚linksextremistisch' und stellen die Bundesrepublik als „faschistischen oder zumindest präfaschistischen Staat" dar. Das genügt, um allen Gewerkschaftlern zu drohen: Wer sich mit dem Russell-Tribunal befaßt, gerät in Kommunistenverdacht und riskiert u.U. seinen Gewerkschaftsausschluß. Das Verfahren der Denunziation spekuliert auf die Berührungsangst vor Kommunisten und definiert gleichzeitig den politischen Handlungsspielraum von oben. Statt innerverbandlicher Demokratie Gottes (= Vetters)gnadentum.

(Zur totalen Peinlichkeit geriet in dem DGB-Schreiben auch die Charakterisierung der Jury-Mitglieder und der Mitglieder des deutschen Beirats. Kein noch so entstellender Hinweis auf „prokommunistische" Aktivitäten wurde ausgelassen. In einem zweiten Schreiben korrigiert der DGB einige dieser Charakteristiken, ohne jedoch die Tendenz der Empfehlung an die Gewerkschaftsmitglieder, das Russell-Tribunal nicht zu unterstützen, zu ändern.)

Alle diese Diffamierungsversuche haben die Unterstützerbewegung in letzter Zeit jedoch eher verbreitert als verkleinert. Selbst die Jusos unterstrichen bei der Wahl ihres neuen Vorsitzenden wiederum öffentlich die Notwendigkeit eines Russell-Tribunals und riskierten damit den offenen Konflikt mit der Parteispitze der SPD.

Am 8. 3. 1978 werden sich im Martin Luther King-Haus (18 Uhr, Raum 201) im Rahmen der Hamburger Vorbereitungsgruppe für ein Russell-Tribunal alle Gruppen und Initiativen zusammenfinden, um einen am 11. 3. 78 stattfindenden Aktionstag für die Propagierung des Tribunals zu beraten und zu organisieren und um die Öffentlichkeitsarbeit für den Zeitraum der ersten Sitzungsperiode zu planen.

Kontaktadresse: Gabi Oberstenfeld, Keplerstr. 10, 2 Hamburg 50, Tel.: 390 95 55.

Senat: Rauch-Haus bei Fuß! — oder Schluß

Dieser Drohung sieht sich momentan das Georg v. Rauch-Haus-Kollektiv ausgesetzt. Der Senat von Berlin versucht, den bevorstehenden Ablauf des 5jährigen Nutzungsvertrags, den das Rauch-Haus-Kollektiv sich im Januar 72 vom Senat erkämpft hatte, dazu auszunutzen, das Rauch-Haus unter seine Kontrolle zu bringen oder es zu schliessen.

Nach 6 Jahren erfolgreicher Selbstorganisation von Schülern, Lehrlingen und Jungarbeitern scheint der Senat mal wieder seine Chance zu wittern, ein fortschrittliches und notwendiges Projekt zu zerstören.

Es ist nicht das erste Mal, daß die Berliner Behörden ihren Apparat in Bewegung setzen, um das Rauch-Haus-Kollektiv aufzulösen. Noch konnten diese Angriffe nicht zuletzt durch breite Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützung vieler Berliner mit Durchblick verhindert werden. Der Senat schätzt diesmal seine Chancen höher ein, da er versucht, die momentane Resignation unter den „Linken" für sich auszunutzen. Zusätzlich werden in der Berliner Presse Berichte veröffentlicht, die Hetze und Stimmungsmache gegen das Rauch-Haus zum Ziel haben. Deshalb ist es notwendig, dem Senat mal wieder zu zeigen, daß er sich gründlich verrechnet hat.

Aber wie können wir den Kampf des Rauch-Hauses unterstützen? Das Rauch-Haus-Kollektiv schlägt in seinem Flugblatt vor:

Mitteilungen an die Presse und den Rundfunk, Pressekonferenzen, Solidaritätsadressen an die Senatorin für Familie, Jugend und Sport, Ilse Reichel, 1 Berlin 30, Am Karlsbad 8 - 10. Von Einzelpersonen und Gruppen (Bitte Durchschlag an Kollektiv Georg von Rauchhaus, 1 Berlin 36, Mariannenplatz 1a), Infostände, Aushang, Wandzeitungen, Parolen an Erzieherschulen, Unterschriftensammlungen, Teach-In, Demos. Ihr kennt Eure Möglichkeiten am besten. BESETZT HÄUSER. Spenden für die Verteidigung auf Erika Kieckbusch, Berliner Commerzbank Kto. Nr. 4307260.

Da vielleicht nicht alle von euch wissen, wer und was das Rauch-Haus-Kollektiv ist, wollen wir ein paar kurze Informationen geben.

Am 8. 12. 71 besetzten ca. 600 Jugendliche in Berlin das Schwesternwohnheim des leerstehenden Bethanienkrankenhauses und benannten es nach dem am 4. 12. 71 von den Bullen erschossenen Georg v. Rauch. Das Kollektiv besteht aus Arbeiterjugendlichen, die entweder zur Schule gehen, eine Lehre machen, arbeiten oder aus Heimen abgehauen sind. Durchschnittlich wohnen 40 bis 50 Leute im Haus, sowohl Männer, Frauen und Kinder. An jeden wird die Anforderung herangetragen, etwas sinnvolles zu machen wie Schule, Lehre oder arbeiten gehen. Das ist auch schon deshalb nötig, weil das Kollektiv sich finanziell selbst trägt.

Angebote des Senats über finanzielle Unterstützung werden abgelehnt, da dies gleichzeitig eine Abhängigkeit vom Senat bedeutet. So wurden z.B. im Januar 72 Senatsgelder für den Lebensunterhalt und Sozialarbeiter abgelehnt. Daraufhin erfolgte gleich die erste von vielen brutalen Razzien mit 600 Bullen. Die weiteren Repressionen gegen das Rauch-Haus und der Kampf um das Weiterbestehen des Kollektivs sind dokumentiert in einem Buch. Außerdem gibt es einen Rauch-Haus-Film, „Allein machen sie dich ein".

Für die bevorstehende Auseinandersetzung mit dem Senat lauten die Forderungen des Rauch-Haus-Kollektivs:

KEINE KÜNDIGUNG!

Verhandlungen über Vertragsänderungen im ungekündigten Zustand

Bei Scheitern der Verhandlungen Weiterführung des alten Vertrags

Verhandlungen werden nur im Kollektiv geführt

Keine Altersbegrenzung, weder nach oben noch nach unten

Die Dokumentation ohne zeitliche Einschränkung nach unseren Möglichkeiten machen

Schnellere Legalisierung der Trebegänger durch den Senat und das Bezirksamt

Treber sollen bis zu ihrer Legalisierung Überbrückungsgeld erhalten

Keine terroristischen Überfälle durch die Polizei

Wir haben ein neues Buch gemacht!

FRIEDE DEN HÜTTEN
KRIEG DEN PALÄSTEN!

Wir sind Lehrlinge, Schüler und Jungarbeiter und wohnen in einem Haus, das vor 6 Jahren besetzt wurde. Wir haben dieses Buch geschrieben, da unser Vertrag mit dem Senat von diesen Amtsschimmeln gekündigt wird und um unsere Erfahrungen wie wir zusammen leben und kämpfen weiterzugeben

Lest unser Buch, gebt es weiter, unterstützt uns!

176 Seiten für 4.50 im Buchladen oder bei uns: 1 Bln 36 Mariannenpl. 1a gegen Briefmarken oder Vorausüberweisung auf Postsch.amt Bln West: Kontonr. 53956-109 Thomas Sydow 1 Bln 61

Georg von Rauch-Haus-Kollektiv

INTERNATIONALE Bücher und Zeitschriften GmbH, „Bertolt Brecht", Eppendorfer Weg 257, 2000 Hamburg 20, Tel. 040/48 44 15.

INTERNATIONALE
Bücher und Zeitschriften GmbH
„Bertolt Brecht"
Eppendorfer Weg 257
2000 Hamburg 20
Telefon 040/48 44 15

Wir bieten an:
- **Die Stücke von Bertolt Brecht in einem Band DM 25,–**
- **Brecht, gesammelte Gedichte, Kassette DM 18,80**
- **Brecht, Leben des Galilei DM 4,50**
- **Brecht, Materialien zu Brechts „Leben des Galilei" DM 7,–**
- **„Kämpfende Kunst" Nr. 7/8 '76 mit einem unveröffentlichten Stück B. Brechts: Der Herrnburger Bericht" DM 2,–**
- **und zahlreiche Schallplatten mit Songs von Brecht a DM 15,–**

MORAL ist ...

„Eine Bewohnerin des Karolinenviertels läßt sich ein Bild an die Walnd malen, auf dem, wenn man seine Nase an der Fensterscheibe platt drückt und viel Phantasie entwickelt, zu erkennen ist, daß eine Frau ‚geleckt' wird. Wenige Meter weiter werden ‚Landser-Hefte' zum Erwerb angeboten und Nazi-Embleme verkauft, die man sich auf die Kleidung nähen kann. – Das Viertel scheint ein Sündenpfuhl zu sein, Vorreiter zu sittlichem, geistigen und kulturellen Verfall.

Im Fall der Wandmalerin schreitet die Polizei, alarmiert von aufgebrachten Bürgern, ein. 2 x, von verschiedenen Polizeirevieren. Landser-Hefte und Nazi-Embleme scheinen jedoch zum ‚normalen' Bild des KV zu gehören; ebenso Schlägereien zwischen ‚Besoffenen' und Diebstähle von ‚Fixern'. – Einer Frau, die von ihrem ‚frischverheirateten' Ehemann gewürgt und verprügelt wird, bescheinigt die zur Hilfe gerufene Polizei: „Das ist normal bei solchen Elementen. Solange keine schwere Körperverletzung vorliegt, können wir da nichts machen."

T-Markt und Warenhaus ‚Plaza' treiben mit Doping-Preisen den Kleinhandel im Viertel an die Grenze des Existenzminimums und viele müssen ihr Geschäft aufgeben. Jedoch keine Polizei schreitet ein.

Angesichts derartiger Wahrnehmungen muß man sich fragen – nicht nur als Bewohner des Karolinenviertels: Wessen Sittenwächter ist eigentlich unsere Polizei?"

Rainer Laufer

Spaghetti a la Sponti

Dazu brauchst du ein bißchen Zeit, Verbindung zur Natur und mußt den Drang ablegen, gleich über alles die gewohnte rote Suppe zu schütten.

Erstmal brauchst du getrocknete Stein- oder Maronenpilze – andere tun's auch – die du in weiser Voraussicht mit den Genoss(inn)en in den letzten Wochen gesammelt und getrocknet hast. Man/Frau kann sie ausnahmsweise auch kaufen.

Sodann besuchst Du den Italienerladen an der Ecke. Auch so bleibt unsere Verbindung zur Emigration erhalten. Dort kaufst du Spaghetti, 125 g Coppa – das ist eine Art von Schinkenspeck – und 200 g am besten von der scharfen kalabresischen Salami, beides in dünne Scheiben schneiden lassen, Olivenöl und ein Pfund von den milden weißen Zwiebeln oder andere, und entsprechend viel herben Weißwein.

Speck, Salami und Zwiebeln kleinhacken; erst die Zwiebeln im Olivenöl langsam braun rösten. Das dauert etwas, denn sie sollen braun werden und nicht verbrennen. Dann den Speck, die Hälfte der Salami dazu kurz mitrösten und mit Wein ablöschen. Danach die getrockneten Pilze – nicht vorher einweichen – fein zerreiben und dazu tun. Kurz aufkochen, die restliche Salami rein und Wein nachgießen. Auf kleiner Flamme einige Minuten weiter kochen, ab und zu Wein nachgießen bis ein dicklicher Sugo entstanden ist. Mit Parmesan über die Spaghetti ist's genießbar.

Dabei über die italienische Illusion diskutieren!!! (Aus: Pflasterstrand, Zeitung der Frankfurter Linksradikalen + Spontis)

Heinrich-Heine-Buchhandlung
Grindelallee 26 2000 Hamburg 13

Zeitungsstreik	14.00
Opfer des Arbeitsmarktes	19.80
PCI — der kommunistische Vorschlag	9.80
Mandell — Kritik des Eurokommunismus	12.80
Nicht heimlich und nicht kühl	6.80
Freitag der Hetzer	9.80

040/44 97 78

mit freundl.gruß! - STERN

Sehr geehrte Frau L., sehr geehrte Frau D.,
bitte verzeihen Sie, daß wir Ihnen erst heute auf Ihre Zuschrift zum Thema „Kernkraft über alles?" antworten.

Als die Geschichte veröffentlicht wurde, hatten wir wegen der Terror-Anschläge in der Bundesrepublik keine Möglichkeit, Briefe zum Thema Atomenergie abzudrucken. Wir hatten aber gehofft, im Zusammenhang mit einem geplanten Kernenergie-Sonderjournal Zuschriften aus dem Leserkreis publizieren zu können. Dieses Projekt mußte jetzt leider aufgegeben werden. Bitte haben Sie Verständnis für unsere Entscheidung.

In der Hoffnung, Sie weiterhin zu unserem interessierten Leserkreis zählen zu dürfen, verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen
Leserbrief-Redaktion STERN

Den vorstehenden Brief erhielten zwei Frauen, die es wagten, die „Atomkraft? – Ja, bitte!"-Artikel des „Stern" in einem Leserbrief zu kritisieren. Sie schrieben uns dazu den folgenden Artikel:

Im September letzten Jahres erschien beiliegender Artikel im STERN, der die Risiken von Kernkraftwerken verharmlost, treffender: bestreitet. Dieser Artikel erschien zu einer Zeit, als fast alle Medien und auch die Gewerkschaften, die sich vorher durchaus kritisch mit den Gefahren von AKW's / KKW's auseinandergesetzt hatten, eine Wende um 180° vollzogen. Man konnte sich des Eindrucks kaum erwehren, daß es sich hier um eine „Gleichschaltung" der Presse handele.

Vier Monate später erreichte uns folgende Antwort auf unseren Leserbrief. Der Grund für die Nicht-Publizierung der Leserzuschriften

(es gab also ein Echo, wenn dies im STERN auch nicht zum Tragen kam) waren demnach die „Terroranschläge".

Doch was soll das heißen: „hatten wir keine Gelegenheit, Briefe zum Thema Atomenergie abzudrucken?"

Soll das heißen, daß a) im STERN die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Terrorismus Vorrang vor der mit der Atomenergie hat (die Serie „Entscheidung in Mogadischu" leistet dies jedenfalls nicht)?

b) es ein willkommener Anlaß ist, dieses Thema totzuschweigen, weil es ja die „innere Ruhe gefährden" könnte?

c) vielleicht Platzgründe gemeint sind (aber das kann doch nicht sein; es sei an 60 Seiten „Bauen und Wohnen" erinnert)?

d) auf Weisung höherer Stelle eine Publizierung der Leserzuschriften unterblieb?

Der Brief enthält auch keine Begründung, weshalb das Projekt „Sonderjournal Kernenergie" aufgegeben werden mußte. Es wird dies nur „bedauert".

Zwei Möglichkeiten sind denkbar:
– es handelt sich nicht nur um eine Entscheidung des STERN, mir fällt die „Gleichschaltung" wieder ein,
– es handelt sich um eine Erfindung des STERN, um den Leserkreis zu beschwichtigen.

Ich bin mir darüber klar, daß Pressefreiheit die Veröffentlichung kontroverser Standpunkte bedeuter, bloß müssen diese Standpunkte einleuchtend begründet werden. Es seien zwei Beispiele für Peter Beckmanns Argumentation angeführt"

S. 84, 3. Spalte: Beckmann behauptet, Wasserkraftwerke seien gefährlicher als KKW's, da die Wahrscheinlichkeit eines Dammbruches 10 000 mal höher sei als die Zusammenschmelzung eines Reaktorkerns. Zur Illustrierung führt er Italien sowie Los Angeles an. Nun ist aber Kalifornien ein erdbebengefährdetes Land (Gebiet), es liegt hier die San-Andreas-Spalte. Das Staubecken wurde damals unter Mißachtung der geologischen Tatsachen errichtet, es handelt sich hier also um eine planerische Nachlässigkeit. Beckmann beweist hier nicht die größere Gefährlichkeit von Wasserkraftwerken gegenüber

KKW's, sondern die Folgen einer nachlässigen Planung. Er beschreibt die Folgen eines Erdbebens. Wenn an dieser Stelle ein AKW stehen würde/gestanden hätte, hätte Beckmann aller Wahrscheinlichkeit keine Gelegenheit mehr gehabt, sein Buch zu schreiben.

Auf der gleichen Seite erklärt Beckmann, daß Sonnenenergie gefährlicher sei als KKW's, da bei der Wartung der Spiegelflächen sehr viel mehr Unfälle passieren würden als bei der Nutzung der Kernenergie. Dies stellt jedoch in einem Artikel über Sonnenenergie, der in derselben Nummer abgedruckt ist, offensichtlich kein Problem dar. Zudem ist dieses Argument doch wohl sehr an den Haaren herbeigezogen: es müßte dann die Arbeit der Hausfrauen schon lange verboten sein, und auch der Bettenaufenthalt müßte verhindert werden, denn bekanntermaßen sterben viele Bundesbürger ebendort.

HE,HE,HEW?

„Jeder hatdas Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. ..."
(Grundgesetz, Art., Abs.1)

Ich bin strafversetzt worden. Diese Tatsache an sich ist nichts außergewöhnliches, dafür aber – jedenfalls für mich – die Umstände, unter denen dies geschah:

Am 10. November '77 wurde ich von einer Arbeitsvermittlung zu einem größeren Versorgungsunternehmen, genauer.. zu den HEW (Hamburger Elektrizitäts-Werke) in Hamburg-Bramfeld beordert. Dort meldete ich mich zunächst beim Pförtner, dann beim betreffenden Abteilungsleiter. Das Vorstellungsgespräch war gut überstanden und alles wäre glatt gelaufen, wenn nicht plötzlich ein Anruf vom Werkschutz gekommen wäre, daß ich zwei Anti-Atomenergie-Kleber auf meinem Motorrad hätte.

Dieser Umstand führte zu einem länger dauernden Gespräch, in dem ich mich mit dem Abteilungsleiter darauf einigte, in Zukunft die Schilder zu verdecken oder außerhalb des HEW-Geländes zu parken, das das Fahren mit solchen Plaketten auf dem HEW-Gelände angeblich nicht gestattet sei.

Nach dieser, erzwungenen, Übereinkunft machte ich mich an die Arbeit, eine Woche Urlaubsvertretung. Doch schon am Feierabend war mein Gastspiel bei der HEW beendet. Man teilte mir zwar mit, daß ich ordentlich gearbeitet hätte, aber wegen der Plakettensache nicht länger bleiben könne. Mit meiner Arbeitsvermittlung hätte man bereits gesprochen. Ferner erfuhr ich, daß es Verhandlungen aller an der Atomindustrie beteiligten Firmen gäbe, nach denen bei diesen Firmen generell jeder erkennbare Atomenergiegegner entlassen oder nicht eingestellt werden solle.

Von meiner Arbeitsvermittlung erfuhr ich nur, daß die Meldung über meine Anti-Atomenergie-Plaketten vom Werkschutz auch direkt an's Personalbüro der HEW gegangen sei, dort hohe Wellen geschlagen habe und bei höheren Stellen gelandet sei als bei jenen, mit denen meine Arbeitsvermittlung normalerweise verhandle. Man bedaure meinen Rausschmiß und würde mir eine andere Stelle geben, könne aber auch die Reaktion der HEW verstehen.

Ansgar Schopf

GROHNDE — REPRESSIOHNDE

PROZESS GEGEN ANDREAS HANKE

Andreas H. ist mit 12 anderen vor der großen Strafkammer des Landgerichts Hannover wegen der Demonstration am 19.3.77 gegen das AKW Grohnde angeklagt.

Vorwurf: besonders schwerer Fall von Landfriedensbruch, schwerer Widerstand gegen die Staatsgewalt und gefährliche Körperverletzung.

Gegen Andreas und alle anderen Grohnde-Angeklagten, für deren Prozeß bereits zu dem Zeitpunkt ein Termin anberaumt war, wurde am 17. 1. 78 ein Haftbefehl erlassen. Begründung: Fluchtgefahr, weil Linda E., Karl W. und Rüdiger J. zu ihrem ersten Prozeßtermin nicht erschienen waren.

Linda E. wurde bereits am 13. 1. 78 verhaftet und erst am 23. 1. 78 gegen eine Kaution von 10.000 DM wieder freigelassen. Rüdiger J. wurde, als er zu seinem zweiten Prozeßtermin am 19. 1. erschien, ebenfalls in Untersuchungshaft genommen. Ein weiterer Angeklagter, Gerhard S., ist bereits seit sechs Monaten in U-Haft.

Zum Prozeßverlauf

Zunächst stellte der Rechtsanwalt einen Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls gegen Andreas. Der Haftbefehl war aufgrund einer Spitzelaussage erlassen worden, die besagt, daß es eine Absprache zwischen den Grohnde-Angeklagten gäbe, nicht zu ihren Prozessen zu erscheinen, deswegen sei anzunehmen, daß auch Andreas nicht zu seinem Termin erscheinen würde.

Rechtsanwalt Müller begründete seinen Antrag damit, daß ein solches Vorgehen etwa der Sippenhaft gleichkäme, „die Grohnde-Angeklagten werden..., die Kommunisten werden..., die Juden werden...". Der Haftbefehl wurde aufgehoben.

Im weiteren Verlauf stellt der Rechtsanwalt zwölf Anträge und zahlreiche Anfragen, die die sogenannten Sicherheitsmaßnahmen betrafen.

Die Verhandlung solle in einem öffentlichen Saal der Stadt stattfinden, bzw. sollten alle Plätze im Gerichtssaal mit Zuschauern besetzt werden. Die Polizeibeamten sollten ihre Waffen ablegen, auch Zuschauer unter sechzehn Jahren (z.B. Schulklassen) sollten eingelassen werden. Die Leibesvisitation der Zuschauer sollte unterlassen werden und die Personalausweise nicht einbehalten oder zumindest nicht fotokopiert werden. Außerdem die Vertraulichkeit der Verfügung, in der diese Maßnahmen angeordnet sind, aufgehoben werden und diese zu den Prozeßakten kommen.

Einer der wichtigsten Anträge des Rechtsanwalt am ersten Prozeßtag war der Befangenheitsantrag gegen den Vorsitzenden Richter Rienhoff. Begründung:

1. Es besteht der begründete Verdacht, daß der Richter die Verfügung über die „Sicherheitsmaßnahmen" von einer hektografierten Vorlage, deren Inhalt den Bürgerinitiativen inzwischen bekannt geworden ist, übernommen habe, also nicht eine eigenständige Verfügung für diesen Prozeß erlassen habe.
   Die den Bürgerinitiativen vorliegende Verfügung enthält ålle die Maßnahmen, die in diesem Prozeß vorgenommen wurden. Es ist eine hektografierte Vorlage, in die nur noch der Name des Angeklagten, Datum, Aktenzeichen und Unterschrift des Richters eingesetzt werden muß.
   Außerdem hat der Landgerichtspräsident dem Rechtsanwalt Passagen aus dieser Verfügung vorgelesen und dazu gesagt, die Verfügung hätten die Richter für die Grohnde-Verfahren getroffen.
2. Der Angeklagte (wie auch die Zuschauer) wird vor dem Betreten des Gerichts auf Waffen untersucht. Dies sind Maßnahmen, die darauf schließen lassen, daß der Angeklagte als gefährlicher Gewaltverbrecher angesehen wird, das heißt, der Richter, der diese Maßnahme anordnet, steht dem Angeklagten nicht mehr unbeeinflußt gegenüber.
   Hierauf wurde die Verhandlung unterbrochen, der Vorsitzende Richter gab den Vorsitz an einen der Beisitzer ab und eine Richterin nahm dessen Stelle ein. Richter Rienhoff gab in der Verhandlungspause eine dienstliche Erklärung ab, daß er eine eigene Verfügung erlassen habe. Das Gericht entschied, daß der Antrag zurückgewiesen wird.

Nach einer eindrucksvollen Erklärung des Angeklagten, die den eigentlichen Gegenstand dieses Prozesses behandelte – nämlich die Kernenergie und das Energieprogramm der Bundesregierung – stellte der Verteidiger einen Antrag auf Einstellung des Verfahrens.

Begründung:

1. Von den Atomkraftwerken gehe eine so große Gefahr für das Leben und die Gesundheit der Menschen aus, daß derjenige, der sich dagegen wehrt, nicht rechtswidrig handelt.
   Er kann für sich das Recht auf Notwehr und das Recht auf Selbsthilfe in Anspruch nehmen. Nachdem alle möglichen rechtlichen Mittel zur Abwendung dieser Gefahr ausgeschöpft wurden, ohne daß sie Erfolge zeigten, wurde es erforderlich. andere Mittel anzuwenden (z.B. Bauplatzbesetzungen), da keine andere Gefahrenabwehr mehr möglich war. Auch Gewaltanwendung ist berechtigt, wenn sie zur Erhaltung des Lebens eingesetzt wird.
2. Im Zusammenhang mit der Bauplatzbesetzung in Wyhl wurden die Offenburger Vereinbarungen getroffen. Hierin wurde den Bürgerinitiativen von der Landesregierung Baden-Württemberg und von den Kraftwerksbetreibern KWS zugesichert, daß keine Strafanträge gestellt werden, die Ermittlungen gegen die Besetzer eingestellt werden und keine Schadensersatzansprüche erhoben werden. Da es sich hierbei um etwa die gleichen Tatbestände handelt wie bei der Grohnde-Demonstration, wird deutlich, daß es sich nicht um juristische Fragen handelt, ob und in welchem Ausmaß Strafen verhängt werden, sondern um eine politische Frage. Durch die Grohnde-Verfahren wird der Grundsatz, daß alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind, verletzt, da Grohnde-Demonstranten anders behandelt werden als Wyhl-Demonstranten.
3. An den Grohnde-Verfahren herrscht kein öffentliches Interesse, es sei denn, man versteht unter öffentlichem Interesse das Interesse des Staates und des Kapitals. Rechtsanwalt Müller: „Fahren Sie doch mal nach Hameln oder Grohnde und fragen, wer dort für das AKW ist."
4. Die Angeklagten sind durch zahllose Äußerungen von Politikern vorverurteilt. Die Presse hat eine maßlose Hetze gegen die Grohnde-Demonstranten inszeniert. Die CDU bezieht sich in Entwürfen zur Terroristenbekämpfung ständig auf die „Schlacht von Grohnde".
   Atomkraftwerksbetreiber versuchen mit Briefen, das Gericht und die Staatsanwälte gegen die Angeklagten zu beeinflussen.
   Die Sicherheitsmaßnahmen, die zu diesen Prozessen getroffen wurden, zeigen, daß die Gerichte sich von all diesen Äußerungen, die Grohnde-Demonstranten mit Terroristen gleichsetzen, beeinflußen ließen und auch selbst schon eine Vorverurteilung der Angeklagten vorgenommen haben.

Auch dieser Antrag wurde lapidar abgelehnt.

Am zweiten Prozeßtag stellt der Verteidiger noch einmal einen Antrag auf Aufhebung der Vertraulichkeit der Verfügung über die Sicherungsmaßnahmen. Rechtsanwalt Müller stellte fest, daß mit solcher Vertraulichkeit normalerweise nur Staatsgeheimnisse behandelt würden und drohte dem Gericht, falls der Antrag abgelehnt werden sollte, mit einer Beschwerde an das Beschwerdegericht.

Nach einer dreiviertelstündigen Beratung des Gerichts wurde der Antrag abgelehnt. Daraufhin überreichte der Rechtsanwalt dem Gericht sofort die Beschwerde. Der Prozeß wurde auf Dienstag, den 31. 1. 9.00 Uhr vertagt.

Zur Atmosphäre im Gerichtssaal:

Nachdem die Zuschauer schon die besagten Kontrollen über sich ergehen lassen mußten und dann von bewaffneten Polizisten umzingelt im Gerichtssaal saßen, sollten sie auch noch ihren Mund halten. Wenn Richter Rienhoff auch teilweise von allen Zuschauern getragene Beifalls- oder Mißfallenskundgebungen durchgehen ließ, drohte er doch immer wieder den Rausschmiß oder sogar Ordnungsstrafen für einzelne „Störer" an. Am ersten Prozeßtag kam es dann auch nach einem Zwischenruf zu einem Polizeieinsatz, bei dem zuerst zwei Einzelne rausgetragen bzw. rausgeprügelt wurden und dann der ganze Saal geräumt wurde. Insgesamt bestimmte jedoch der Verteidiger durch seine zahlreichen Anträge den Prozeßablauf. Richter Rienhoff versuchte das zwar immer wieder zu verhindern, z.B. durch Äußerungen wie: „Ich lasse jetzt keine Anträge zu, es sei denn, sie sind zulässig". Es blieb ihm aber nichts anderes übrig, als die Anträge zu befassen und fast alle abzulehnen.

Bis jetzt ist der Gerichtssaal noch immer mit Zuschauern gefüllt worden. Denkt dran: die Prozesse gehen noch lange weiter und die Öffentlichkeit ist für die Angeklagten ausgesprochen wichtig.

Prozeßtermine:
2. 3. Norbert Iwan (1. Tag)
23. 3. Mathias Künzel (1. Tag)
6. 4. Wolfgang Giesler (1. Tag)
20. 4. Bernd Löwe (1. Tag)

Rückfragen: Stadtteilgruppe St. Georg, BUU-Hamburg, c/o G. Runge, Lange Reihe 77, 2000 Hamburg 1, Tel.: 040/24 21 32

Prozeßbüros:
Bremen 0421/32 75 30
Hannover 0511/71 50 33
Hameln 05151/3017
Göttingen 0551/54 077
Kiel 0431/72 72 31
Kassel 05161/62 022
Hamburg 040/40 27 82

KOMMT ALLE ZU DEN PROTZ ESSEN!!!!!

KLEINANZEIGEN

Das Schwein, das mir den Norweger-Pullover geklaut hat, soll ihn der „großen freiheit" oder mir direkt zurückgeben. Wenn ich ihn so auf freier Wildbahn erwische, den mache ich so alt, so alt kann er sich garnicht vorstellen! Rainer

WANTED!

Arbeitslose Lehrerin (2. Ex.) sucht Kontakt zu Klein(st)kinder-Gruppe zwecks Arbeitsmöglichkeit und späteter (ungefähr September '78) Teilnahme mit eigenem Kind. Eimsbüttel!! Telefon: 49 43 18 (Jutta)

WG sucht Mitglied mit Bereitschaft zur offenen Gemeinschaft, eigenen Vorstellungen über Gesellschaft und Zusammenleben und praktischem Engagement für die Gemeinschaft. Tel.: 22 35 58

Wir suchen Maler, Zeichner, Fotografen, die bei uns ausstellen wollen — Gert & Christines Weinhandlung, Schanzenstr. 14.

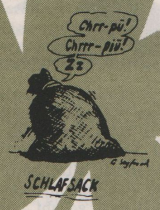
Liebe Hamburger, Berliner oder Sonstwo-Szene! Da wir mittlerweile leider (!) nicht mehr in der Lage sind, uns eure Bedenken, Sorgen, Kopf- und Bauchschmerzen u.ä. wegen unseres Zusammenziehens und dem ‚was damit zusammenhängt, anzuhören, und noch weniger willens sind, auf diese weiter einzugehen, bitten wir alle, die obengesagtes quält, die sich deswegen die Haare raufen oder etwa unruhig schlafen, einen Stift zur Hand zu nehmen (wir sind in der glücklichen Lage, eine begrenzte Anzahl kurzfristig auszuleihen), und sich die Sorgen vom Leib zu schreiben. Wenn ihr es dann noch fertig bringen könntet, das, was dabei rausgekommen ist, zur Post zu schaffen, und an die Redaktion dieses hervorragenden Blattes zu schicken, erstellen wir aus dem gesammelten Material eine Dokumentation, mit der ihr dann eines Tages aller Welt beweisen könnt, wie recht ihr schon immer hattet. Indes ersuchen wir euch dringend, von weiterem auf-uns-einreden Abstand zu nehmen. Gute Nacht! Maria, Marianne, Richard, Jürgen sowie Claus. Kennwort: „Recht habt ihr"-Dokumentation, c/o „große freiheit", Glashüttenstr. 114, 2000 Hamburg 6, Kurzwort: Rhidoku.

Hamburg 52: Gibt es Frauen, die Interesse haben, eine Mutter/Säuglingsgruppe zu gründen? Tel.: 82 36 07 (Marion).

Der Niko soll sich mal melden, ich hab seine Telefonnummer nicht mehr. Ulla.

Kaufe Bücher (Philosophie, Mystik, Kunst und Politik) und Schallplatten. Fragt nach Achim, Tel. 45 52 40.

Wer hat noch Brikett, Kohlen (diesmal keine Kohle) oder ähnliches, und braucht's nicht mehr? Wir könnten's brauchen, um das Zeitungsbüro zu heizen. Wer sowas hat, oder sich überzeugen will, wie kalt es bei uns ist, kann während der Bürostunden (Di & Do 16-19 Uhr) mal ‚reinschauen, oder kurz an die „große freiheit", Glashüttenstr. 114, 2000 Hamburg 6 schreiben.

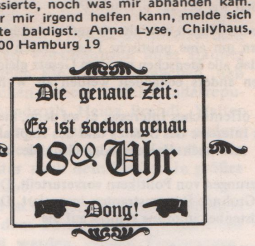


Wer will nochmal, wer hat noch nicht? Bei uns gibt's noch okzitanischen Rotwein (1976er!) Donnerstag 19 - 21 Uhr bei Tanja Karo, Hanne Gronau, Rellingerstr. 12, Hamburg 19, Tel.: 850 98 20

Suchen dringend eine Person mit Kleinkind (bis 3 Jahre). Wir leben seit Januar zu 6. (3 weibl., 2 männl., 1 Kind weibl) auf unserem Bauernhof im Hessischen Bergland. Wir wollen vom Garten, viel Selbstgemachtem & von einem „alternativen" Laden in der nächsten Stadt leben. Tel.: 06678/512

Nicht-kommerzielle Kleinanzeigen sind kostenlos. Schickt den Text an die Redaktionsadresse oder bringt ihn während der Bürozeiten vorbei.

Ich habe — ganz subjektiv — etwas verloren, ich weiß aber weder, wo solches passierte, noch was mir abhanden kam. Wer mir irgend helfen kann, melde sich bitte baldigst. Anna Lyse, Chilyhaus, 2000 Hamburg 19



Wer schenkt uns tollen, alten Ledersessel (können auch mehrere sein)? Tel.: 44 39 25 (Christiane).

Apparate zur Verhütung der Onanie für Knaben.

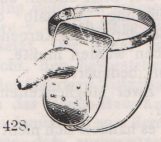


Fig. 428.

4 - 6 (in Worten: vier bis sechs) Zimmer-Wohnung gesucht!!! Möglichst St. Pauli, Altona, Eimsbüttel oder Karolinenviertel. Bei erfolgreicher Vermittlung 200,- DM Belohnung! Tel.: 31 56 65.

Wir suchen ein Haus mit Nebengebäuden auf dem Land in Richtung Munster, Lüneburg, Dannenberg. Mit Umland wäre auch nicht schlecht. Claus 24 23 74

Musiker und Musikpädagogen: Der ADM (Arbeitskreis demokratischer Musiker), ein Zusammenschluß von fortschrittlichen Musikern und Musikpädagogen verschiedener politischer Couleur, veranstaltet vom 23. - 27. März ein Arbeitstreffen zu den Themen: E-Musik im Unterricht. Wie stehen wir dazu? / Wir machen ein Kindermusical. Außerdem geben wir UE (was immer das heißen mag??? Red.) heraus. U.a. UE - Shanties - 3,- DM - UE - Blues & Rock'n'Roll 6,- DM (Lieferung erfolgt gegen Vorauszahlung/Briefmarken). Tagesanmeldung u. Näheres über den ADM bei: ADM c/o Hinnerick Bröskamp, Graelstr. 4, 4400 Münster, Tel.: 0251/44724.

Ententeile abzugeben: Reifen, Felgen, Rücklicht, Scheinwerfer, Auspuff, Lichtmaschine, Dach, Batterie 12 V, Motorteile, Aufbau, Sitze etc. bei: Johannes Lindner, Stangestr. 8, 2000 HH-50, Tel.: 39 56 52.

Garage oder Schuppen zum Basteln an alten Motorrädern gesucht! Am liebsten Eimsbüttel oder Eppendorf, bei anderen Gebieten muß ich noch nachdenken. Tel.: 48 35 78 (Christoph).

Zwei gebrauchte 6 V Autobatterien abzugeben. Tel.: 48 35 78 (Christoph).

Hallo Dylan-Freunde! Jetzt gibt es das DYLAN-Magazin ZIMMERMANN-BLUES auch bei uns. Rare Fotos, Interviews, news, Kleinanzeigen, guitar-tutor sextion etc. Dylan-Fans haben es für euch importiert. Gegen 4,80 DM in Briefmarken oder auf Postscheckkonto München 77505 - 804 schicken wir euch die laufende Nummer 7 zu, sowie weitere Informationen. HOBO-Wendel-Dietrich-Str. 6, 8000 München 19.

Ich will sofort 'n Zimmer!!! (3-4 Monate) WG oder allein egal, arbeite sowieso 'n ganzen Tag, bin echt. Kann bis 150,- zahlen. Hobby: Sammel Plastiklöffel. Frank. Tel.: 43 67 71 (abends).

JA, JA!

ICH WILL DIE „große freiheit" ABONNIEREN.
Ab Nr.: ..... bestelle ich

O 6 Nummern für 8,40 Mark (inkl. Porto)
O 12 Nummern für 16,80 Mark (inkl. Porto)
O ein Förderabonnement (Abo und ein paar Mark mehr) in Höhe von ..... DM

Name: .....

Anschrift: .....

.....

Die Bestellung wird berücksichtigt, sobald der Betrag auf unserem Konto PSchaA Hamburg 370409-202 (U.Penselin) eingegangen ist.
Nicht „große freiheit" auf die Zahlkarte schreiben!
Das Abo läuft aus, wenn es nicht verlängert, d.h. wenn nicht neu bezahlt wird. Ein Schrieb in der letzten bezahlten Zeitung weist auf diesen gefährlichen Umstand hin.
Bitte schreibt „Neu-Abo" oder „Verlängerung" auf die Zahlkarte.
Schickt diesen Abschnitt an:
„große freiheit"
Glashüttenstr. 114
2000 Hamburg 6

Aus dem Hamburger Sumpf

Wir haben uns mal mit drei Leuten zusammengesetzt und uns Gedanken gemacht, wie wir weiterleben können, ohne für einen Boss arbeiten zu müssen. Wir meinen, daß man Alternativprojekte aufbauen und bestehende weiter ausbauen sollte. Es wäre unserer Meinung nach am günstigsten, wenn sich mehrere Leute mit gleichen Fähigkeiten und Interessen zusammensetzen würden, um ein Projekt aufzubauen. Unser Ziel ist eine Kooperative aller Projekte (z.B. Kneipe, Druckerei, Transporte, Werkstätten usw.). Man könnte dann auch die Knast- und Treberarbeit neu beleben, die dann auch mehr Hand und Fuß hätte. Wir wollen nicht der Nabel der Welt sein und sehen deshalb die Betriebsarbeit als genau so wichtig an wie die unsere. Dies Papier ist eine Anregung zur Diskussion. Wir wollen uns jeden 2. Mittwoch — abwechselnd zum Spontl-Plenum — treffen, das nächste Mal am 8. 3. um 19 Uhr im Kommunikationszentrum, Carsten Rehder-Str./Buttstr.

Ausstellung in „von hand"

Unter dem Motto Kontraste läuft vom 4. 3. bis zum 1. 4. eine Ausstellung bei „von hand" in der Bundesstr. 3. Da ist einmal Christian Ottemeyer mit Keramikscherben als „Spuren der Vergangenheit", die er auf einem Trümmergrundstück im Hafen fand. In der Ausstellung versucht er, die damalige Zeit an Hand der Gefäße zu rekonstruieren. Dieser Einfluß drückt sich in eigenen Keramiken aus, die er als Student der Hochschule für bildende Künste gemacht hat. Der Gegenpol ist Mario Walke mit Tonobjekten, die er mit dem Thema überschrieb „Sexualität, non, plus, ultra!?" Seine Objekte zeigen die Beeinflussung der Erziehung und Umwelt auf die Sexualität. Das Hineindrücken in Schemata und Gezwungenwerden zu Rollenverhalten. Marios Form der Umsetzung dieser Problematik stößt den Betrachter an, über seine eigenen Erfahrungen auf diesem Gebiet nachzudenken. Wie ich bei mir feststellen konnte.

Versicherung ?!

Vorsicht, Schwarzfahrer!

Wie uns zu Ohren kam, plant der HVV, zum ersten März die Prämien für die diversen Schwarzfahrerversicherungen in die Höhe zu treiben, indem uns beim Erwischen von da an schnöderweise gleich 40,- DM aus der Tasche gezogen werden sollen. Im Auftrag des Bunten Verbandes der Schwarzfahrer/innen-Versicherungen bitten wir Euch, in Zukunft noch vorsichtiger zu sein beim 4-Null-Tarif.

Neue Folklore-Platten

Folklore international für Flöte und Gitarre, Folge 2

Christopherus-Verlag SCGLV73872

Dies ist eine Folklore-Platte, auf der nur die Flöte — begleitet von einer Gitarre — zu hören ist, und es ist die beste Folk-Flötenplatte, die ich kenne: Barbara Husenbeth spielt alle möglichen Folklore-Melodien auf einer Blockflöte. Sie hat besonders schöne Stücke ausgesucht — aus Folklore-Bereichen, die uns, leider, nicht so geläufig sein wie Irish oder American Folk: Es sind die Melodien von Liedern und Tänzen aus Frankreich, Griechenland, Israel und Osteuropa. Die LP ist, wie gesagt, wunderschön — aber sie ist fast zu schön: absolut perfekt und „rein" produziert, makellos — und damit manchmal vielleicht etwas kühl. Aber trotzdem ...

Helmut Debus: „Wo ik herkam"

Verlag „Atelier im Bauernhaus"
2802 Fischerhude

Helmut Debus aus Brake an der Unterelbe ist der Unbekannteste der „plattdeutschen" Sänger — aber, finde ich, der Beste. Hinter ihm steht kein großer Plattenkonzern, sondern nur ein kleiner Verlag aus der Nähe von Bremen, der normalerweise Bücher produziert. Helmut Debus ist stark vom Folksong beeinflußt, das hört man an seinen Melodien. Die Texte der Lieder schrieb meistens der Dichter Oswald Andrae. Andrae ist hauptberuflich Optiker und lebt in Jever. Er zeigt, daß man auf Platt auch kritisch und aktuell schreiben kann.

Am schönsten finde ich „Wo ik herkam" — das Lied beschreibt die stille Schönheit der ostfriesischen Landschaft; „Lüüd passt up" gegen das Atomkraftwerk Esensham (das aufgrund von Gerichtsbeschlüssen übrigens bis jetzt noch nicht in Betrieb genommen werden konnte!); und „Glens uns Bens", wo eine Landschaftsstimmung im schottischen Hochland auf ganz einfache Weise ausgemalt wird.

Übrigens: Am 28. April kann man Helmut Debus zusammen mit anderen Folklore-Interpreten in einem Konzert für „Terres des Hommes" im Hamburger Audi Max erleben!

Regine

In der nächsten Ausgabe: Neue Anti-AKW-Platten

Video-Magazin

Das neueste VIDEO-MAGAZIN (Nr. 10-11/78), herausgegeben vom Hamburger Medienladen, behandelt schwerpunktmäßig das Thema: Hamburger Medienzentren. Es enthält Selbstdarstellungen vom Medienladen, vom Medienpädagogischen Zentrum (MPZ) und vom Medienzentrum Fuhlsbüttel (Mefu).

Zu beziehen über: Medienladen, Rostocker Str. 25. 2 Hamburg 1 (Tel. 24 63 84).

KOSTENLOOOS!!!

Wer kann mir Spanisch-Unterricht erteilen? Gut, nicht zu teuer und zeitlich flexibel. Tel.: 45 60 81 (nach 18 Uhr und Sonnabends)

Wer kann mir Teilungs-Unterricht ersparen? Teuer, nicht zu gut und temporär elastisch. Tell, Wilhelm (nach 18 Uhr und sonnabends)

Suche Kontakt zu alternativen Kinderkramläden (Second-Hand-Läden) zwecks Austausch von Erfahrungen und anderem. Dagmar Hoppe, Hammer Str. 35-37, 4400 Münster/Westfalen

Wir wollen weder nem Makler für nichts und wieder nichts Kohle in den gefräßigen Rachen schmeißen, noch irgendwelchen Vermietern sonstwo hinkriechen; nichtsdestrotz suchen wir 'ne Wohnung. Und zwar: Groß (6 Zimmer), ruhig gelegen, spottbillig, renoviert und auch sonst frei von irgendwelchen unziemlichen Belastungen wir Abstand, Kaution etc.pp. Wer nichts weiß, braucht nicht anzurufen, alle anderen bitte möglichst umgehend. Tel.: 33 966 222 (tagsüber) oder 45 60 81 (abends, öfter versuchen) oder 850 01 35 (nicht aufgeben, auch nicht wenn Besetztzeichen; ich telefoniere manchmal etwas länger, Jürgen. Stimmt, Richard)

Lieber Pepe: Hast du ein Glück! Leider habe ich zwei Wochen zu spät zu rauchen aufgehört. Sonst hättest Du aus der Oelkersallee ausziehen müssen. Miau. Richard

16 mm-Kamera (auch defekt) als Attrappe für Dekoration möglichst gratis gesucht. Dieter Nagel, Kaiserbarg 8/L, 2100 Hamburg 90.

WG-Gründung. Noch zwei Gleichgesinnte (linksundogmatisch, weibl. oder männl. möglichst berufstätig) gesucht! Ruhige, große Wohnung ist vorhanden (ab Ende Juni). Tel.: 040-43 63 68 (Jochen).

Wir haben noch vier Renault 8/10 Felgen liegen. Wer sie haben will, soll mal anrufen und sich die Dinger holen, sonst schmeißen wir die weg. Tel.: 850 01 35.

Werner muß noch bis 1980 im Knast bleiben, hat aber niemand, der/die ihm schreibt oder ihn besucht. Damit für ihn der trübe Knastalltag wenigstens dann und wann etwas heller wird, sucht er dringend jemand, der/die ihm schreibt und ihn besucht. Werner ist 27 Jahre alt. Adresse: Hanswerner Marckwardt, Neuengammer Heerweg 75, 2050 Hamburg 80.

Für unsere Redaktionsräume, d.h. fürs Zeitungsbüro suchen wir noch Schreibmaschinen, Regale, Büromaterialien, Kohlen & Brikett, Lampen, Sitzgelegenheiten, Schreibtische etc. pp. Wenn irgendwer noch was in der Art hat, und es doch nicht mehr braucht, wären wir froh, das zu wissen, um es kostenlos bis ganz billig zu übernehmen. Wir sind zu erreichen unter Kontakttelefon 40 46 31 (Monika) oder während der Bürozeiten Dienstags und Donnerstags von 16-19 Uhr in der Glashüttenstraße 114 (eine Treppe runter).

Suche dringend Eltern mit 2-3jährigen Kindern für Spielgruppe oder Kinderladen. Möglichst in HH-Eppendorf oder Eimsbüttel. Tel.: 560 41 75.

Mini-Fernseher (18 cm Bildschirm, sehr praktisch) mit leichten „Sehstörungen" (wie das? Red.) an Bastler zu verschenken. Tel.: 45 60 81 (nach 18 Uhr).

Impressum

„große freiheit" — Zeitung für Hanburg und Umgebung
Herausgeber/in: „große freiheit" — Kollektiv, Glashüttenstraße 114, 2000 Hamburg 6
Erscheint meistens monatlich, und wenn dann am Anfang d. M.
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: U. Penselin
Konto: 37 04 09-202 PschA (U. Penselin)
Büro: Glashüttenstr. 114 (Keller) 2000 Hamburg 6, Öffnungszeiten: jeweisl dienstags und donnerstags von 16 bis 19 Uhr
Kontakttelefon: 040/ 40 46 31 (Monika)
Redaktionsschluß für die Nummer 11 (April '78): 20.3.78; für Veranstaltungstermine: 22.3.78
Nummer 11 erscheint um den 1. April herum.
Öffentliche Redaktionssitzung für interessierte Leser/innen: 20.3.78, 20 Uhr, Glashüttenstr. 114